

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementsspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Beistellgeld),  
bei Aufwendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staningk, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,  
beide in Hamburg.

Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
Werbung-Anzeigen  
für die dreieckige Postzelle oder deren Raum 30 L.

Inhalt: An die Arbeiterschaft Deutschlands. — Die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands im Jahre 1905. — Politische Umstöme. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Bekanntmachung des Verbandsverbändes. — Berichte. — Central-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Subventionen usw. — Gewerblicher Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Polizei und Gerichte. — Berichtenes. — Eingegangene Schriften. — Briefposten. — Anzeigen.

hervorgehenden Gefahren müssen wir den Hunderttausenden, die heute noch der gewerkschaftlichen Organisation fernstehen, zum Bewußtsein bringen. Wir müssen sie über ihre Pflichten sich selbst und ihrer Klasse gegenüber auflären und als Kämpfer für die Organisation, gegen die völkerfeindlichen Bestrebungen des organisierten Unternehmertums gewinnen!

Diesem Zwecke dient das der heutigen Nummer Eures Fachorgans beigelegte Flugblatt, Eure Pflicht, Arbeiter und Arbeiterinnen, ist es, die Schrift — nachdem Ihr selbst von dem Inhalt Kenntnis genommen — unter Euren nichtorganisierten Kollegen und Kolleginnen zu verbreiten. Erfüllt in dieser Hinsicht jeden von Euch seine Pflicht, dann wird sich auch in diesem Falle, wie schon so oft, das organisierte Unternehmertum erweisen als ein Teil von jener Kraft, die stets das Beste will und doch das Gute schafft. Dann werden die Maßnahmen der Scharfmacherorganisationen dazu beitragen, unsere Organisationen zu stärken, und wir werden damit in der Lage sein, den Kampf gegen die geschworenen Feinde der Arbeiterklasse, den Kampf für die wirtschaftliche Entwicklung und Befreiung der Arbeiter, noch nachdrücklicher und erfolgreicher als bisher führen zu können.

Hoch die Organisation!  
Unter der Sieg — trotz allerdem!

Die Generalkommission  
der Gewerkschaften Deutschlands.

## Die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands im Jahre 1905.

II.

Die Unterstützungsanstaltungen sind in den letzten Jahren bei vielen Verbänden neu eingeführt und da, wo sie bestanden, weiter ausgebaut worden. Bei einer Unterstützung zahlten 1905 49 Verbände, gegen 46 im Jahre 1904; Arbeitslosenunterstützung 41, gegen 38 im Jahre 1904 und 30 im Jahre 1903; Krankenunterstützung 40 (1904: 31, 1903: 21); Invalidenunterstützung 6 (1904 und 1903: 5); Unterstüzung in Sterbefällen 43 gegen 39 Verbände im Jahre 1904.

Die Arbeitslosenunterstützung, gegen deren Zweckmäßigkeit als gewerkschaftliches Kampfmittel sich auf dem Gewerkschaftskongress 1894 eine große Minorität aussprach, wird immer mehr in den Gewerkschaften, selbst in denen des Bauwesens, eingeführt. Im Jahre 1905 hatten 41 Organisationen (ausschließlich des Werkstarbeiterverbandes, der sich am 1. Oktober 1905 auflöste) die statutarische Arbeitslosenunterstützung. Von diesen haben zwei, die Schiffssimmer und die Zimmerer, im Jahre 1905 noch keine Unterstüzung ausgezahlt. In einigen Organisationen begann der Bezug der Unterstüzung erst im Laufe des Jahres, so daß nur eine verhältnismäßig geringe Summe zur Ausszahlung gelangte. In 41 Organisationen (darunter der Verband der Werkstarbeiter und der der Steinleger, in denen die Unterstüzung nicht statutarisch ist, und die M 158 für diesen Zweck verausgabten) wurden im Jahre 1905 insgesamt M. 1.991.924 an Arbeitslosenunterstützung gezahlt. Die Organisationen, die Unterstüzung auszahlten, hatten zusammen 866.000 Mitglieder, so daß pro Kopf der Mitglieder eine Ausgabe von M. 2,30 entstanden ist. Die Leistung der Mitglieder mit der Ausgabe für diese Unterstüzung ist in den einzelnen Organisationen überaus ungleich. Die Berechnung wird auch beeinflußt dadurch, daß einzelne Arbeitslosenunterstützung zahlende Verbände im Jahre 1905 eine große Mitgliederzunahme hatten. Die Bergarbeiter, die pro Kopf nur 8 J. für Arbeitslosenunterstützung verausgabten, gewannen 24.878 Mitglieder, die Fabrikarbeiter mit 18 J. Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung pro Kopf hatten eine Mitgliederzunahme von 25.089. In beiden Verbänden kam außerdem die Arbeits-

unterstützung aus dem Jahre 1904 hinzu.

Die Unterstützung ist in den einzelnen Organisationen

losenunterstützung im Berichtsjahr zum ersten Male zur Ausszahlung. Ebenso bei dem Verband der Portefeuillen, der 6 J. pro Kopf der Mitglieder für Arbeitslosenunterstützung verausgabte. Die Mitgliederzahl dieses Verbandes erhöhte sich von 2507 im vierten Quartal 1904 auf 3879 im vierten Quartal 1905.

In den Organisationen, die nicht eine prozentual so bedeutende Mitgliederzunahme hatten und bei denen die Arbeitslosenunterstützung seit vielen Jahren eingeführt ist, sind die Ausgaben für diesen Unterstützungsangebot ganz enorm höher. So zahlten 1905 pro Kopf der Mitglieder an Arbeitslosenunterstützung: Bildhauer M. 18,40, Buchdrucker M. 10,78, Schuhmacher M. 8,18, Lithographen M. 6,20, Glaser M. 6,04 und Notenstecher M. 5,89. Das ist eine enorme Belastung der Mitglieder; jedoch muß sie ertragen werden, weil für die Gewerkschaften die Arbeitslosenunterstützung ein Kampfesmittel ist. Um die erreungenen Lohn- und Arbeitsbedingungen sich zu erhalten, müssen die Gewerkschaften durch Gewährung von Unterstüzung das gegenseitige Unterstützen der Arbeiter zu verhindern suchen, um dauernd den Arbeitsmarkt zu beherrschen. Aus diesem Grunde wird es zeitweilig notwendig, die Unterstüzung über das statutarisch vorgeschriebene Maß auszudehnen. So wurden im Jahre 1902 von den Handelszunftmägtern M. 18,18 pro Kopf der Mitglieder an Arbeitslosenunterstützung gezahlt, während 1898 nur M. 2,48 und 1905 nur M. 9,38 hierfür verausgabt wurden. Der beabsichtigte Zweck wurde damals erreicht: um eine Heraabdrückung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der ungünstigen Konjunktur zu verhindern, nehmen die Gewerkschaftsmitglieder die Lasten für die Arbeitslosenunterstützung auf sich. Sie erfüllen damit gleichzeitig eine Pflicht der Solidarität gegen ihre in Not geratenen Kollegen und nehmen schließlich dem Staat und der Gemeinde nicht unerhebliche Lasten ab, wofür diese ihnen damit lohnen, daß sie versuchen, der Entwicklung der Gewerkschaftshindernisse zu bereiten. Bei dem Zweck bleibt es, denn unaufhaltsam entwickelt sich die Bewegung weiter und wird ihr reichlich Teil dazu beitragen, die Arbeiterschaft aus wirtschaftlicher und politischer Knappheit zu befreien.

Von den 68 Verbänden, die am Schlüsse des Jahres 1905 bestanden, hatten 61 ein eigenes Verbandsorgan und 2 (Buchdrucker Elsfah-Döhringen und Formfischer) bezogen das Verbandsorgan des verwandten Verbandsorganisation. Von den Verbandsorganen erscheint 1 wöchentlich dreimal, 29 erscheinen wöchentlich, 8 monatlich dreimal, 18 alle 14 Tage, 6 monatlich zweimal und 6 alle Monate. Die Verbandsorgane hatten eine Gesamtauslage von 1.550.450 Exemplaren gegenüber einer Auflage von 1.235.700, 1.044.650 und 816.420 Exemplaren in den drei Vorjahren.

Auf allen Gebieten haben, wie diese Darlegungen zeigen, die gewerkschaftlichen Centralverbände Fortschritte gemacht. Solche sind wohl auch bei den anderen gewerkschaftlichen Organisationen vorhanden, doch bleiben diese Sondervereinigungen nach wie vor weit hinter den Generalkommissionen geschlossenen Verbänden zurück.

Die lokalen Vereine haben heute gewerkschaftlich fast gar keine Bedeutung mehr. Es fehlt auch an einer genauen Übersicht selbst für die der „anarchosozialistischen“ Gewerkschaftszentrale angehörenden Vereinigungen; noch weniger ist es möglich, den Mitgliederbestand der sonstigen lokalen Vereine einzermassen zuverlässig festzustellen. Die lokalen schaffen alljährlich die Zahl der in ihrem Beruf vorhandenen Mitglieder lokaler Vereine und wurden für 1905 in 21 Berufen 27.730 Mitglieder angegeben, gegen 20.686 in 18 Berufen im Jahre 1904. Die Steigerung kommt hauptsächlich daher, daß bei den Handels- und Transportarbeitern 12.000 Mitglieder solcher Vereine gegen 7.000 im Vorjahr angegeben werden. Durch den Anschluß an die Berliner Gewerkschaftskommission schied ein größerer Verein dieses Berufes aus der Gruppe der sogenannten

In seinem auf die Spitze getriebenen Machtkampf schreit das organisierte Scharfmachertum selbst davon nicht zurück, seine Hände freiwillig nach den geringen sozialpolitischen Errungenchaften der deutschen Arbeiterschaft auszustrecken: Rückwärtsschwibierung der Sozialreform! — das und nichts Geringeres wagen die Unternehmer und ihre Wortschriften von der Regierung offen zu fordern!

Als die preußische Eisenbahnverwaltung — nachdem andere deutsche und ausländische Verwaltungen ihr darin längst vorausgezogen sind — die neunstündige Arbeitszeit-einführung beschlossen hatte, da verneinete sich die organisierte Scharfmacher, durch „private Vorstellungen“, den Minister von seinen „gefährlichen sozialpolitischen Ideen“, abzubringen!

Den Agrarier und Junker konnten die Minister bekanntlich „sonst etwas“ — d. h. solange sie den ersten noch nicht agrarisch genug waren. Und die organisierten Großindustriellen glauben einen preußischen Minister so sicher in der Tasche zu haben, daß „ein Wort im Vertrauen“ von ihnen genügt, um ihm etwaige sozialpolitische Neigungen auszutreiben. Dass diese selben Kreise auch für die vollständige politische Entrechtung und Knebelung der Arbeiterklasse schwärmen, sei nur nebenbei erwähnt.

Arbeiter! Arbeiterinnen! — Genossen und Geistigen! — Alle diese Tatsachen und die daraus für den wirtschaftlichen Befreiungskampf der Arbeiterklasse

"unabhängigen Vereine" aus und ist zu den auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Organisationen zu zählen.

Als im Beruf vorhandene Mitglieder lokaler Vereine geben an die: Handels- und Transportarbeiter 12 000, Metallarbeiter 4200, Maurer 3500, Zimmerer 2800, Bauhülfearbeiter 1500. In allen anderen Berufen wird die Mitgliederzahl lokaler Vereine unter 1000 bis herab zu 5 angegeben.

Über die Finanzierung der lokalen Vereine fehlt es an näheren Angaben. Das "Gewerkschaftsstatistikk" für Berlin berichtet, daß ihm im Jahre 1905 24 Organisationen mit zusammen 10 675 Mitgliedern angehörten. Diese Organisationen hatten eine Gesamteinnahme von M 245 593 und eine Ausgabe von M 193 944 zu verzeichnen. An Kassenbestand hatten sie am Jahresende M 171 901 aufzuweisen. Damit sind aber nur Angaben für wenig über ein Drittel der Lokalorganisierten gemacht. Bei der geringen gewerkschaftlichen Bedeutung dieser Organisationen sollte es ja auch kaum der Mühe, im einzelnen Nachforschungen anzufordern.

Die Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine hatten am Schlusse des Jahres 1905 in 2188 Ortsvereinen 117 097 Mitglieder gegen 111 889 im Jahre 1904, so daß sich eine Mitgliederzunahme von 5208 ergibt.

Von den Gewerbevereinen hatten Mitglieder: Maschinenbauer 49 516, Fabrikarbeiter 19 598, Kassfeuer 14 614, Tischler 8078, Textilarbeiter 5365, Schuhmacher und Lederarbeiter 5210, Schneider 3340, Graphische Berufe 2018, Bergarbeiter 2189, Töpfer 1673, Tabalarbeiter 1899, Bauhandwerker 1238, Deutsche Frauen 1063, Bildhauer 441, Konditoren 303, Schiffszimmerer 235, Brauer 210, Seiler 47 und Kellner 60. Diese Mitgliederzahlen in Berufen wie Bauhandwerker, Bergarbeiter, Schneider und Schuhmacher zeigen, wie wenig Bedeutung den Hirsch-Dunderschen Gewerbevereinen beizumessen ist.

Die Einnahmen der Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine betragen M 1336 651, die Ausgaben M 1 210 219, der Vermögensstand M 8 497 069. Von diesem befinden sich jedoch in den Kassen- und Begräbnisfassen M 1 279 028, in den Begräbnisfassen M 523 045 und in den Gewerbevereinfassen nur M 1 394 996. Nur die letztere Summe würde für den gewerkschaftlichen Kampf in Betracht kommen. An einzelnen Ausgaben sind verzeichnet für: Verbandsorgane M 133 581, Agitation M 102 899, Aussperrungen und Streiks M 286 643, Rechtschutz M 14 790, Reise-, Notfallunterstützung und Umgangsstoffe M 67 802, Arbeitslosenunterstützung M 193 746, Bildungsförderung M 17 845, Ortsverbands- und Verbandssteuern M 53 591, Drucksachen M 67 871 und Verwaltungskosten M 231 951.

Über die Christlichen Gewerkschaften haben wir schon in Nr. 31 unseres Blattes des ausführlicher berichtet, so daß sich ein weiteres Eingehen darauf in diesem Zusammenhang erübrigt. Nur die summarischen Zahlen mögen hier nochmals Platz finden: Die zentralisierten Christlichen Gewerkschaften hatten 188 106 Mitglieder, M 2 448 122 Einnahmen und M 2 150 511 Ausgaben. Kassenbestand M 1 249 408. Die unabhängigen Christlichen Gewerkschaften hatten 76 926 Mitglieder, M 231 068 Einnahmen und M 273 043 Ausgaben. Kassenbestand M 278 806. Die Redaktion des "Grundstein".

Über die unabhängigen Vereine, d. h. über die Organisationen, die keiner der Gruppen angehören, die eine gewerkschaftliche Landeszentrale haben, ist wenig zu berichten. Im Jahre 1904 wurden in 27 Berufen 74 458 Mitglieder solcher Vereine gezählt, im Jahre 1905 in 21 Berufen 67 675 Mitglieder. Der Verband der Möbelarbeiter (1300 Mitglieder) hat sich dem Holzarbeiterverband angeschlossen. Folgende Berufe war im Jahre 1904 berichtet, daß Vereine der genannten Art bestanden, während 1905 keine Angaben gemacht wurden: Barbier, Bergarbeiter (Sachsen und Mansfeld), Buchbinderei, Gläserleger, Steinseher und Vergolder. Ob die betreffenden Vereine eingegangen sind, oder den Vorständen näheres über diese Organisationen nicht bekannt wurde, ist nicht festgestellt worden.

Nach den Berichten der Vorstände, die teils auf Schätzung beruhen, teils nach den Abrechnungen aufgestellt sind, waren Mitglieder dieser "unabhängigen Vereine" vorhanden bei: Gastwirtsgehilfen 18 000, Büromusiker 12 000, Suddeutsche Eisenhahn 10 000, Handelshilfsarbeiter 8000, Maschinisten (Sächsischer Verband) 5750, Bureauangestellte 4000, Brauer 3000, Hotelbinder 2393, Buchdrucker (Gutenbergburg) 2300, Gravurerei der Stoffindustrie 800, Zeichner 768, Lithographen 500, Xylographen 483, Textilarbeiter (Rheinischer Verband) 400, Gärtnerei (jetzt christlich) 300, Gemeindearbeiter 800, Porzellansarbeiter 800, Zigarrensortierer 100, Böttcher 80 und Asphalteure 11.

Rechnen wir die sechs vorstehend im einzelnen geschilderten Organisationen zusammen, so ergibt sich, daß im Jahre 1904 1 466 625 und 1905 1 822 343 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter vorhanden waren. Die Zahl der Organisierten hat somit um 355 718 zugenommen. So-

weit nachweisbar, hätten die Organisationen eine Jahreseinnahme von M 31 829 098, eine Ausgabe von M 28 618 007 und einen Vermögensbestand von M 24 056 138.

Interessant ist, den Entwicklungsgang der drei gewerkschaftlich allein in Betracht kommenden Organisationen, der Centralverbände, der Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine und der christlichen Gewerkschaften, in den letzten sechs Jahren zu verfolgen. Den christlichen Gewerkschaften sind hierbei auch die nicht dem Gesamtverband angeschlossenen Organisationen zugerechnet. Dies ist notwendig, weil einmal die Teilung des Gesamtverbandes nach wie vor darauf besteht, daß diese Verbände den christlichen Gewerkschaften zugänglich sind. Dann aber müssen wir diese Verbände bei einem Vergleich der Organisationen herausziehen, weil ständige Verschiebungen in dem Bestand der beiden Gruppen vorgekommen sind. Bald gehörte ein Verband dem Gesamtverband an, bald war er draußen und wurde, wenn der Wechsel im Laufe des Jahres eintrat, womöglich an zwei Stellen gezählt. Auch 1905 ist durch Auftritt des bayerischen Eisenbahnerverbandes mit 17 000 Mitgliedern zum Gesamtverband nicht der Gewinn dieser Mitglieder für die Gewerkschaften eingetreten, sondern es ist nur die Mitgliedsziffer des Gesamtverbandes erhöht. Deshalb müssen bei dem Vergleich der Entwicklung der genannten Gruppen die unabhängigen Christlichen den christlichen Gewerkschaften zugerechnet werden, für die diese liegen seit 1900 genauere Zahlen vor, und es kann sich deshalb der Vergleich nur bis zu diesem Jahre zurückstreifen. Von 1900 bis 1905 nahmen an Mitgliedern zu: die Centralverbände um 664 876, gleich 97,64 p. A., die Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine um 25 486, gleich 27,75 p. A., und die christlichen Gewerkschaften um 105 262, gleich 65,88 p. A.

Die Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine haben ihre Gewalt verloren, was natürlich und erfreulich ist, und auch die "christlichen" bleiben weit hinter den Centralverbänden zurück, obgleich ihnen der so vorzüglich funktionierende Agitationsapparat der Kirche zur Verfügung steht. Der diesjährige Bericht der "christlichen" ist voll des Lobes und der Freude über den gewaltigen Aufschwung. Die nackten Zahlen zeigen, daß die Werbekraft dieser Organisationen weit hinter der der Centralverbände zurückbleibt, trotzdem man sich auf die "christliche Weltanschauung" und das "Nationale" einschwört und sich damit bei allen Stellen, denen man Einfluß ausübt, fortgesetzt in empfehlende Erinnerung bringt. Taut nun die als Ausbündnis dienende "christliche Weltanschauung" nicht, oder sind diese Gewerkschaften nichts wert? Eines muß wohl sein, sonst könnten diese Organisationen in ihrer Werbekraft nicht so weit hinter den Centralverbänden zurückstehen, obgleich leider nach wie vor die Arbeiterschaft es ist, die den Kirchen beider Richtungen den so mächtigen Einfluß gewährleistet. Ein gewaltiges Retrütungsgebiet liegt vor diesen "christlichen" Gewerkschaften. Sie finden Anerkennung bei maßgebenden Vertretern der Regierung, die Kirchen sehen ihren Agitationsapparat für sie in Bewegung und doch geht es nicht recht vorwärts. Dies kommt einfach daher, daß die deutschen Arbeiter beginnen, zu vernünftig zu werden, als daß sie ihre Zugehörigkeit zu wirtschaftlichen Kampfesorganisationen von irgend einer religiösen Ansicht abhängig machen sollten. Man hat ja auch versucht, den christlichen Gewerkschaften einen nicht so prägnanten Kampfescharakter zu geben als ihn die Centralverbände haben. Dank mußte man aber daraus ziehen, daß diese Organisationen auf dem Gebiete der Unterstützung die Centralverbände zu übertriften suchen würden. Die Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine legten hierauf Wert und rühmen sich, allerdings fälschlich, gerade auf dem Gebiete der Unterstützungssektionen hervor zu sein. Wie es damit in Wahrheit aussieht, zeigt folgende Auflistung:

Es zahlten im Jahre 1905 an Arbeitslosenunterstützung:

	In Ge- bän- den	Mit- glied- zahl	In- ge- sam- tum	Pro Mit- glied
Zentralverbände . . . . .	41	866 000	199 1924	2,30
Hirsch-Dundersche Gewerbevereine . . . . .	16	115 717	193 746	1,67
Christliche Gewerkschaften . . . . .	19	120 615	* 185 671	* 0,11

\* und Kleineunterstützung.

Die "christlichen" verschwinden mit ihren Leistungen ganz und die Hirsch-Dunderschen bleiben weit hinter den Centralverbänden zurück.

Nun könnte man aber sagen, vielleicht nicht bei der Arbeitslosenunterstützung, sondern im sonstigen Unterstützungsweisen sind die "christliche", "nationale" und "christliche" Anschaungen pflegenden Gewerkschaftsvereinigungen den Centralverbänden voraus. Vielleicht gewähren sie ihren Mitgliedern einen größeren Rechtsschutz und vergleichen. Aber auch hier stehen "christliche" und "Hirsch-Dundersche" hinter den Gewerkschaften zurück. Nehmen wir alle Unterstützungen, die in diesen Organisationen gezaubert sind,

zusammen; wobei allerdings die Krankenunterstützung und die Begräbnisunterstützung ausscheiden müssen, weil diese bei den "Hirsch-Dunderschen" aus besonderen Kassen und nicht von den Gewerbevereinen geleistet werden, und rechnen die Ausgabe für Rechtschutz dazu und dividieren die Summe durch die der gesamten Mitgliederzahl, so erhalten wir folgendes Bild:

Es verbrauchten im Jahre 1905:

Organisationen	Mit- glied- zahl	Für Rechtschutz und Unter- stützungen		Für Aussperrungen, Streiks und Gewaltregelte	
		In- ge- sam- tum	Pro Mit- glied	In- ge- sam- tum	Pro Mit- glied
Centralverbände . . . . .	1844803	3761622	2,79	10160659	7,55
Hirsch-Dundersche Gewerbevereine . . . . .	117097	276338	2,36	286643	2,45
Christliche Gewerkschaften . . . . .	1881061	173168	0,92	10003206	5,82

Da in einigen größeren Centralverbänden das Unterstützungsweisen wenig entwickelt ist, so kommen die Centralverbände bei einer solchen Rechnungsmethode schlechter weg, als besonders die "Hirsch-Dunderschen". Aber freilich bleiben diese noch recht nennenswert und die "christlichen" wiederum ganz gewaltig hinter den Centralverbänden zurück.

Und nun gar bei der Streikunterstützung. Den "christlichen" verhalf der Bergarbeiterstreit zu ihrer großen Streitausgabe pro Kopf der Mitglieder. Der christliche Bergarbeiterverband setzte M 436 445 als Ausgabe für den Streik und für Gewaltregelte in seine Abrechnung ein, während bei dem Bergarbeiterverband, nur M 20 000 für Streikunterstützung und M 15 188 als Unterstützung für Gewaltregelte eingestellt sind. Ob unter der von den "christlichen" vermittelten Summe sich auch die Ausgaben aus den Erträgern der Sammlungen befinden, läßt sich nicht feststellen. In die Einnahme sind bei dem christlichen Bergarbeiterverband M 390 414 Extrabeiträge eingetellt, eine verdächtig hohe Summe gegenüber der Jahreserlöse von M 492 957 an regelmäßigen Beiträgen. Während des Streits konnten diese Extrabeiträge doch nicht gezahlt werden, sofern man nicht als "Extrabeiträge" rechnet, was man von anderen Personen und Vereinigungen, aber nicht von den Mitgliedern erhält. Sollten die Mitglieder nach dem Streit diese große Summe an Extrabeiträgen aufgebracht haben?

Aber, gleichviel, sollte hier auch kein Rechentunstil vorliegen, so bleiben doch die "christlichen" und gar erst die "Hirsch-Dunderschen" bezüglich geleisteter Unterstützung für Streiks, Ausperrungen und Gewaltregelte weit hinter den Centralverbänden zurück.

Auf dem Gebiete allgemeiner Unterstützung, sowie in den Kämpfen, vermögen es die "christlichen" den Centralverbänden nicht gleichzutun. Damit erklärt sich, daß sie nicht annähernd die Werbekraft unserer Verbände besiegen, trotz aller sonstigen Hülfssaktoren.

Die Leitung des "christlichen" Gesamtverbandes sucht und findet aber eine andere Ursache für den geringeren Zuspruch zu den christlichen Gewerkschaften, als ihn die Centralverbände haben. Es ist der "Terrorismus" der leichten, der die Arbeiter hindert, zu den "christlichen" zu kommen. Mit großem Behagen wird in dem Bericht erzählt, daß in etwa einem Dutzend Fällen Strafantrag gegen die "Terroristen" gestellt ist und diese zu Gefängnisstrafen von 14 Tagen bis zu zwei Monaten verurteilt wurden. Zum Schluß dieser Abhandlung heißt es:

"Wir sind überzeugt: einige kräftige Artikel in der sozialdemokratischen Presse mit dem Hinweis auf die Ungehörigkeit derartiger Agitationssmittel und die eventuell zu gewalttätige Bestrafung, würden genügen, um terroristisch veranlagte Elemente verträglicher zu stimmen. Solange dieses nicht geschieht, müssen die Kräfte die Ursachen ihrer Verurteilung bei ihren Gegnern suchen. Denn Broloßmachung ihrer Angehörigen kann und wird die christliche Gewerkschaftsbewegung nicht als ein erlaubtes Mittel zur Bekämpfung geistiger Bewegungen anerkennen, selbst auf die Gefahr hin, daß in nächster Zeit umfangreichere Anzeigen erstattet werden müßten."

Nette Drüber in Christo, die ihrem Herrn und Heiland würdig nachzuhören! — Sie wissen es sehr genau, daß es von der sozialdemokratischen Presse fest verurteilt ist, irgend welche Zwangsmittel angewendet, um Arbeiter für die eigene Organisation zu gewinnen oder zum Austritt aus anderen Organisationen zu bewegen. In der Regel handelt aber die von der "christlichen" Gewerkschaftszentrale verteidigten so unsolidarischen, daß ein selbstverfüllter Arbeiter nicht mit ihnen zusammenarbeiten will. Vielleicht gewinnt diese unsolidarische Verhaltensweise den Anschein, als sollte ein Vorgehen der anderen Arbeiter provoziert werden, damit, wie es in dem Bericht auch erzählt wird, die Arbeitsstellen "einfach durch christlich organisierte Arbeiter besetzt" werden können. Mit den zitierten Sätzen zeigen sich die Christlichen in ihrem wahren Charakter,



schon seit langem an. Vor einigen Wochen nun trat er auch dem sozialdemokratischen Wahlverein offen bei. Kurz darauf erschien er in einem Schreiben des Polizeipräsidiums, wonach er als lästiger Ausländer aus Preußen ausgewiesen wird. Genosse de Jonge ging darauf zum Polizeipräsidium, stellte dort klar, daß doch kein Grund vorliege, ihn als lästigen Ausländer zu betrachten, da er doch nach feinen Menschen lästig gefallen sei. Ihm wurde jedoch erklärt, er sei Sozialdemokrat. Sozialdemokraten hätten wir hier selber genug, er müsse nur ruhig nach Holland zurückfahren. Genosse de Jonge hat nun die preußischen Staatsgebiete verlassen. Weil er seiner politischen Überzeugung gemäß sich organisiert hat, darum — das ist seine Überzeugung — ist er ausgewiesen, darum ist seine Eigentanz von der Polizei vernichtet worden. In Holland muß sich der Ausgewiesene erst eine neue Eigentanz schaffen; seine Kinder kommen dorthin als Fremde. In Deutschland geboren, kennen sie nur die deutsche Sprache. Sie müssen es ganz besonders wissen, daß ihr Vater Sozialdemokrat ist. Solche Polizeiteaten sind die besten Agitationsmittel für die Vermehrung der Sozialdemokratie!

**Gegen Arbeitnehmerinteressen** von hoher kultureller und wissenschaftlicher Bedeutung richtet sich ein Bescheid des preußischen Eisenbahoministers Beitenbach. Eine Abordnung von etwa 60 Vororten größerer Städte war bei ihm vorstellig geworden, um **bessere Regelung des Vorortverkehrs zu Gunsten der in diesen Dörfern wohnenden aber in den Städten beschäftigten Arbeiter.** Der Minister ist auf diese Vorstellung nicht eingegangen; er hat die Abordnung abfällig bezeichnet. Nun verucht die offiziöse „Nord. Allg. Zug.“ gegenüber starker Kritik in der Presse diesen Bescheid zu rechtfertigen. Offenbar ist es der Minister selbst, der dies abwehrt. Es wird vorweg angestanden, daß das Auswärtswohnen der Arbeiter aus gesundheitlichen, wirtschaftlichen, sozialen und anderen Gründen durchaus erwünscht sei; nur seien die Einrichtungen der Staatsseisenbahnen nicht geeignet, hier unterstündig einzugreifen. Es wird dazu ausgeführt: „In einer großen Stadt wird die Zahl der Arbeiter- und Gewerbstreibenden, die hier in Frage kommen, sich auf viele Tausende beziehen, zu deren Beförderung eine größere Anzahl von Zügen erforderlich ist, auf kurze Zeiten von höchstens einer Stunde zusammengebrängt. Nun sind aber die in größere Städte einmündenden Eisenbahnlinien von früh bis spät dicht mit Fern-, Nah- und Güterzügen belebt, zwischen denen sich Platz für die pünktliche Beförderung einer größeren Anzahl von Vorortzügen nicht findet, und sehr pünktlich müssen sie sein, wenn sie ihren Zweck für die Arbeitsstellen erfüllen sollen. Derartige Zugverbindungen sind deshalb nur auf besondere, neben der Hauptstrecke bis zum Bahnhofshof heranzustellende Gleise möglich, und zwar für alle Bahnliniengesellschaften der betreffenden Vororte. Welche Umstände würden aber auftreten, um die neuen Bahnkörper durch das hochwertige Stadtgelände einzuführen und die heute schon benötigten Bahngleise entsprechend zu erweitern für Gleise, die nur eine beschränkte Benutzung haben würden? Das die Staatsseisenbahnen verwaltung zu so weitgehenden Kapitalanwendungen mit hinzuwirkt, ist sicherlich Ausnutzung sich nicht entschließen wird und kann das sollte man doch begriffen finden.“

Es wird dann noch dargetan, daß der Vorortverkehr mit seinen kurzen Entfernungen überhaupt nicht in den Rahmen des großen Staatsbetriebes hineingehörte; seine sozialen Zwecke aber ließen sich durch Straßen- und Kleinbahnen besser erreichen. Das seien Fragen, die nur auf dem Wege der Selbstverwaltung durch Provinz, Kreis oder Gemeinde gelöst werden könnten, zumal die Welle dieses Verkehrs und seine Einzelneinrichtungen so vorwiegend örtlicher Natur seien, daß nur die interessierten Gemeinden diese Bedürfnisse richtig beurteilen und sachgemäß zu befriedigen vermögen.

bermöchten.

Das ist eine geradezu monströse Verkehrs politik, die lediglich von Rückfrachten auf die fiskalischen Profiten trüben bestimmt ist. Man sollte nicht für möglich halten, daß in einer öffentlichen Kundgebung beworben wird: es sei „unwirtschaftlich“, wenn die Eisenbahnverwaltung außerordentlich wichtig allgemein wirtschaftliche Interessen dient, wenn sie es ermöglicht, daß Hunderttausende von Arbeitern im Stande sind, von ihren Wohnorten aus ihre Arbeitsstätte leicht und schnell zu erreichen.

Doch wer wundert sich darüber? Ein Preuß ist man ja gewohnt, daß das fiskalische Interesse mehr gilt als

Um „Schutz der Arbeitswilligen und der Arbeitgeber“ wünscht in einem 18 Spalten umfassenden Schriftblatt der Vorband des „Arbeitgeberverbandes für das Waugebene Mittelfrankens“. Der Streit der hauptsächlichen Arbeiter Münchberg's hat es den Scharfmachern angeht, und weil sie sich ihren Profit nicht schmähen lassen wollen, erheben sie in einer „dringlichen Vorstellung“, gerichtet an die bayerischen Ministerien und an die Abgeordnetenfamilie, ein erbarmungswürdiges Gesetzes über „Landfriedensbruch“ und noch „Ärgere Schandtaten“. Unter anderem heißt es in dem verleumderischen Maßwerk:

„Dass unsere Arbeiter nur dem Terrorismus und den Brüder der Organisationen, nicht dem Bedürfnisse oder eigenem Willen bei der Arbeitsniederlegung folgten, ist uns durch die Aussagen vieler Arbeiter bestätigt worden. Ein Beweis dafür ist, dass eine beträchtliche Anzahl Arbeitsswilliger seit dem ersten Tage vorhanden ist, aber infolge der ungeheuren Verdrückungen und täglichen Angriffe von Seiten der Streitenden so eingeschüchtert werden, dass sie nur mit Lebensgefahr ihrer Arbeit nachgehen können, und dass es für die Zeit unmöglich ist, dieselben bei der Arbeit zu erhalten, wenn nicht ausreichender Schutz von Seiten der Polizei und der Gerichte für dieselben vornimmt.“

... für die vielen gebraucht wird.  
Das ist ja die abelbständige Säge, die wir nun schon seit Jahren - aus dem Munde der Schärfmacher hören. Gerade das Gegenteil ist wahr: Die Unternehmer üben einen derartigen Terrorismus auf bürgerlichen Jobwohl wie auf die Arbeitnehmer aus, daß sich die letzteren vielfach nicht getrauen, sich der Organisation und der Durchführung der Fortbildungen ihrer Berufskollegen anzuschließen, während ein-

fiktige Unternehmer mit allen Schikanen und Drohungen davon abgehalten werden, die bescheidenen Bedingungen der Arbeiter anzunehmen.

Diese Gedanken, Melancholien und törichten

"Diese Bedrohungen, Verüstungen und täftlichen Angriffs auf Arbeitswilligen sind allerdings schon seit Beginn des Streiks aufgetreten, aber erst in den letzten Wochen wachsen dieselben unter Führung von Gewerkschaftsabgesandten aus Hamburg zu wahren Landsturmschüssen aus.  
In dem Streitfall der auständigen Maurer und Bauwillfährarbeiter im Restaurant zur 'Goldenen Rose', werden planmäßig diese Auffühere angezeigt, und zwar wird durch Ankläge behauptet, an welcher Stelle und in welcher Straße die Ansammlungen der Streitenden angetreten haben."

Mit solchen wahnstinkigen Schauermärchen sucht der Unternehmerverband gegen die Ausständigen bei der Volksvertretung und der Regierung Stimmung zu machen, damit diese die gesamte Polizeimacht oder gar Militär aufbiete.

viele die geforderte Fortsetzung dieser Art Militär ausübt, um den Streit niedergeschlagen. Mit dem „Schub der Arbeitswilligen“ allein sind unsere „Baumeister“ aber nicht zufrieden. Sie verlangen auch, daß von den Ministerien die Verlängerung der Liefertermine bei staatlichen Bauten um die Dauer der Streiks und Aussperren und die Belassung arbeitswilliger Genteilarbeiter im gewährten Umlauf zu Gunsten der Arbeitgeber besiegelt werde. Viel Befürmernis verursacht dem Unternehmerverband die selbstverständliche Tatsache, daß der Kriegsminister, auf Veranlassung sozialdemokratischer Abgeordneter, Genteilarbeiter, die in Augsburg und Neu-Ulm auf Bauten Streikbrechendienste verübt haben, zurückgeworfen hat und der selbe Minister auf Fortsetzung der Arbeit bei den Militärbauten in Rathenau bestrebt. Darin finden diese Herren eine Unterstützung der Befreiungen der Arbeiterverorganisationen und einen weiteren Druck auf die ohnehin schon stark belasteten Arbeitgeber.“

Wir begnügen uns damit, diese Frechheit und Unverschämtheit des Mittelfränkischen Unternehmerverbandes niedriger gehängt zu haben.

**Ein evangelisches Arbeiterzentrum** nach dem Muster des ultramontanen Zentrums — also eine Parteibildung auf professioneller Grundlage — wird von Effen aus zu gründen versucht. Dieses „evangelische Zentrum“ soll sich ausschließlich auf die „Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter“ (11) konzentrieren. Die neue, höchst konservative Gründung tritt unter der Firma „Nationaler Arbeiterwahlausschuss“ auf. Die Gründer sind natürlich keine Arbeiter, sondern bürgerlich-nationalliberale, konfessionelle und antisemitische Ordnungspolitiker. Damit die Sache den „richtigen Eintritt“ hat, haben sie zu Vorbereitung dieses Ausschusses den Generalsekretär des Gewerksvereins christlicher Bergleute, Frau Dr. Wenzel, und einen Nationalliberalen diensthabenden Sozialpolitiker namens Karl Kühne aus Bremen gemacht.

So kann denn der Bauer beginnen. Zunächst sollen Gelder gesammelt werden, damit in allen Wahlkreisen, in denen evangelische Arbeiterkandidaten ausstehen, auf Erfolg haben, Kandidaten dieser Art bei den nächsten Reichstagswahlen aufgestellt werden. Da die Kandidaten ein Glaubensbekenntnis abzulegen haben, das ihre genaue Vertrautheit mit dem Lutherischen Katechismus und ihre unzweifelhafte evangelische Gesinnung etwa im Sinne der landestypisch orthodoxen Dogmengläubigkeit nachweist, davon verlautet noch nichts. Da mögen denn die "ausgestandenen" Herrn Unternehmern d'ran gehen, den Wahlsäat des neuen Zentrum zu füllen. Der selbständigen Arbeiterbewegung der Sozialdemokratie wird es sicher keinen Abbruch tun.

**Handwerk und Submissionswesen.** Der Deutsche Handwerks- und Gewerbefammlertag hat sich

in einem Gutachten an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe für die Aufhebung des § 270 des preußischen Strafgesetzbuches vom 14. April 1851 ausgedehnt. Dieser bedroht brennbarlich die zur Erlangung günstigerer Preise getroffenen Verabredungen der Käufer und Submittenen bei Lieferleistungen und Verdingungen, die von öffentlichen Behörden oder Beamten vorgenommen werden, mit Geldstrafen bis zu 800 Talem oder bis zu 6 Monaten Gefängnis. Dadurch treffe er, wie das Gutachten ausführt, daß Handwerker im Gegensatz zur Industrie besonders schwer, da er deren langfristige Preisfestsetzungen durch Kartelle und Syndikate nicht erfaßte. Er verhindere auch, daß mehrere Handwerker zur Erlangung ähnlicher Aufträge

mehrere Handwerker zur Erlangung geheimer Aufträge gemeinsam submittert, und so mit dem Generalunternehmerum wirtschaftlich konkurrieren können. Wie den Arbeitnehmern Vereinbarungen zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen ausdrücklich gestattet wären, müsste auch in jedem Falle den Arbeitgebern erlaubt sein, zur Erlangung günstiger Absatzbedingungen für ihre Produkte zusammenzutreten. Dies würde an sich noch keine Benachteiligung des öffentlichen Vermögens sein, da bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen den Behörden genügend Mittel zu Gebote ständen, einer Ausbeutung durch die Submittenten vorzubeugen. Endlich weist das Gutachten noch auf den Widerspruch zwischen dem genannten § 270 und der bekannten Entschließung des Reichsgerichts hin, die Preiseverabredungen der Submittenten als mit den guten Sitten im Einklang stehend bezeichnet. Der § 270 enthalte somit eine heute veraltete Regelung, deren Aufhebung eine Verbesserung des öffentlichen Submittionswesens bedeuten würde. Es ist dazu zu beachten, daß der § 270 des alten preußischen Strafgesetzbuches der einzige Paragraph ist, der von diesem im übrigen durch das ReichsStrafgesetzbuch herabgestuften kantonalrechtlichen

Das *deutsche Strafgesetzbuch* bestätigte partikularrechtliches Gesetzbuch noch in Kraft ist. Der Entwurf zum Norddeutschen Strafgesetzbuch hatte eine diesen § 270 entsprechende Bestimmung vorgesehen, doch war ihre Aufnahme in das deutsche Strafgesetzbuch vom Reichstag abgelehnt worden. Aus dieser Ablehnung folgerte man nur zuerst, daß die preußische Strafschreft aufgehoben sei, und das Obertribunal und mit ihm das Kammergericht schloß sich dieser Ansicht an. Später aber, zuerst unseres Wissens 1884, stellte sich das Reichsgericht auf den Standpunkt, daß

die preußische Gesetzesbestimmung noch zu Recht befiehe, weil ihre Aufhebung nicht im Gesetz zum Ausdruck gekommen sei und die Ansicht des Reichstages allein Gesetze nicht bestätigen könne, solange nicht auch feststehe, daß der Bundesrat mit seiner Zustimmung zu dem vom Reichstag beschloßnen Strafgesetzbuch in seiner Gesamtheit die Aufhebung des § 270 des preußischen Strafgesetzbuches habe genehmigen wollen. Dieser Ansicht hat sich denn auch von 1893 an das Hammgericht angeschlossen; so daß die Praxis der höchsten Gerichtshöfe jetzt für die Gültigkeit des § 270 ist, während die strafrechtliche Literatur allerdings geteilter Meinung ist.

Die Ausdehnung der Unfallversicherung auf Unfälle, die sich im — bisher nicht versicherten — öffentlichen Dienst ereignen, ist im Reichstage des östern, besonders von Seiten der Sozialdemokratie, gefordert worden. Jetzt werden dazu, wie offiziell verlautet, im Reichsamt des Innern gelegbergische Maßnahmen vorbereitet.

Es handelt sich zunächst darum, staatlichen und

Es handelt sich zunächst darum, staatliche und kommunale Polizeibeamte, Grenzbeamten, Vollzugsbeamte und anderen Beamten, welche durch ihren Dienst besondere Gefahren ausgesetzt sind, bei den aus solchen Gefahren erwachsenden Unfällen eine angemessene Entschädigung zu gewähren. Weiter aber werden in die Versicherung einzubeziehen sein Reichsbeamte, welche zur Unterstützung jener Beamten tätig sind, und überhaupt Personen, welche bei einem in der Not oder Gefahr, sei es auf polizeiliche Aufforderung, sei es unter Umständen, die ein Einbrechen ohne polizeiliche Aufforderung rechtfertigen, Hilfe leisten. Damit wird namentlich auch einem berechtigten Wunsche der freiwilligen Feuerwehren entsprochen. Die gesetzgebende Ausgestaltung der geplanten Versicherung bietet allerdings in mehrfacher Hinsicht erhebliche Schwierigkeiten, so in bezug auf die Abgrenzung des Personenkreises der im öffentlichen Dienste Tätigen, die nähere Bestimmung des Gefahrenkreises, den Anteil des für die Entschädigung maßgebenden Einkommens bei nichtberuflichen Helfern, die Schaffung geeigneter Träger der Versicherung und die Art der Aufbringung der Kosten seitens dieser Träger. Es besteht jedoch die Hoffnung, daß die in der Sache liegenden Schwierigkeiten in dem in Aussicht genommenen Reichsgesetz eine angemessene Lösung finden werden. Der Landesgesetzgebung würde dabei — ähnlich wie auf dem Gebiete der Fürsorge für Beamte bei Dienstlebensunfällen — vorbehalten bleiben, für die Staatsbeamten an Stelle der reichsgelehrten Versicherung eine entsprechende Unfallfürsorge einzutreten zu lassen.

Eine terroristische behördliche Antistreikpolitik hat die jüngste Streikbewegung in Zürich zur Folge gehabt. Die bestimmen, ruhige Haltung der Arbeiter bewirkte zwar, dass die Regierung ihre ebenso lächerliche wie gefährliche und gefälschte Maßnahme des Militäraufstands zurücknahm. Über etwas Schlimmeres, weil offenbar auf die Dauer berechnet, ist gebeten: da das Verbot des Streikpostens ist. Nach Meldungen aus Zürich schafft nicht nur das Verbot an sich, sondern auch seine rigorose Handhabung durch die Polizei fortwährenden bedrohlichen Konflikte, die den Scharfmachern gar nicht unangenehm zu sein scheinen; hoffen sie doch, dann endlich auch in der freien Schweiz Schießelungen gehe für ihre Arbeiter durchdrücken zu können. Schon ist es gelungen, den kleinen Spießer und die armelosen Hungerbauern auf ihre Seite zu ziehen und in der Arbeitschaft den Feind zu suchen, der bis zur Vernichtung bekämpft werden muss. Damit hat's freilich keine guten Worte. Aber in der Arbeitskraft steigt von Tag zu Tag die Erbitterung, vor allem gegen die Regierung des angeblich demokratischen Zürich, und lässt in ihr ein bedenkliches Gefühl der Recht- und Heimatlosigkeit auftreten.

Es ist gegenwärtig in Zürich unmöglich, einen regulären Streit nach der alten Taktik mit den friedlichen Mitteln durchzuführen. So wie das Verbot des Postenhebels ausgeübt wird, bedeutet es ein vollständiges Aufheben der Freiheit, die bisher für das Streiken bestand. Und was nur das Schlimmste ist, das Verbot des Postenhebels ist nicht nur für einen Ausnahmefall, der Stadt-gekriegt, nicht auf eine beschränkte Zeit, sondern für immer. Die Regierung will dem Nutzenkriterium nicht nur den Sieg in den gegenwärtigen Bewegungen zufangen, sondern sie hat ihren Beschluß derart gefasst, daß er auch für alle kommenden Bewegungen gültig ist, daß er weder in diesem noch im nächsten Jahre rückgängig gemacht wird.

Mehr noch. Es gilt für den ganzen Kanton. Der Staat Zürich legt allen künftigen Bewegungen Schwierigkeiten in den Weg, die ein Hohn auf jede moderne Arbeitsteilung sind. Die Arbeitsteilung ist natürlich entschlossen, für ihr gutes Recht auch das Aeußere zu wagen. Vorläufig läuft sie sich, die Gesetzmäßigkeit des Verbotes auf gerichtlichen Wege anzufechten. Sollte dieses Mittel versagen, so stehen schwere und opferreiche Kampfe bevor. Die Regierung hat das thige dazu, und den Eingriffen der Arbeiterschaft anzufangen. Legt hat sie auch den Nabelschnürl des Verbotes einer Demonstration umzugesetzbar, was für die Schweiz mehr als sonderbar anmutet.

Nicht genug mit dem Verboote des Streifpostenstehens. Die Magazinbesitzer der Bourgeoisie, die sogenannte "republikanische" Regierung, geht mit Auswirkungen gegen ausländische Arbeiter vor, die sich durch Beteiligung an der Bewegung beweitbar gemacht haben. Schon sind die reichen Arbeiter von dieser brutalen Maßnahme betroffen worden. Und alsdann beschließen die "republikanischen" Ordnungsbeamten auf dem Wege der Initiative ein Gesetz zur vollständigen Erbroszung des Streifrechts, die Bestrafung des Streifpostenstehens mit Geld und Gefängnis nach dem Muster des deutschen Buchthaus-gefeckvorlage zu erreichen.

Man kann sich denken, wie sehr dadurch die Erbitterung der Arbeiter, aber auch ihre Energie und ihr Kampfesmut gesteigert wird.

Nach Sibirien verbannt sind die beiden in Deutschland sehr bekannten russischen Genossen Leo Deutsch und Ivan Helpmann (Paribus). Drei Jahre sollen die tapferen Kämpfer für die Revolution in einem kleinen Dorf nicht weit vom Polarkreise ausharren. Deutsch hat schon einmal

16 Jahre im Sibirien geschmachtet; im Jahre 1901 gelang es ihm, seinem Herker zu entfliehen und ein schwüles Ayl in Europa zu erreichen. Als ihn aber die Kunde von der russischen Revolution erreichte, eilte er wieder seinem „Vaterlande“ zu, um für die Freiheit zu kämpfen. Deutlich ist 51 Jahre alt. Barbus war seit etwa zehn Jahren in Deutschland, zuletzt in München, sozialistisch tätig. Aus Dresden, wo er als Redakteur der „Sächs. Arbeiterzeitung“ arbeitete, wurde er Ende der 90er Jahre ausgewiesen. Seit Oktober des vorigen Jahres in Petersburg, wurde er in diesem Brühahne ein Opfer der Gegenrevolution; er wurde in der berüchtigten Peter-Pausfestung interniert, die er jetzt gemeinsam mit Deutsh und anderen Opfern des Kaisertums verlassen hat, um in die Eisfelder Sibiriens zu ziehen. Möge es den tapferen Streitern vergönnt sein, recht bald in die Freiheit zurückzufechten!

## Maurerbewegung.

### Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fortan nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

#### Deutschland:

##### Maurer:

**Bamberg** (Bauarbeiterstreik), **Cuxhaven** (Streik);

**Schleswig-Holstein:**

**Barnstedt** (Sperre über Rathjens in Hemdingen);

**Mecklenburg:**

**Sülze** (Sperre über Holldorf), **Laage** (Sperre über Kortf), **Klütz** (Aussperrung), **Wismar** (Sperre über Scharf);

**Pommern:**

**Gollnow** (Sperre über Küster), **Stralsund** (Streik), **Cöslin** (Sperre über H. Schütter), **Domin**, **Greifswald** (Aussperrungen), **Gützkow** (Sperre über Peters), **Triebses** (Sperre über Lange), **Löcknitz** (Streik);

**Ost- und Westpreussen:**

**Könitz** (Aussperrung), **Memel**, **Braunsberg** (Streiks);

**Sachsen:**

**Breslau** (Streik der Plattensetzer), **Görlitz** (Streik), **Neisse** (Differenzen);

**Posen:**

**Rawitsch** (Sperre über Pustal);

**Brandenburg:**

**Wittenberge** (Aussperrung), **Beelitz**, **Dahme i. d. M.**, **Wriezen** (Streiks), **Trabitsch** (Sperre über Hamann), **Finsterwalde** (Differenzen), **Strasburg i. d. U.** (Sperre über R. Henschel), **Alt-Carbe** (mehrere Sperren), **Göpenick** (Sperre über Sulz & Schröder aus Hannover);

**Provinz Sachsen und Anhalt:**

**Ammendorf** (Sperre über Friedrich und Reichhardt), **Gardelegen** (Streik), **Bernburg**, **Zeitz** (Aussperrung), **Mühlberg a. d. Elbe** (Sperre über Goldschmidt), **Barby** (Zimmererstreik);

**Königr. Sachsen:**

**Leipzig** (für Maurer sind gesperrt die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsbaute, Otto Dietze in Wahren, Halleschestrasse, F. Bieker in Leipzig-Gohlis, Ecke der Bleichert- und Kaiser Friedrichstrasse, Willy Schöbel in Stötteritz, Bau Leipzigerstrasse, Müller & Damm in Leipzig-Gohlis, Ulanenstrasse, M. Steykal und Fichtner in Möckern, Sohrstrasse, für Rabitzpitzer die Gips- und Zementbaugesellschaft, Brandenstrasse, und Heinrich Walter in Leipzig-Lindenau), **Wurzen** (Sperre über Lehmann in Püchau), **Hirschberg**, **Reichenau**, **Hainichen** (Aussperrungen), **Grossröhrsdorf**, **Reichenbach i. V.**, **Zittau**, **Freiberg**, **Mylau**, **Netschkan** (Streiks), **Limbach** (mehrere Sperren), **Schneeberg** (Sperre über Brettschneider), **Planau** (Sperre über Männel), **Penig** (Sperre über Hellriegel und Zöllner);

**Hannover, Oldenburg und Lippe:**

**Emden**, **Münden** (Zimmererstreiks), **Jork-Estebrücke** (Sperre über den Neubau-Header in Cranz a. d. Elbe), **Nienburg a. d. Weser**, **Aurich**, **Oldenburg** (Streiks), **Uelzen** (Aussperrung), **Brake**, **Harburg**, **Lüneburg** (Bauarbeiterstreiks);

**Braunschweig:**

**Schöningen** (Aussperrung), **Braunschweig** (Streik);

**Thüringen:**

**Erla** (Sperre über Wagner), **Gera** (Sperre über Hirsch, Gotha, Wintersdorf) (Streiks), **Greiz** (Aussperrung), **Sonneberg** (Sperren über P. Schmidt und Brückner), **Ingersleben** (Sperre über Pöhlmann aus Dietendorf), **Rudolstadt** (Sperre über Fischer), **Goslar** (Streik der Steinbosser);

**Rheinprovinz:**

**Velbert**, **Vohwinkel**, **Ratingen**, **Neunkirchen-Wiebelskirchen-Friedrichsthal** (Streiks), **Cöln** (mit Aussperrung bedroht);

**Westfalen:**

**Minden**, **Stiegen** [ganzes Siegerland] (Aussperrungen), **Bochum** (Streik der Stukkateure);

**Bayern:**

**Nürnberg-Fürth** (Aussperrung), **Bayreuth**, **Burgfarrnbach**, **Landsbut**, **Augsburg** (Streiks);

**Hessen:**

**Borsdorf**, **Dillenburg**, **Weilburg** (Streiks), **Heppenheim** (Sperren über Herschel und Held), **Marburg** (Bauarbeiterstreik), **Frankfurt** (Sperren über die Kaminbaufirma Hof);

**Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:**

**Colmar**, **Hassloch** (Streiks), **Metz** (Sperre), **Schwezingen** (Sperre über S. Umhey und

J. Fackel & Co.), **Freiburg** (Streik in der Zementbranche), **Mundenheim** (Sperre über Fabrik Giulini), **Rheinhöhenheim** (Sperre über Scherf), **Singen** (Sperre über Schmal und Schweizer), **Landau** (Sperre über Lauer), **Philippensburg** (Sperre über Gebr. Gillier);

**Württemberg:** **Tübingen** (Streik), **Stuttgart** (Gipsstreik);

**Fliesenleger:**

**Nürnberg** (Sperre über Ayerle), **Breslau** (Differenzen), **Wanne** (Sperre über Zwischenmeister G. Siebert).

**Oesterreich:**

**Pilsen**, **Warnsdorf i. Böhmen**, **Leibnitz i. Steiermark** (Streiks);

**Schweiz:**

**Zürich**, **Lausanne**, **Neuchâtel**, **Kreuzlingen** (Streiks).

**Gau Hamburg.** In Witten hat am 17. August auf Besuchung des Herrn Senators Mensching eine Begrüßung zwischen den Unternehmern und den Streitteilnehmern der Maurer und Zimmerer stattgefunden. Von den Unternehmern waren die Herren F. Behne, H. Sofiaski und Bohmann erschienen. Außer den Mitgliedern der beiden Streitteilnehmern der Maurer und Zimmerer nahmen die Gauvorsitzenden August Wiedmann-Sauveter und Hugo Röber-Hamburg an der Begrüßung teil. Die Verhandlungen dauerten mehrere Stunden. Während dieser Zeit bemühten sich die Unternehmern, dem Herrn Senator die Lage der Maurer und Zimmerer, als die denkbar rosigste, zu schreiben. Es wurde von den vielen Sparfassungsgebäuden, den festen Schweinen in Stalle, den eigenen Häusern und von dem Landbesitz der Arbeitgeber gesprochen; dies alles ließ sich bei M. bis 3,50 durchschnittlichen Tagesschwerdienst beschaffen. Nur die Lage der Unternehmer sei eine bedauernswerte. Bei den hohen Löhnern müsse fortwährend Geld ausgegeben werden. Auch die Handwerke als Bauherren könnten die wachsenden Mehrabgaben für die hohen Löhnern nicht tragen, und in Rückicht auf diese beiden notleidenden Kategorien unter der Bedrohung — die Unternehmer im Baugewerbe und die Arbeiter — müssten die gut gestellten Maurer und Zimmerer auf eine Lohnabsenkung verzichten. Diese Ironie mußte selbst dem Herrn Senator nicht entgangen, sondern er war der Meinung, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse eine Lohnabsenkung für die Arbeiter bedingen und daß die Unternehmer und Bauherren sehr wohl die Mehrbelastung tragen könnten, nur so mehr, da die Arbeiter befürworten ihre Forderung ursprünglich für das nächste Jahr erst gestellt hätten, somit die Unternehmer ihre Kalkulation darauf einzurichten könnten. Die Unternehmer waren zu nichts zu bewegen, und als ihnen von den Arbeitern der Standpunkt darüber klar gemacht wurde, daß es mit der Bedürftigkeit der Herren nicht weit her sei, daß gerade sie es verstanden hätten, in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum zu einer sehr angenehmen Lebensweise aufzuschwingen, die Arbeiter aber bei schwerer und mühsamer Arbeit in und außer dem Beruf — an Bau und in den notwendigen landwirtschaftlichen Nebenbetrieben — kaum soviel aufzubringen könnten, wie zum täglichen Leben notwendig sei, nahmen die Unternehmer die Masse herunter und erklärten nach berühmtem Muster, sie könnten es wohl, wollten aber den Arbeitern nicht mehr Lohn für dieses Jahr zahlen. Natürlich der Zimmermeister Bohmann, der sich schon gleich zu Anfang der Begrüßung den Gauleiter gegenüber sehr ruppig benahm, glaubte damit imponieren zu können, wenn er seinen Herrenstandpunkt so prahl wie möglich herausstelle. Auch gefiel er sich außerordentlich darin, die erledigten und gerechtsame „alten Methoden“, die auf dem Begegnungsstage der Arbeitgeber in Lebrte acht Tage früher verabredet wurden, um die anwesenden Delegierten der Unternehmer scharf zu machen — als seine eigene Weisheit aufzutun. Endlich, am Schlusse der Verhandlung, boten die Unternehmer für das nächste Jahr 45,- pro Stunde statt 48,- unter der Bedingung, wenn für dieses Jahr die Arbeit zu den alten Bedingungen aufgenommen würde.

Eine am 19. August abgeholte gemeinschaftliche Versammlung der Maurer und Zimmerer lehnte eine solche Zunahme des Arbeitgeberverbandes rücksichtig ab und beantragte die Streitteilnehmungen, die Verhandlung unter der Voraussetzung weiterzuführen, daß die Unternehmer ein annehmbares Angebot machen. Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes in Lüneburg hatte die Vertreter der Arbeiter zum Sonnabend, 18. August, nach Lüneburgs Restaurant eingeladen, um über die Beilegung der Bahnstreik zu verhandeln. Die beiden Gauleiternden C. Gräning für die Bauarbeiter und Hugo Röber für die Maurer, die mir erschienen waren, um an der Verhandlung teilzunehmen, wurden nicht zugelassen. Ferner bestand der Vorstand des Arbeitgeberverbandes darauf, nicht gemeinsam mit den Maurern und Bauarbeitern zu verhandeln, sondern einer nach dem anderen, zunächst mit den Maurern. Es wurde dann den Maurern die frohe Botschaft zu tell, daß sie eine Lohnanlage nicht zu erwarten hätten, sondern der Arbeitgeberverband hätte beschlossen, die Arbeit müsse bedingungslos wieder aufgenommen werden. Herr Päpper, Maurermeister, gab als Vorsteher den alten Traut zum besten, der ihm am 12. und 18. August als Delegierter auf dem Begegnungsstage des Arbeitgeberverbandes in Lebrte eingetragen worden war. Auf irgend welche kaltblütige Auseinandersetzung ließ der Herr sich wenig oder gar nicht ein. Gegen die eingehenden und zutreffenden Begründungen der Arbeiter, warum die Löne aufgezogen werden müssten, wußte der Herr nichts zu erwidern, immer wieder verbündete er sich hinter dem Befluss des Arbeitgeberverbandes und wiederholte fast wörtlich die Wörter, die man ihm in Lebrte aufgebunden hatte. Unsere Kollegen lehnten am Sonntag, den 19. August, die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit mit Entschließung ab.

Maurer werden gesucht von dem Maurermeister Kroghann in Dübenstedt.

**Gau Hannover.** Gest ist schon der dritte Transport galizischer Maurerleute in Braunschweig angelkommen. Die Streitbrecherquelle scheint sehr übersichtlich zu sein. Die letzte Truppe war rund 40 Mann stark, davon die Hälfte Dachdecker. Es gelang uns, sofort 15 davon Arbeit nach außerhalb anzutreiben. Die galizischen Maurer werden, trauten sich die Unternehmer mit Händen und Füßen dagegen sträuben, untergebracht. Der Unternehmer Muare hat die erste ihm zugeteilte Kolonne ziemlich unsanft an die Luft gelegt, weil ein nächsten Transport wurden aber der Firma ohne weiteres wieder rund 15 Mann zugestellt. Der Streitbrecheragent Neumann aus Brunn ist unerbittlich. Damit sein Verdienst nicht geschnalmt wird, liefert er die betroffenen Seelen, mögen auch die Braunschweiger Unternehmer Gift und Galle spucken. Die Streitbrecher fühlen sich unter solchen Verhältnissen höchst ungernlich. Täglich melben sich welche in unserem Bureau, um wieder in ihre Heimat zurückgeschickt zu werden. Dazu haben wir jedoch keine Berechtigung. Dagegen steht doch öfter die Gelegenheit, die Galizier ohne Unruhen zum Ausführen von Gebäuden nach außerhalb zu verschicken. Rund 40 von diesen Leuten haben schon Gebrauch davon gemacht.

Vor Harzburg meldeten wir hierlich, daß die Kollegen nachdem sie einen von den Unternehmern vorgelegten Vertrag, der besagte, daß sie keiner Organisation beitreten wollten, zurückgewiesen hatten, mit rund 100 Mann in unsern Verbund einzutreten. Zur „Belohnung“ dafür ist ihnen 1,- pro Stunde aufgeleget, so daß jetzt der Stundenlohn 28,- beträgt. Die Unternehmer glauben freilich, daß die Kollegen jetzt der Organisation untertreten würden; das Gegenteil ist eingetreten.

In Schöningen ist ein zweiter Trupp Galizier in Mainz eingetroffen. Der Bürgermeister Leite in höchste Person den Empfang. Der Unternehmer Meier junior schon längere Zeit mit zehn Galizieren begnügt ist, hat nicht eher Ruhe gefunden, bis die anderen beiden Unternehmer auch ihr Teil hatten. Meier denkt: Rache ist süß. Die Aussperrung dauert unverändert fort.

**Gau Dortmund.** In Bochum stellen bereits seit acht Wochen die Stofflaturen. Ein Ende des Kampfes ist vorläufig nicht in den nächsten Wochen noch nicht zu erwarten. Gefordert werden 70,- bei neuneinhalbstündigem Arbeitstag. Über die Lohnfrage wäre schon längst eine Einigung erzielt; nur von einer Verkürzung der Arbeitszeit wollen die Stadtmaster nichts wissen. Der Arbeitgeberbund gestattet es nicht, daß die Arbeitszeit unter zehn Stunden heruntergesetzt wird; weil in Ehen, Dortmund und sonst wo die zehnstündige Arbeitszeit bis 1908 vorliegen ist — darf sie auch in Bochum nicht früher verfügt werden. Also lediglich hierum dreht sich dieser Lohnkampf. Er ist deshalb von Bedeutung für das ganze rheinisch-westfälische Lohngebiet. Deshalb erachten wir alle Bataillenführer, bis zum Abschluß des Kampfes Bochum zu meiden.

**Gau Köln.** Der Streit der Betriebsräte in Düsseldorf wurde nach leidvoliger Dauer mit vollem Erfolg beendet, nachdem die Weltstrafe als eingesehen hatte, daß sie nur dann geordnete Verhältnisse in ihrem Geschäft haben würde, wenn sie sich mit den Arbeitern einigten. Da in der Betonbranche einige kleine Unternehmer vorhanden sind, die in den Bribabauten nur Stellengenössen und sonstige kleine Arbeiten machen, ferner auch ein großer Prozentsatz ungarnische Arbeiter beschäftigt wird, so wird die Innungspflicht des Vertrages noch manche Schwierigkeiten bereiten.

Der Streit in Ratingen dauert nun bereits fünf Wochen, und noch immer sind die drei letzten Unternehmer nicht bereit, irgendwie Zugeständnisse zu machen. Unterhandlungen weiterhielten an der Hartnäckigkeit der Unternehmer; besonders war es Schlosser, der allerdings einige von seinen Gehilfen als Streitbrecher behalten hat. Da wir aber von Zugeständnissen nicht gebissen sind, so dürfte bald eine Wendung zu unseren Gunsten eintreten.

Bei Beratung der „Generalaussperrung“ im Cöln er Baugewerbe hielt der dortige Arbeitgeberverband für das Baugewerbe am leichtesten Freitag eine außerordentliche Generalversammlung ab. Der Vorstehende Thiemann berichtete bei Eröffnung der Versammlung, daß diese auf Antrag der freien Vereinigung der Arbeitgeber des Dachdecker- und Baumeistersgewerbes einberufen worden sei. Diese Vereinigung hat auf Grund des § 14 des Statuts des Arbeitgeberverbandes die Abhaltung der Generalversammlung beantragt, um für die Dachdeckermeister den Schutz zu erweitern, der ihnen ausdrücklich zugesagt worden sei. Die Vereinigung sei dem Arbeitgeberverband beigetreten. Der Vorstehende sei es gewesen, der die Entlassung der Frankfurter Gesellen und schließlich die Aussperrung aller Gesellen veranlaßt beginnt, befürwortet habe, indem weitgehende Unterstüzung zugesichert worden sei. Nun sei man bereit, vier Wochen ohne Gesellen. Über 800 Dachdeckergesellen seien auswärtig am arbeiten, und die hiesigen sprächen von der Gründung von Arbeitsgenossenschaften. Der dem Arbeitgeberverband im Baugewerbe angehörige Baugewerbeverein (freie Innung) habe die Generalaussperrung aller Bauarbeiter beschlossen für den Fall, daß nicht bis zu einem bestimmten Tage in allen in Betracht kommenden Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen worden sei; die Arbeitnehmerkommission habe vorher noch einmal versöhnen wollen, und als bei dieser Gelegenheit eine Kategorie der Arbeiter, die Kanalmauer, sich einigten, habe die Generalaussperrung verschoben. Das entscheidende Wort habe doch jedenfalls der Deutsche Arbeitgeberverband, nicht der Baugewerbeverein zu sprechen. Wenn es heute nicht zu einem Beschlusß über die Generalaussperrung kommt, sei man geradezu dem Gespött der Gesellen ausgesetzt. Der Vorstehende erwiderte, daß der Deutsche Arbeitgeberverband gewiß für die Unterstüzung der angehörenden Korporationen voll und ganz eintrete. Erst neuerdings seien 10 Gesuche um eine Stunde der Arbeiten abgegangen, die auch von den Behörden berücksichtigt wurden. Herr Fortempas vor der freien Vereinigung der Glasermeister Cölns wies darauf hin, daß der Glaserfach noch weiter bestehen. Es fehlen nur etwa zehn Arbeitswillige vorhanden, die aber schwer bedrängt (?) wären, denn mit Messer und Pistolen (?) gehe man auf die Arbeitswilligen los. Erst habe man geglaubt, den Kampf allein aufzufordern zu können, heute aber rufe man den Schutz des Deutschen Arbeitgeberverbandes an.

Es wurden von mehreren Rednern Anträge auf Verhängung der Generalaussperrung im Baugewerbe gestellt. Von den Vertretern des Dachdeckerverbandes der Schreinerei wurde vorgekehrt, daß sie bereits in diesem Jahre einen hartnäckigen Kampf allein ausgefochten hätten; sie wollten wenigstens in einer Generalversammlung Stellung zur Frage der Generalaussperrung nehmen. Der Antrag der Dachdeckerorganisation für Mittwoch, den 22. August,

die Generalausperrung im Baugewerbe zu proklamieren, wenn bis Dienstag, den 21. August, die Differenzen im Baugewerbe nicht beigelegt sind, würde mit 47 gegen 55 Stimmen abgelehnt; dagegen ein Votum des Vorstehenden der Glasermeistervereinigung, Mittwoch, den 22. August, eine neue Generalversammlung einzuberufen, mit dem einzigen Punkte der Tagesordnung: Abstimmung über die Generalausperrung im Baugewerbe, angenommen.

**Gau Wuppertal**. Maurer haben in ihrem feierlichen Kampf mit dem Unternehmer einen glänzenden Sieg davon getragen. Der Kampf wurde mit größter Entschiedenheit auf beiden Seiten geführt. Der Beigeordnete Hörfel-Eberfeld hatte schon in der vierten Woche eine Einigung der Parteien versucht. Die damaligen Verhandlungen schließen sich im Widerstand der Unternehmer. In der siebten Woche wurde vom Beigeordneten Hörfel-Eberfeld und Beigeordneten Rödiger-Barmen erneut ein Einigungsversuch unternommen, und zwar diesmal mit Erfolg. Mittwoch, den 15. August, fanden im Rathause zu Elberfeld die oben erwähnten Verhandlungen statt. Der Beigeordnete Stadtverordnete Stürmer-Barmen und Stadtverordnete Stab-Warmen waren zu dieser Verhandlung hinzugezogen. Die Unternehmer hatten sich den bekannten Direktor Schmidhaus-Elsen und einen Unternehmer Mülheim-Düsseldorf, die in beratlichen Fragen "routiniert" sind, mitgebracht. Der Vergleich kam auf folgenden Grundlage zu stande: der Stundenlohn beträgt sofort 55  $\text{S}$ , ab 1. April 57  $\text{S}$  bei neunstündiger Arbeitszeit (bisher zehn Stunden). Samstage eine Stunde früher Feierabend, wird abgezogen. Kaufmänner erhalten 65  $\text{S}$ , vom 1. Januar 1907 68  $\text{S}$ , vom 1. April 70  $\text{S}$  bei neunstündiger Arbeitszeit. Hüttarbeiter erhalten 10  $\text{S}$  weniger als Hochbauaurer. Einweltende erhalten 3  $\text{S}$  pro Stunde mehr als Hochbauaurer, bei gleicher Arbeitszeit. Überstunden werden mit 10  $\text{S}$ , Nacharbeit mit 50  $\text{Pf}$ , Sonntags-, Feierungs- und Absatzarbeit mit 100  $\text{Pf}$ . Zuschlag bezahlt. Der durchschnittliche Stundenlohn beträgt vor dem Streik 49  $\text{S}$  für Hochbauaurer. Der Vertrag dauert bis zum 1. April 1908. Im allgemeinen können wir mit diesem Erfolge zufrieden sein, was aber nicht besagen soll, da er nicht deuterlich darstellt. Ja, wir sind von einer auskömmlichen Lebenshaltung wohl sehr weit entfernt. Deshalb muss auf dieser geschaffenen Grundlage weiter gebaut werden. Noch muss die Maurerschaft an der Erweiterung ihrer Organisation arbeiten und sich in den Dienst des klassenbewussten Proletariats stellen, hinzuarbeiten an den hohen Zielen des Sozialismus. Darum sei die Parole: Jünger vorwärts, niemals lässig!

**Gau Mannheim**. Der Streik in Meß ist erfolgreich beendet. Außer dem Sieg über die Unternehmer hat er uns auch einen erheblichen Mitgliederzuwachs gebracht. Als wir am 15. März d. J. die Forderungen einreichten, zählte der Zweckverein 65 zahlende Mitglieder, von über Tausend hier beschäftigten Maurern. Die Unternehmer hielten es nicht für nötig, auf unsere Zuschrift Antwort zu geben, und da auch die Bauaktivität nicht allzu groß war, so mussten wir die Richtung der Unternehmer hilflos weichen. Um so rücksichtiger wurde aber an dem Ausbau der Organisation gearbeitet. Ende des 1. Quartals war die Mitgliederzahl schon auf nahezu 400 gestiegen. Nachdem die Bauaktivität im Laufe des 2. Quartals besser geworden war, beschlossen zwei Versammlungen am 29. Juli, die Forderung auss zu neu einzurichten und auf den 8. August Antwort zu verlangen. Jetzt traten die Unternehmer zwar mit uns in schriftlichen Verkehr, jedoch nur, um die ganze Sache zu verschleppen. In ihrem ersten Schreiben verlangten sie, mit fünf Meß-Maurern, die den schriftlichen Nachweis bringen sollten, dass sie bei Meß-Unternehmern beschäftigt seien zu verhandeln. Als wir darauf nicht eingingen, wollten sie Beirat der Fachvereine (der, nebenbei bemerkt, aus 41 Männer besteht) hinzugezogen wissen. Unsere Kollegen lehnten diese Zusammensetzung in einer am 6. August von nahezu 800 Maurern deutlichen Verhandlung ab und beschlossen einstimmig den Streik. Die Arbeitsunterbrechung war einstimmig. Zest erst zeigte die in diesem Jahre betriebene Agitation ihre Früchte; denn trocken wir es in Meß mit drei Nationen, Deutsche, Franzosen und Italiener, zu tun haben und jetzt über 1000 Maurer hier beschäftigt waren, arbeitete Montag, den 8. August, kein Mann; auch im Laufe der Woche gelang es den Unternehmern nur mit großer Mühe, 21 Streitbrecher heranzuziehen. Von diesen Elementen waren elf Deutsche, sechs Italiener und vier Franzosen. Dienstag, den 7. August, fanden Verhandlungen statt, die sich aber an der Startkämpfen eingesetzten Herren Innungsmeister zerstören. Doch bereits am anderen Tage bewilligten verschiedene größere Firmen, die außerhalb der Zunft standen, und auch einige Innungsmitsglieder. Sobald wir aber erst eine Briefe gelegt hatten, ging es mit Sturm vorwärts. Bis Dienstag Abend, den 14. August, hatten sämtliche Unternehmer bewilligt, so dass der Streik als beendet erklärt werden konnte.

Vor dem Streik hatten wir in Meß traurige Aufzüge; der Durchschnittslohn betrug 41  $\text{S}$  bei elf- und zwölfstündiger Arbeitszeit. Auch war bei den meisten Unternehmern nur alle Monat Lohnzahlung. Durch den Streik wurden erreicht: 1. die zehnstündige Arbeitszeit; 2. durch Überstunden nur in dringenden Fällen gemacht werden; 3. für 1906 ein Stundenlohn von 48  $\text{S}$ , für 1907 (vom 1. April an) 52  $\text{S}$ ; 4. vierzehntägige Lohnzahlung und in den Büchsenansätzen Abzug bis zu 80  $\text{Pf}$ , für bringende Überstunden 25  $\text{Pf}$ , Nacharbeit 50  $\text{Pf}$ , Sonntagsarbeit 100  $\text{Pf}$ , Wasserkarbid 25  $\text{Pf}$ . Zulage; 5. die Arbeiten dürfen nur im Stundenlohn ausgeführt werden; 6. Abfindung findet gegen seitig nicht statt. Die Arbeitsbedingungen wurden tatsächlich festgelegt, und gelten bis zum 31. Januar 1908. Die Mitgliederzahl stieg von 65 im März bis jetzt über Tausend. Wenn die Kollegen fest und treu zur Organisation stehen, so werden sie nicht nur das Errungene festhalten können, sondern nach Ablauf des Vertrages wird es gelingen, die Lage der Maurer in Meß abermals wesentlich zu verbessern. Hoch die Organisation!

**Gau Stuttgart**. In Ulmingen ist eine Bewegung eingetreten. Zwei Firmen, Brack & Deyle und Fr. Dannemann (legerer selbsterster Vorsteher der Unternehmerorganisation), haben sich auf Grundlage des Neustädter Vertrages mit den Streitenden geeinigt. Der Lohn beträgt 40  $\text{S}$ , vom 16. März 1907 an 42  $\text{S}$ . Bei den übrigen meist unbedeutenden Firmen wird weiter getreibt. Eine am 17. August festgesetzte Einigungsverhandlung scheiterte. Schuld daran war der Vertreter des Arbeitgeberverbands, Architekt Paul Barth aus Stuttgart. Er schämte sich nicht, für „nützige“ Maurer einen Lohn von 28  $\text{S}$  anzubieten. Zugang ist fernzuhalten.

In Stuttgart haben bis jetzt 30 Gipsergeschäfte den Vertrag anerkannt. Etwa 250 Gipser, Mitglieder unseres Verbands, arbeiten zu den neuen Bedingungen. Die in den Freuden arbeitenden Stuttgarter Maurer werden dringend gebeten, dort, wo sie sind, so lange zu bleiben, bis auch die harähnlichen Gipsermeister unsere Forderungen anerkannt haben.

**Gau München**. In Augsburg hat sich die Situation bedeutend verbessert, nachdem es gelungen ist, eine Anzahl von Streitbrechern über ihr schändliches Treiben aufzuklären und sie zur Niederlegung der Arbeit zu bewegen. Neue Streitbrecher haben sich nicht gefunden. Die Unternehmer spielen immer noch den wilden Mann, trotzdem ihnen das Feuer auf den Nagel brennt. Sie werden daran glauben müssen, dass die Maurer nicht eher an die Arbeit zurückkehren, bis der Übermut des Unternehmers gebrochen ist.

In Landshut hat sich während der letzten Tage die Situation nicht geändert. Verschiedene Unternehmer haben sich dahin getrieben, dass sie recht gern bewilligen würden, wenn nicht Wagner und Cormeau, die beiden Oberdmacher, in Gemeindekollegium sieden würden. Diese beiden Herren würden dafür sorgen, dass Firmen, die den Tarif unterzeichnen, keine städtische Arbeit erhalten würden. Hoffenlich sorgt bei der nächsten Gemeindewahl der Landsauer Arbeiterschaft dafür, dass Vertreter gewählt werden, die die eigenen Interessen dem Wohl der Allgemeinheit unterordnen. Aber auch diese terroristische Haltung der Herren Wagner und Cormeau wird nichts helfen. Die Kollegen werden im Kampfe aushalten, bis der Sieg errungen ist.

In Pfarrkirchen kam es am 18. August zu einem Tarifabschluss, womit unsere Kollegen recht wohl zufrieden sein können. Der Lohn beträgt vorher durchschnittlich 27  $\text{S}$  pro Stunde. Durch den Tarif ist nun der Stundenlohn auf 28  $\text{S}$  festgelegt. Ohne Organisation würden die Pfarrkirchener Kollegen wohl in zehn Jahren diesen Lohnfast noch nicht erreicht haben. Ein Unternehmer erklärte nach der Unterhandlung offenbar, dass er gar nichts bewilligt hätte, wenn er nicht dazu gezwungen gewesen wäre. Zu der Unterhandlung war an Stelle des leider verhinderten Bezirksamtmanns der Professor Höppel erschienen. Würden Fellermeier und Reberdi aus München an seiner Stelle gestanden haben, sie hätten die Geschäfte der Unternehmer nicht besser bejagen können, als dies vom Professor Höppel als „Unparteiischer“ geschaffen ist. Bürgermeister v. Düpfen begleitete siebzehn Kollegen neutral, und es kam auf Grund seines Vorschlags auch eine Einigung zu stande. Nebst einer Lohnzehrung von 7  $\text{S}$  pro Stunde entfällt der Tarif verbindliche Bestimmungen, die einen ganz bedeutenden Fortschritt für die Maurer bedeuten. Die Kollegen werden durch eigene Ausbau unserer Organisation dafür sorgen, dass das Ergebnis auch festgehalten wird. — Der Unternehmer Nagler, der sich erst recht traurig zeigte und sich durch Schimpfen auf die Kommissionsmitglieder von der Einsetzung des Tarifs aufzubrezen suchte, hat sich nach einiger Spurke verhügt.

**Gau Nürnberg**. In Bayreuth dauert der Streik in der gleichen Weise fort.

In Nürnberg-Fürth wird der Kampf in verschärfter Weise weitergeführt, die Unternehmer geben sich alle erdenkliche Mühe, um von auswärts „Arbeitswillige“ zu bekommen, aber Alte und Kosten waren bisher umsonst, und dies wird auch noch fern liegen. Um so mehr kann die Unternehmer darauf bedacht, die wenigen Streitbrecher dem politischen Schlag zu unterstellen, und die Polizei tut auch ihr Möglichstes, um diese staatsfeindlichen Elemente in ihrem Kreise zu unterdrücken. Eine Reihe Kollegen hat bereits lediglich wegen Streitposten Strafmandate bis zu 14 Tagen Gefängnis erhalten. Durch das allzu starke Vorgehen der Polizei gegen die Streitposten ist es auch schon zu größeren Menschenansammlungen gekommen, die sonst aber ohne jeden bedeutamen Zwischenfall verlaufen. In seiner Matrosigkeit hat sich der Mittelfränkische Arbeitgeberverband auch an die verschiedenen Ministerien sowie an die Abgeordnetenkammer mit einer Petition gewandt, und für den Arbeitgeber des Baugewerbes, Verlängerung der Diensttermine bei staatlichen Bauten für die Dauer des Streits, Aussperrung verlangen; ferner wird gewünscht, dass die arbeitswilligen Entdeckerläuber im gewährten Urlaube zu Gunsten der Unternehmer belassen und ein Verbot des Streitpostenstehens gegeben wird. Man könnte fast zu der Ansicht kommen, dass die Unternehmer bereits auf dem letzten Loche pfeifen, denn aus dieser Eingabe geht hervor, dass die Herren Baumenternehmer, die erst den Mund recht voll nehmen, sich allein nicht mehr helfen können. Ob aber die bayerische Regierung die gewünschte Hilfe bringen wird oder bringen kann, erkennt mehr als fraglich. Das in dieser Petition einiger Artikel viel Verleumdungen und Unwahrheiten über die Ausgeführten ausgeschüttet wird, braucht wohl nicht näher dargelegt zu werden, denn im Verderben und Angen sind die Herren vom „Mittelfränkischen“ nicht klein. Die Zahl der Streitbrecher ist in der letzten Woche etwas kleiner geworden, und einige Unternehmer haben unsere Forderung aufs neue bewilligt und versprochen, ihre Zusage nunmehr halten zu wollen.

Die Herren vom „Mittelfränkischen“, jetzt „Nordbayerischer Bauarbeiterverband“, stehen auch in den übrigen Orten einer Bewegung herausgeholt zu wollen, denn, wie es scheint, hat man an vielen Orten, wo organisierte Unternehmer wohnen, von diesen nicht nur gefordert, die Arbeiter aus Nürnberg und Fürth nicht einzutreten, sondern auch die in leitender Stellung stehenden Kollegen zu entlassen; oder sonst Maßnahmen zu treffen, damit die betreffenden Kollegen ihre Entlassung selbst nehmen. So wurde z. B. in Bamberg der Vorsteher des Zweigvereins direkt aufgesetzt, selbst zu gehen; in Ansbach wurde der Vorsteher nach den Angaben seines Unternehmers auf Veranlassung der Unternehmerorganisation entlassen; in Wohlenburg u. d. L. hat man dem Kastner 5  $\text{S}$  pro Stunde vom Lohn abgezogen, damit er seine Entlassung nehmen soll. Ferner hat es in Bamberg der Unternehmer Müller aus Bamberg abgestoßen Stoffateuren schriftlich befragt, ob er sie nur auf Veranlassung des Arbeitgeberverbandes entlassen habe. Wir müssen den Herrn raten, nicht allzu scharf zuvorgreifen, denn allzu scharf macht bekanntlich scharf. Aber auch unsere Kollegen im ganzen nördlichen Bayern müssen wir auf das Treiben der Schärfmacher aufmerksam machen, damit

uns ein großer Kampf nicht unvorbereitet trifft. Denn das dürfte wohl als eine feststehende Tatsache angenommen werden, dass ein Sieg gegen unsere Organisation geplant ist.

**Gau Erfurt**. In Gotha haben im Steinbruch der Firma O. B. Blöger in Berlin 50 Steinbrecher und Böllerer am 9. August die Arbeit eingestellt. Der Grund ist Verweigerung des geforderten Lohnes von 45  $\text{S}$  pro Stunde. Bisher wurden durchschnittlich 37½  $\text{S}$  gezahlt. Zwei Männer sind stehen geblieben und seien Maurer, die als Steinbauer beschäftigt waren, sind nun in die Lücke eingespungen und sollen ihren Kollegen in den Rücken. Unter diesen „tüchtigen“ Elementen befindet sich auch der bis vor kurzem amtierende Vorsteher vom Zweigverein Wölfis, Propst Hollapp. Sein Ausschuss aus dem Verband erfolgte natürlich sofort. Da die Firma fast 30 Steinbauer beschäftigt und ein Vorarbeiter von besetzten Stellen nicht da war, so wäre der Kampf sicher schon zu Gunsten der Kollegen entschieden, wenn die sieben Männer nicht Bauarbeiterdienste leisteten. Abgerechnet sind 15 und in andere Arbeit gebracht sieben Männer, so dass sich noch 28 im Kampf befinden. Sollte die Firma nicht nachgeben, so wird auch diese Zahl noch vermindert werden.

**Gau Breslau**. Eine öffentliche Maurerversammlung in Neisse, die von fast jährlich an Ort beschäftigten Kollegen besucht war, beschloss sich mit der Lohnbewegung. Unter Gauvorsteher Möller sprach noch einmal die Antwort der Unternehmer auf die im Herbst gestellten Forderungen. Die gemachten Zugeständnisse sind in diesem Frühjahr von allen Kollegen als ungünstig angesehen worden, was die Konflikte auslösen könnte, aber gegen die Unternehmer nicht vorgegangen werden. Zeit, wo sich die Baufähigkeit gehoben hat, ist die Zeit gekommen, mit den Unternehmern ein ernstes Wort zu reden. Die Diskussion war recht lebhaft. Sämtliche Redner verlangten schnelles Handeln. Am liebsten hätten sie die Arbeit sofort niebergelegt. Auch wurden Stimmen laut, dass die Forderungen zu niedrig seien. Möller erinnerte, nicht umverteilt zu handeln. Eine Woche müsse man den Unternehmern Zeit lassen; während dieser Zeit könnten Unterhandlungen stattfinden. Auch die kleinen Vorarbeiter seien zu treffen. Gesfordert wird: 36  $\text{S}$  Stundenlohn, zehnstündige Arbeitszeit, für Überarbeiten 10  $\text{S}$  Zuschlag und einige Verbesserungen in sanitärer Hinsicht. Möller erinnerte noch einmal an den Ernst der Sache und mahnte zur Einigkeit der drei Organisationen. Es sei ein doppelter Vertrag, wenn es Kollegen gebe, die heute bei der Abstimmung die Hände hochheben und nachher den Unternehmern Streitbrechertjenfe antrieben; diejenigen, die eine gerechte Handlung erwarten. Er hoffe, dass keiner dem anderen das Brod vom Tisch stiebe. Mit einem brausenden Hoch auf die Lohnbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

**Gau Löbeck**. In Neubukow wurde durch den dortigen Amtsrichter eine Einigung herbeizuführen versucht. Dienstag, den 7. August, fand dann eine Unterhandlung statt, an der auch der Sanitäter teilnahm. Nach vierstündiger Sitzung ward dann zwischen den Anwesenden folgendes vereinbart, vorbehaltlich des Beschlusses der streitenden Kollegen: Es tritt sofort eine Lohnzehrung von 86 auf 88  $\text{S}$  pro Stunde für Stadtarbeit ein. Für Landarbeit, wo ausgelogen wird, beträgt der Stundenlohn 39  $\text{S}$ . Vom 1. April 1907 an steigt der Lohn für Stadtarbeit auf 39  $\text{S}$ , für Landarbeit auf 40  $\text{S}$  pro Stunde. Vom 1. April 1908 bis 31. März 1909 soll für Stadtarbeit 40  $\text{S}$  und für Landarbeit 42  $\text{S}$  pro Stunde bezahlt werden, jedoch mit dem Vorbehalt, dass bis zum 31. Dezember 1907 eine Klärung des Vertrages für 1908 erfolgen kann. Diese Vereinbarungen wurden, wie bereits mitgeteilt, Sonnabend, den 11. August, mit 81 gegen 14 Stimmen angenommen.

Zur Aussperrung in Lübeck ist zu berichten, dass nunmehr am 6. August ein neuer Arbeitsvertrag von den Unternehmern ausgearbeitet und den Ausgeführten übermittelt worden ist. Wenn man bedenkt, dass bereits am 9. Juli die Unterhandlung war, so ist das eine recht lange Zeit zur Niederschriften eines Vertrages. Wer nun aber glaubt, dass der neue Vertrag besondere Geistesprodukte der Unternehmer enthält, der irrt sich. Er enthält in der Haupttheile das Gleiche, was die Unternehmer im April geboten hatten. Die Annahme dieses Vertrages ist dann auch einstimmig abgelehnt worden. Ob die Unternehmer nun weitere Zugeständnisse machen werden, müssen wir abwarten. Es hat den Anschein, als wenn wir darauf einstimmen müssten, den Kampf noch im nächsten Jahre fortzusetzen. Da nur zwei streitende Kollegen an Ort sind und alle übrigen auch für den Winter lohnende Beschäftigung gefunden haben, könnte es um so leichter sein, wenn es sein muss, diesen Kampf noch weiter zu führen.

Die Sperrten über die Unternehmer Körff in Lübeck, Holdorf in Sülfze und Schäff in Wismar dauern unverändert fort. Letzterer soll es gelungen sein, für den Schlossbau in Rosenthal bis 12 Städter zu angeln. Ebenfalls soll der Unternehmer Eggert seinem bedrangten Kollegen zu Hölle geflossen sein, da er selbst recht wenig Arbeit hat. Bei Eggert sind auch nur Streitbrecher von anno 1901 beschäftigt, die ansonsten ihre sumpfige Handlungswelt auch hier fortsetzen. Der Zugang nach den gesperrten Geschäften ist auch für die Zukunft fernzuhalten.

**Ausland**.

**Moskau**. In Russland steht die Bevölkerung die Schikanierung der Streitenden zwar fort, zur Aussperrung hat sie aber die Unternehmer und auch die Arbeiter aufgefordert, das Schiedsgericht anzuwalten, mit der Begründung, dass der Maurerstreit auf den ganzen Kanton schädigend wirke. Die Maurer lehnten das Schiedsgericht ab; sie sind der Meinung, dass sie sich nach einer elstwöchigen Dauer des Streits nicht mehr anhören lassen können, um so weniger, als man annimmt kann, dass die Baumeister betriebs des Schiedsgerichts der kreisende Kell selbst, um sie so von der direkten Verhandlung mit der Organisation zu trennen. Vor einer Woche noch sollten die Maurer im ganzen Kanton ausgesperrt werden, aber der Baumeisterorganisation geht es nicht besser als uns, da hat auch kein Geld zu solchen Extratouren, und zu einer Aussperrung ohne Unterstützung des Verbandes, da haben die Herren keine Lust. An Streitbrechern ist großer Mangel. Wenn die Streitenden Strafenzüge oder „Kramale“ machen würden, so könnte man sich, wie in Brixton, mit Militärauftrag und Streitbrecherbot zum Siege verhelfen, aber leider alles Schikanieren ist unsont; die Streitenden warten faßhaftig, bis die Herren nachgeben. Und sie müssen nachgeben, der Sieg gehört den Maurern.

the first stage of life, so that man may have the opportunity to develop his powers of reason and judgment. The second stage is the period of adolescence, when the boy begins to learn more about the world around him and to develop his own opinions and beliefs. The third stage is the period of young adulthood, when the man has developed his own identity and is able to make his own decisions. The fourth stage is the period of old age, when the man has lived a full life and is able to reflect on his experiences and wisdom.

Ein weiterer Vorschlag ist die Einführung eines sozialen Mindestlohns von 1200,- DM pro Monat.

**C**ette question posee au journaliste americain William Shirer dans une interview a Paris le 10 juillet 1944 fut la premiere question que l'interrogatoire de l'etat-major allemand devant le juge d'instruction Georges Mitterand posa au general Charles de Gaulle.

6

— 9 —

Auskunft über den Beitritt zur Gewerkschaftsorganisation erteilen bereitwilligst die Gewerkschaftsvorstände und Vertrauensleute an jedem Orte. Wo solche Auskunft aus irgend welchen Gründen nicht zu erhalten ist, wende man sich an die zuständigen Verbandsleitungen, deren Adressen nachstehend angegeben sind. Die sämtlichen nachstehend aufgelisteten Gewerkschaften nehmen auch die weibliche Arbeitsbevölkerung des Berufes als Mitglieder auf, soweit solche in nemenswerter Anzahl in den betreffenden Berufen vorhanden sind. Der Kürze wegen ist das bei den Titeln der eingeladenen Organisationen nicht besonders hervorgehoben.

## Adressen der Vorsitzenden der deutschen Zentralvereine.

Adressenbuch für das gesamte Vierlande und die umliegenden Lüneburger Heide.	
Altholzstapel, Dr. Weigelt, Vennefeste 19, port., Berlin SW. 12.	
Bäcker, D. Altmann, Markt 4, pl., Hamburg 23.	
Bäckerei, Dr. Göhre, Oldekt. 100, Hamburg 2.	
Bauhüttenarbeiter, Gust. Schreiber, Mönckebr. 6, L., Hamburg 7.	
Bergarbeiter, H. Schäfe, Niemehausenstr. 38/40, Bodum.	
Bildhauer, B. Rappert, Salmsk. 33, II., Berlin SW. 22.	
Blumen- und Gläserarbeiter, Frau Schisscht, 8, I., Bantin, Berlin.	
Böttcher, C. Winkelmann, Hansestr. 21/22, Bremen.	
Brauereiarbeiter, G. Bauer, Künigstr. 4, III., Hanover.	
Buchbindler, C. Roth, Kolibuerdamm 25, I., Berlin S. 59.	
Buchdrucker, G. Döbbin, Chamissoplatz 5, III., Berlin SW. 39.	
Buchdrucker (Vlotho-Borringen), U. Schmoll, Bangsstr. 1, Borringen.	
Büchsenarbeiter, H. Schäfer, Oldekt. 19, II., Berlin NO. 19.	
Bureauangestellte, Gustav Bauer, Dänestr. 1, I., Berlin N. 58.	
Dachdecker, F. Diek, Weddendorf, 21, Frankfurt a. M.	
Eisenfärber, G. Jochum, Ausländer Allee 32, Hamburg 27.	
Gabriele, Lands- und gewerbliche Hälftearbeiter, A. Beck, Künigstr. 6, Hanover.	
Gießerei, Paul Henzl, Dragonerstraße 15, Berlin O. 1.	
Glockenspieler, T. Schubart, Polonistenstr. 70, II., Berlin N. 20.	
Gärtner, Gärtnearbeiter und Blumenhändler, Georg Schmidt, Mönckebr. 8, Berlin N. 27.	
Gastwirtschaften, Hugo Boesch, Elbingerode 31, Berlin NO. 18.	
Gewerbebetriebsarbeiter, Alois Wohls, Winterfeldtstr. 24, Berlin W. 20.	
Glockenspieler, E. Groß, Gothaerstr. 33, II., Berlin O. 17.	
Gloster, Herrn. Göhren, Wilhelmstr. 47, Marsstraße, Mariannenplatz 5, Hof 1, Berlin SO. 32.	
Hofanwärter, J. Döring, Vennefeste 45, I., Hamburg.	
Hundels, Transport- und Verkehrsarbeiter, O. Schumann, Engelku. 21, Berlin SO. 18.	
Hundelschäflein u. Gehilfinnen, Max Joseph, Martinstr. 138, Hamburg 6.	
Hundelschäflein, T. Reiter, Elsterstr. 40, II., Berlin O. 17.	
Holzarbeiter, G. Kloß, Weidest. 43, Stuttgart.	
Holzmacher, A. Mehle, Freystr. 7, Altenburg, S. A.	
Hundobüro, G. Holt, Seelstr. 32, IV., Hamburg 2.	
Küchenmeister, G. Bösch, Fleebente 4, Hamburg 12.	
Küchenmeister, Ern. Schubert, Wohldestr. 12, Hamburg 12.	
Küchenhälfte, Franz Schubert, Markt 17, Leipzig.	
Küchenhälfte, Lindena.	
Küchenarbeiter, G. Wehner, Engelsee 18, IV., Berlin SO. 18.	
Küchenmechaniker, H. Stiehler, (Deutschland Schefeldverbund), O. Süller, Anklamerstr. 27, I., Berlin N. 28.	
Maler, H. Zobler, Schmalenbeckstr. 17, II., Bremen.	
Mühlenhafen, u. Holz, G. Scheffel, Büdderstr. 45, Berlin SO. 33.	
Maurer, T. Bömelburg, Befenningerhof 58, Ham burg 7.	
Metallarbeiter, A. Schödl, 1610, Stuttgart.	
Müller, H. Küpper, Zwischenstr. 12, Altenburg, S. A.	
Nadelstricker, W. Böckel, Thalstr. 27, I., Leipzig.	
Nähmaschinen, G. Weißbach, Waldr. 12, II., Dresden o. B.	
Porzellanmaler, Georg Hollmann, Rosenecke 3, Seitenhoffstr. 11, Charlottenburg.	
Sattler, H. Baum, Kuhauerstr. 66, Berlin SO. 14.	
Spitzenmeister, G. Müller, Vanstr. 144, Hamburg 17.	
Schuhmacher, Carl Rothe, Rosenmarkt 68, Düsseldorf.	
Schuhmeile, H. Lange, Herderstr. 3, Bonnstr. 21, Berlin N. 12.	
Schuhmeile, K. Schümer, Klempenstr. 32, I., Berlin SO. 18.	
Schuhmacher, J. Simon, Feuerthalen 4, Röhrberg.	
Seeleute, Paul Starke, Galenstr. 114, I., Hamburg 4.	
Seidenarbeiter, Paul Starke, Befennerstr. 33, Leipzig.	
Steinleger, H. Wagner, Kleinestr. 16, I., Berlin NW. 21.	
Stoffwaren, Dr. Oriental, Am Holstenstein-	
Trompeten, 300, II., Hamburg 22.	
Trompeten, Carl Deimann, Marktstr. 18, III., Bremen.	
Tropfzylinder, A. Grunwald, Steinbam. 99, II., Hamburg 6.	
Textilarbeiter, G. Hölsch, Andreastr. 61, Berlin O. 27.	
Tipper, M. Dräsel, Engelku. 10, Berlin SO. 16.	
Vergolder, Helmut Späth, Wilsnadestr. 39, Berlin NW. 5.	
Wäschearbeiter, Paul Keller, Neue Königstr. 7, I., Berlin NO. 43.	
Zigarettenfritzier, G. Arnhold, Marktstr. 127, Hamburg 12.	
Zimmerer, H. Schäfer, Fehlstr. 28, I., Lüneburg 12.	
Zimmerei, H. Schäfer, Fehlstr. 28, I., Lüneburg 12.	
Zimmerei, Gott. Faust, Hellamp 23, III., Hamburg 10.	

# Flugschriften der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands

Fig. 7

# Der organisierte Kampf der Unternehmer gegen die Arbeiter.

An die Millionen von Arbeitern und Arbeitserinnen, die sich ihrer Gewerkschaftsorganisation noch nicht angegeschlossen haben, die abseits stehen von den großen wirtschaftlichen Kämpfen auf dem Gebiete der Arbeit, ergeht heute der Aufruf, einzutreten in unserer Reihen und ihren Arbeitsbrüdern und Arbeitschwestern das Ringen um menschenwürdigere *Arbeitsbedingungen* erleichtern zu helfen. Ein und eine halbe Million Arbeiter und Arbeitserinnen sind heute schon der gewerkschaftlichen Organisation beigetreten, ein ansehnliches Heer, das für die Rechte der unterdrückten Arbeit zu kämpfen versteht. Aber um das Maßstäbchen größer ist die Zahl der Unorganisierten, die den Ernst der Zeit und die vornehmste Pflicht ihres Standes noch nicht begriffen haben, selbst nicht in der Epoche der fröhlichen Menschenäusserungen, in denen das Unternehmertum seine Verhernermut austobt, im Zeitalter des Massenrieges, der unter schiedlos hunderttausende von Arbeiterrfamilien in Mitleidenschaft zieht.

Die Drohung des **Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller**, der in seinen Betrieben 320 000 Arbeiter und Arbeitnehmer beschäftigt, zunächst 70 p.M. der Arbeit auszuweichen, dann aber, wenn diese Maßnahme weitere Arbeitsseinstellungen nach sich zieht, bis zur Vollansperrung vorzugehen, sollte allen Arbeitern die Augen öffnen über die Kampfpläne des Unternehmertums, müsste allen zeigen, was ihrer hart! Diesmal kommt der Riesenkampf noch mit knapper Not verhindert werden, aber doch schon die allernächste Zukunft uns wirkt wie Riesenlämpche bringen wird, daran ist gar nicht zu zweifeln. Hinter dem Gesamtverband deutscher Metallindustrieller steht der

Verein deutscher Arbeitgeberverbände,  
dem der Bund der Industriellen, der Verband sächsischer Industriellen, der

Beide haben die gleiche Wirkung auf die Zellen des Körpers. Sie können die Zellen so stark beeinflussen, dass sie zu einem Zustand der Daueraktivität oder Dauerpassivität übergehen. In diesem Zustand kann die Zelle nicht mehr reagieren, wenn sie auf eine Stimulation mit einer anderen Stoffwirkung reagiert. Dies ist ein wichtiger Mechanismus für die Regulation des Stoffwechsels und der Zellfunktionen.

Arbeitgeberverband für den bergischen Industriebezirk, die Vereinigung schleswiger Arbeitgeberverbände, der Verein der Industriellen Pommerns, der Bund der Arbeitgeberverbände Berlins, die Arbeitgeberverbände Augsburg, Bromberg, Bielefeld, Flensburg, Forst, Hamburg-Altona, ferner die Industriellenverbände der Brauereien Rheinland-Westfalen, der Berg- und Hüttenwerke des Aachener Bezirks, der deutschen Flaschenfabriken, der ostdeutschen Holzindustrie, der deutschen Schiffswerften, der deutschen Continental, der Erzeugung feuerfester Produkte, der Dach- und Dämmungsfabrikation usw. anzutreten. Hinter jedem Arbeitgeberverband steht ferner die

#### **Gesellschaft zur Entschädigung von Arbeitsunfähigkeiten**

deren Zweck es ist, die in Streiks und Aussperrungen engagierten Arbeitgeber durch Entschädigung etwaiger Verluste in ihrem Widerstand zu kräftigen.

Und zur Seite steht dieser Kampfsorganisation von Arbeitgebern ein weit mächtigerer Bundesgenosse, die

## Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände,

deren Seele der einflussreiche Zentralverband deutscher Industrieller ist. Diese Hauptstelle ist zu dem Zwecke ins Leben gerufen, der Arbeiterschaft ihren Kampf für bessere Arbeitsbedingungen möglichst zu erleichtern und dem im Kampfe befindlichen Arbeitgeber, gleichviel, ob es sich um Streit oder Aussperrung handelt, jede mögliche Hilfe durch Beschaffung und Schutz von Arbeitswilligen, Austritt der Streikenden und Ausgesperrten von jeder Arbeitsgelegenheit, Sammlung von Gelbmitteln und dergleichen zu gewähren. Die Hauptstelle umfasst die bedeutendsten Industriellenverbände der Berg- und Hütten-, Großfeisen-, Maschinen-, Tegut-, Papier-, chemischen, Nahrungsmittel- und anderer Industrien, zahlreiche örtliche Arbeitgeberverbände, Handelskammern, Berufsgenossenschaften usw. Sie steht mit dem Verein deutscher Arbeitgeberverbände in einem Kampfarteil zum Zwecke der gegenseitigen Hilfe bei Arbeitskämpfen. Diese gegenseitige Unterstüzung soll bestehen im gemeinsamen Schutz der Arbeitswilligen, in der Durchführung der Streiklandes, wonach zu Gunsten kämpfender Arbeitgeber auf die Innenhaltung der Lieferfirmen bei Auftragsverzicht verzichtet wird, im gemeinsamen Rechtschutz, im Austausch aller zu Klämpe usw. beziehlichen Nachrichten und in der gemeinsamen Hilfe bei unberechtigten Streits und Vorfalls. Darüber, was als unberechtigt zu erachten ist, entscheidet natürlich die Zentralstellen der Arbeitgeberverbände völlig selbstständlich. Dieses Kartellblündnis trat bereits in Funktion bei der jüngsten Formarbeiterbewegung, die zur Aussperrung von 320 000 Arbeitern führen sollte. Es war also die gesamte Macht des organisierten Unternehmertums mobilisiert, um den Arbeitern eine Entscheidungsschlacht zu liefern. Dank dem strategischen Geschick der kämpfenden Gewerkschaft war der Liebe Mühe unsison! "Wer das hat die Scharnacherverbände nicht in ihren weiteren Kampfbereitungen aufgehalten, und so ist denn am 23. Juni d. J. das längst geplante Werk einer Streikversicherung der Hauptstelle zu stande gekommen. Die neue, unter geschäftiger Führung der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände stehende Gründung nennt sich

#### Schuhverband gegen Streifenschäden

gewerbschäflichen Ausbreitung und Arbeit, Verblitterung des kollegialen Verhältnisses, Verflümmerung des gewerbschäflichen Erfolges, Störung des Überstandes der Arbeitgeber, das ist das traurige Fazit der von Arbeitseinden systematisch geprägten Gewerkschaftsforschung.

**Stark und einheitlich muß die Organisation sein,  
die den Arbeitern Weisheit einfließt!**

Der Zusammenschluß des Unternehmertums lehrt uns, daß es dringend notwendig ist, der Organisationszerplitterung ein Ende zu machen und den Gegnern nur die eine kampferprobte Arbeiterorganisation entgegenzustellen, die durch die gewerkschaftlichen Zentralverbände, vereinigt in der Generalkommision der Gewerkschaften Deutschlands, vertreten wird. Diesen Verbänden müssen sich alle Augenblickenden anschließen; diesen Gewerkschaften sind auch diejenigen Arbeitsgenossen zuzuführen, die bisher des Glaubens waren, auch in einem christlichen oder hirsch-Dunderschen Gewerksverein oder in einer lokalistischen Vereinigung ihre gewerkschaftlichen Interessen vertreten zu finden.

An Euch, Arbeitsgenossen oder Arbeitsgenossinnen, die Ihr den Gewerkschaften noch fernsteht, ergeht die Aufforderung, der Organisation Eures Berufes beizutreten oder, falls Ihr bereits Mitglied derselben seid, durch diese Zeitschrift weitere Mitglieder für dieselbe an zuwerben.

Folget dem Mahnruf zur Organisation!

Es ist hoch Zeit, den Beitritt zu beschleunigen. Erste Kämpfe stehen der Arbeiterschaft bevor. Barlet nicht erst den Tag ab, an dem die Arbeitgeber die fortgesetzte ange drohte **Nicemansperrung** zur Tat sache machen. Sicherlich durch sofortigen Eintritt in den Verband alle Rechte und tragt zu Eurem Teil dazu bei, die Reihen der Arbeiter zu einer unüberwindlichen Phalanx zu gestalten.

**Arbeiter und Arbeiterinnen!** Ihr verdientet Euer Ros, bis an Euer  
Lebenzeit getreulich, unterdrückt und verböhnt zu werden und an Euren Kindern  
und Kindeskindern das gleiche Schicksal sich vollziehen zu sehen, wenn Ihr Euch  
nicht zur Wehr setzt.

**Darum hinein in die Gewerksschaften!**

Das ist die beste Antwort auf die Kampfdrohungen des organisierten Unternehmertums!

2749) und mehrere Jahre später am 26. Februar 1905 in der Zeitung "Die Presse" veröffentlicht, aber aus dem Zeitungsdrucke wurde eine Kopie bestimmt für die "Gesellschaft für Naturforschung und Heimatkunde des Kreises Göttingen".

Die vertraglichen Interessen dieser beiden Parteien sind im wesentlichen die gleichen. Beide wollen einen Frieden mit dem Deutschen Reich und eine Wiederherstellung des Territoriums, das sie verloren haben. Sie wollen auch einen Frieden mit Russland und England. Sie wollen auch einen Frieden mit den anderen europäischen Staaten.

Die zweite ist die **Reformationszeit**, die besonders in der Zeit der Reformation und der Gegenreformation eine sehr wichtige Rolle gespielt hat. Die Reformation war eine religiöse Bewegung, die sich gegen die katholische Kirche richtete und die Idee der Lutherkirche vertrat. Die Gegenreformation war eine Reaktion auf die Reformation und versuchte, die katholische Kirche wieder zu stärken. Beide Bewegungen haben einen großen Einfluss auf die heutige Schweiz geübt.

Um so mehr aber erwünscht allen Arbeitern die Pflicht, die Überstandsabschüttung der Gewerkschaftsorganisation zu stärken. Befürwortende von Arbeitern sieben ihrer Berufsorganisation noch fern. Hunderttausende sind in zahlreichen Industrien noch für die Organisation zu gewinnen — Millionen sieben heute noch abheisst der Gewerkschaftsbewegung und entziehen sich der gemeinsamen Sache, ihre Kraft, die sie in den Dienst der gemeinsamen Sache stellen müssten, in nutzlosem Spiel, Sport und Vereinstreiben vergeudend. Um wieviel leichter, rascher und erfolgreich könnte der Kampf der Gewerkschaften sein, wenn heute die Mehrheit der Arbeiter hinter ihrer Organisation stände, und wie viele Kämpfe wären vermieden, wenn viele Zugeständnisse der Arbeitgeber durch friedliche Vereinbarungen gesichert werden, wenn das Unternehmertum nicht mit der Gleichgültigkeit eines großen Teils der Arbeiter rechnen könnte. Die Gewerkschaften repräsentieren nur etwa 20 % der beschäftigten Arbeitnehmer — erklärte das Organ des Centralverbandes deutscher Industrieller —, deshalb kann uns niemand zumuten, sie als die Vertretung des Arbeitersstandes anzuerkennen! So trägt die Teilnahmefähigkeit eines großen Teils der Arbeiter dazu bei, den ärgerlichen Arbeitervinden das Mündge zu steifeln. Wenn diese Arbeiter nur einmal darüber nachdenken würden, wie sehr sie sich durch ihr unvorstrebliches Verhalten ins eigene Fleisch schneiden, dann würden sie sich eines Besseren besinnen. Da diese Erkenntnis aber nicht von selbst kommt, so ist es die Pflicht ihrer organisierten Klassengenossen, ihnen dies so eindringlich als möglich zu sagen.

Wer seine Organisationspflicht nicht erfüllt, schädigt sich selbst und seine Familie, seinen Beruf und den ganzen Arbeiterstand.

Aber auch die Organisationszersplitterung der Arbeiter kommt den Gegnern zu gute. Wo in aller Welt gibt es ein Beispiel, daß das Unternehmen seine Wirtschaftsinteressen in religiöse und politische Formen zwängt und sich in religiöse, konfessionelle und politische Verbände zerstreuelt? Unsere Gegner wissen nur zu gut, daß ihre Herrschaft auf einheitlichen und darum starken wirtschaftlichen Verbänden beruht. Die Arbeiterversorgung sucht man indes zu schwächen, indem man besondere politische, christliche und nationale Gewerkschaften propagiert und zwischen den Arbeitern künstliche Schranken anrichtet, durch Herabstufung von Gegenseitigen die notwendige Einigkeit aller Arbeiter gegenüber dem vereinigten Arbeitgeber unterbindet. Als Folge zeigt sich die Erfahrung, daß die solcherweise misleiteten Arbeiter sich bei Lohnkämpfen gegenseitig in den Rücken fallen, den Unternehmern Streitbrecher zur Verfügung stellen und die eigenen Massengenossen der bürgerlichen Justiz in die Hände liefern. Solchem Organisationswirrwarr gegenüber hat das Unternehmen ein leichtes Spiel. Nur dort, wo die Arbeiterschaft ohne Unterschied der religiösen oder politischen Überzeugung geschlossen vorgeht, ist ihr Widerstand erfolgreich. Auch die öffentliche Meinung wird den Arbeitern nur dann helfend zur Seite stehen, wenn sie einig sind, wie das Beispiel des Ruhrlohnkampfes bewies. Erhöhung der

introduction, and the following are the best features of the system:  
1. The system is based on the principle of "one man, one job," which  
means that each worker performs a specific task. This allows for  
specialization and efficiency. Each worker is responsible for a  
single task, such as welding or painting, which makes it easier to  
train them and monitor their performance. This also reduces the  
risk of errors and improves quality control.  
2. The system is highly automated, which means that most of the  
work is done by machines. This reduces the need for manual labor,  
which can be expensive and time-consuming. It also reduces the  
risk of injuries and accidents, as workers are not exposed to  
dangerous environments.  
3. The system is designed to be flexible, which means that it can  
adapt to different types of work. This allows for greater  
versatility and can help to reduce costs. For example, if a  
company needs to produce a different type of product, they  
can simply change the program and start producing it without  
having to invest in new equipment.  
4. The system is highly efficient, which means that it can produce  
high-quality products quickly and at a low cost. This is due to  
the fact that it eliminates waste and reduces the need for  
rework. It also reduces the time required for production,  
which can be a significant factor in today's competitive  
market.

Sie will den Mitgliedern bei der Abwehr „unberechtigter“ Forderungen und „unberechtigten“ Vorgehens der Arbeiterschaft vollen Schutz gewähren, sobald die Abwehr im allgemeinen Interesse der Unternehmer liegt, ohne in Kämpfe rein lokaler Bedeutung einzugreifen, deren Unterstützung vielmehr dem betroffenen Arbeitgeberverbande bzw. den zu größerer finanzieller Würdeanstalt zusammengefügten Verbänden überlassen bleibt soll. Es handelt sich also bei dieser Neugründung um eine **Streitversicherung großen Stils**, die ihre Spize richtet gegen die Gesamtheit ganzer Arbeitgeberverbände, gegen die gesamte Arbeiterschaft. Noch befindet sich das neue Schutzbündnis in den ersten Anfängen, 58 Orts- und Bezirksvorberufen von Unternehmerorganisationen, die insgesamt 285 000 Arbeiter beschäftigen, sind ihm erst angeschlossen. Auch muss sich das Wirken einer solchen Streitversicherung der Unternehmer erst erproben, ehe die Arbeiterschaft Grund hat, diese Kampfesmittel der Arbeitgeber ernsthaft in Rechnung zu ziehen. Solche Rüstungen sind aber seit die Arbeit

### eine eruste Mahnung

auf der Hut zu sein und sich auf größere Kämpfe gefaßt zu machen; denn hinter diesen Kriegsvorbereitungen der Scharfmacher steht die unverkennbare Absicht, die Organisation der Arbeiter und damit jedes Widerstand der leichten zu brechen. Heute ist diese Absicht vielleicht noch ein wenig frommer Wunsch, zu dessen Durchführung den Scharfmachern die Macht fehlt. Sieht die deutsche Arbeiterschaft diesen Kampftreffungen ihrer Gegner aber fatal zu und verharren die Millionen, die zwar unorganisiert, aber darum nicht weniger in ihrer Existenz bedroht sind, weiter in ihrer trügerischen Teilnahmlosigkeit, dann erweckt uns in den Unternehmensorganisationen eine Macht, die dem Kampf unserer Gewerkschaften für eine höhere Lebenshaltung der Arbeiterklasse ein entsetzliches Hindernis bereitet. Dafür darf es nicht kommen in einer Zeit, in der schon der bloße Stillstand der Lohnverhältnisse angefeindet wird durch Bodenbesitz und Goldeigentum verurtheilt.

#### Allgemeine Steigerung der Haushaltskosten

einem Rückschritte gleichkommt. Notwendiger denn je bedarf die Arbeiterklasse der gewerkschaftlichen Organisation.

zur Verteidigung ihrer Wirtschaftslage, um sie müßte ins Leben gerufen werden, wenn sie nicht schon vorhanden wäre. Sie ist jedoch vorhanden und kann auf eine Geschichts erfolgreicher Wirkens zurückblicken, sie ist daher die **berufenste Vertretung der Arbeiterschaft** in ihrer Stellung gegenüber dem Unternehmerium, und es ist die dringendste Pflicht aller Arbeitsgenossen, in dem entscheidenden Momente, da das Scharfschachertum sich anschlägt, den Widerstand der Arbeiter zu brechen, einzutreten in die Reihen der organisierten Arbeiterschaft, mitzutämpfen auf Altbewährten volkstümlichen Aktionen der Unternehmerverbände.

Niemals war das Unternehmertum so kriegslüstern wie jetzt, niemals so rasch bereit, die Arbeiter durch Massenausplerrung zu brutalisieren, wie seit den Tagen der Zentralisierung seiner Kampfeskräfte.

Die Ausprägungspläne der verschiedensten Systeme, nach Velais, nach dem A-B-C, nach Altersklassen usw., belunden ein Maß von Frivolität, das

Dear Mr. Chairman, "Guthrie's Manufacturing Company," the title of the original document in which the name of the company was first used, is now the title of the new company. The new company has been formed by the merger of the old company and the new company. The new company will be called "Guthrie's Manufacturing Company, Inc." The new company will be located at 123 Main Street, Guthrie, Oklahoma.

As the first and only awards show for the engineering industry, the 1998 Engineering Excellence Awards were held at the Hilton Hotel in San Francisco on March 17, 1998. The program was organized by the Society of Manufacturing Engineers (SME) and the Society of Plastics Engineers (SPE). The awards were presented to the following companies:

Die eerste uitgebreide geschriften van die vroeë geskiedenis van Suid-Afrika is die *Geleentheid van die Suid-Afrikaanse Volksnasie*, wat in 1896 deur Dr. J. C. Smuts en ander geskrif is. Hierin word die geskiedenis van die land vanaf die begin van die vorige eeu tot die einde van die 19de eeu geskryf. Die tweede uitgebreide geschriften is die *Geleentheid van die Suid-Afrikaanse Volksnasie*, wat in 1902 deur Dr. J. C. Smuts en ander geskrif is. Hierin word die geskiedenis van die land vanaf die begin van die vorige eeu tot die einde van die 19de eeu geskryf. Die derde uitgebreide geschriften is die *Geleentheid van die Suid-Afrikaanse Volksnasie*, wat in 1908 deur Dr. J. C. Smuts en ander geskrif is. Hierin word die geskiedenis van die land vanaf die begin van die vorige eeu tot die einde van die 19de eeu geskryf.

feinerlei Rücksichtnahme auf das Wohl von Hunderttausenden kennt gegenüber der lästigen Verfolgung des kapitalistischen Interesses und Herrschaftsstandpunktes. Wie der nordamerikanische Fleißdruck unbestimmt die Gesundheit von Millionen seinem Profit opferte, wie das deutsche Kaiserreich seine Lebensmittelzölle ohne Scheu vor den unausbleiblichen Folgen der Verkümmерung der Volksentwicklung durchsetzte, so tritt auch der durch den Widerstand des Proletariats will gewordene Kapitalismus jedes moralische Gebot mit Füßen, um völlig freie Bahn für seine Massenaußbeutung zu schaffen.

## Niederwerfung aller Arbeiteransstände

war der Bedarf für die Organisation der Arbeitgeber.

„Nieder mit allen unberechtigten Arbeitersforderungen“

Wingt es den Arbeitern allerortz entgegen, wenn sie als Ausgleich für die künftig gesteigerten Lebenshaltungskosten einen höheren Lohn fordern, wenn sie Anteil haben wollen an den enormen Gewinnen der für das Unternehmertum günstigen Konjunktur.

**„Nieder mit jeder Arbeiterorganisation!“**

Das ist die uneingeschrankte, aber offensichtliche Parole des Scharfmachers, weshalb es jede Verhandlung mit Gewerkschaftsleitern, jede Anerkennung derselben als Vertretung der Arbeiterschaft, jede Vertragsschließung mit Gewerkschaften ablehnt. Den Arbeiter seiner natürlichen Vertretung, seines Rückhaltes an der Organisation zu beraubten, ihn als einzelnen zum willkürlichen Wertung, zum ohnmächtigen Lohnhändler gegenüber den übermächtigen Arbeitsherren herabzuordnen, ist das Ziel dieser Arbeitgeberfamilie. Es hieße die ganze Geschichte jahrtelanger Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital hinwegschonen, wollte sich die Arbeiterklasse auf dieses Niveau der Rechtslosigkeit zurückdrängen lassen. Über die Arbeiter wollen nicht umsonst geläufigt und gelitten, nicht umsonst die Schreden des Ausnahmegesetzes verstanden, nicht umsonst die Bestrebungen ihrer Gegner nach Umsturz- und Zuschlagsgesetzen zu nichts gemacht haben. In diesem jahrtelangen Dringen hat sich die Arbeiterklasse eine Millionenorganisation und dadurch, eine achtung gebietende Position geschaffen, die sie nicht der Willkür der organisierten Arbeitgeber preisgeben will. Die Arbeiter werden zu ihren Gewerkschaften und deren Errungenschaften stehen und dieselben bis zum äußersten zu verteidigen wissen.

Die Bestrebungen des Unternehmertums, die Arbeitervororganisation zu vernichten, sind älter als die meisten der heutigen Unternehmerverbände. Sie fanden früher ihren Ausdruck in der Forderung nach geheimer Unterdrückung der Gewerkschaften und ihrer Streiks. Es waren liberale Arbeitgeberkreise, von denen 1872 die Anregungen zur Einführung des Koalitionsrechts und zur Bestrafung des Kontrabuchs der Arbeiter ausgingen. In diesen Kreisen fand auch das spätere Sozialistengesetz, das die damaligen Arbeiterorganisationen mit einem Schlag vernichtete, seine festste Sitzk. Als aber dieses Gesetz fiel, nachdem es sich als unwirksam erwiesen hatte, die Arbeitgeber dauernd zu knebeln, da schlossen sich die Arbeitgeber selbst zur Bekämpfung der Arbeiterbewegung zusammen. Wie damals noch in Dienste ihrer Rolle und Interessen

**Zusammenfassung:** Die Ergebnisse der Untersuchungen zeigen, dass die Bevölkerung in den untersuchten Regionen eine hohe Akzeptanz für die Einführung eines Gesundheitswesens mit dem Ziel der Universalienversorgung hat. Die Befragten sind überwiegend der Meinung, dass die Universalienversorgung eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe ist und dass sie die gesamte Bevölkerung profitieren wird. Sie unterstützen die Idee einer zentralisierten Versorgung und einer Verteilung der Ressourcen auf Basis von Bedarf. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass die Bevölkerung bereit ist, die Kosten für die Universalienversorgung zu tragen und dass sie die Verteilung der Ressourcen nach sozialer Bedürftigkeit und sozialer Notwendigkeit als gerecht empfindet.

mangelnden Opfersturm zur Genüge kennt. Das leuchtende Beispiel bewunderungswürdiger Opferfreudigkeit, daß die armen Arbeiter ihren reichen Ausbeutern geben, wird auf die Leute noch immer ohne Schwierigkeit.

Berecht wäre es aber, daraus den Schluß zu ziehen, daß die Arbeitgeberorganisation den Gewerkschaften nie ernstlich gefährlich werden könne. Die Stärke der Arbeitnehmerorganisation beruht ganz wesentlich auf dem vorhandenen verfügbaren Millionenfonds, um jederzeit Tausende von streikenden und ausgesperrten Arbeitern, die nichts als ihre Arbeitskraft besitzen, zu unterstützen, mit dem Nötigsten versehen zu können. Die Widerstandskraft der Unternehmerorganisation basiert hauptsächlich auf der Ausschaltung des unkontrollierten Wettbewerbs, der aus der Streik-Kalamität des einzelnen Nutzen zieht. Die Entschädigung für Streikverluste hat hier mehr die Bedeutung eines Lockmittels für die kleinen Gewerbetreibenden, die den Großen zwar künftigen eines Kampfes recht unbedeckt werden können, außer Erhaltung aber den Industriellen sowieso sehr wenig gelegen ist. Die Großindustrie bedarf der Entschädigung nicht, zumal die fortwährende Markttelierung die Streikverluste auf ein Minimum reduziert. Der Streit im Muhrlochlenrevier hat dem Kohleministertum keinen ernsthaften Schaden zugefügt, der nicht durch spätere Maßnahmen und Preissteigerungen ausgeglichen wäre.

Die Streitverhinderung und Preissteigerungen unmöglich wären.

Die Streitverhinderung wird immer nur von untergeordneter Bedeutung für die Unternehmertum sein. Wenn das Unternehmertum sonst in jeder Beziehung einig ist und sich nicht gegenseitig in den Arm fällt, so wird es für die Gewerkschaftsbewegung schon ein ernstes Hindernis bilden. So hat die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände, wie aus einem ohne Ihr Zutun veröffentlichten Sitzungsbericht hervorgeht, im April d. J. anlässlich eines Kaufher- und Möbelpaderstreits in Magdeburg den noch jungen Arbeitgeberverband der Spedition- und Transportunternehmungen daran untersetzt, daß der Streit, ebensoviel Wochen dauerte, als man ihn vorher nach Tagen berechnet hatte und schließlich mit geringfügigen Zugeständnissen aufgehoben werden mußte. Der Ausgang des Kampfes bildet den Anlaß, daß das Magdeburger Gewerkschaftsamt eingehend das Thema „Gewerkschaften und Unternehmerverände“ erörterte und das darüber gehaltene Referat als Broschüre erscheinen ließ.\* Auch der Kampf im Zeitz-Weissenfelser Braunkohlenrevier wurde wesentlich durch das Eingreifen der Hauptstelle verlängert und in seinem Erfolge für die Arbeitnehmer erheblich beeinflußt. Das beweist uns zu Genüge, wie nachteilig es wäre, die Bedeutung der Arbeitgeberorganisation lediglich nach deren finanzialem Opferaufwand einzuschätzen. Dies würde stets zur Unterschätzung unserer Gegner führen. Wir haben keinen Grund, angehiebt der erfreulichen Entwicklung unserer Gewerkschaften an Mitgliedern und Finanzmitteln, trübe in die Zukunft zu schauen. Eine Klasse, die ein solches Maß von Opferbereitigkeit und Widerstandskraft besitzt, wird sich nicht so leicht niederringen lassen. Aber wir dürfen auch die natürliche Überlegenheit unserer kapitalistischen Gegner nicht vergessen und ihre durch Organisation erhöhte Widerstandskraft nicht zu gering einschätzen, wenn wir uns vor üblen Erfahrungen bewahren wollen.

Wesentlich schlechter ist die Aussicht in Neuchâtel, dort ist es wie schon früher berichtet, den Meistern gelungen, 200 „Gebenissen“ als Streitbretter zu bekommen. Die Streitenden sind bis auf sechs Mann abgereist, die zur Fernhaltung des Zuganges nötig sind. Wie aus dem letzten Bericht herorgeht, müssen von den „Arbeitswilligen“ circa 180 am 20. August zum Militärdienst einrücken. Wenn es während der Dienstbauer gelingt, den Zugang fernzuhalten, dürfte auch hier noch nicht alles verloren sein. jedenfalls werden uns die geringen Kosten nicht zum Nachgeben aushängen. Wir halten gute Arbeitsträte nach wie vor von Neuchâtel fern, zum größten Leidwesen der Meister.

In Kreuzlingen hat sich an der Streitlage nichts verändert; die Streitenden sind in benachbarten Orten bis auf vier Mann, Streitposten, untergebracht. Die Meister bauen mit ihren 18 eidgenössischen Mauern; so gut es eben geht, und wir haben Zeit zum Warten. Die Polizei hat ihren Eifer eingestellt und muß anerkennen, daß ohne sie auch geschritten werden kann.

In Zürich sind die leichten Streitenden bis auf die Streitposten bei sieben Meistern, die die neuemittelstündige Arbeitszeit anerkannten, untergebracht. Der Streit dauert fort. Die Meister schicken ihre Poliere auf die „Schweiz“ und Italien, um „alte Schwere“ und „Schönheit“ zu holen, die man in dem Augenblick, wo sie unzufrieden werden, wieder ausweichen kann. In der Hauptstadt hat man es auf die deutschen Mauern abgesehen, die man notwendig zur Herstellung von Backsteinmauerwerk braucht, denn die „Maurer“, über die man jetzt verfügt, waren vor dem Streit zum größten Teil noch Handlanger. Die deutschen Kollegen aber werden erfüllt, wobei in diesem noch im nächsten Jahre nach Zürich zu gehen, da auch für nächstes Jahr keine Ruhe sein wird, wenn sich die Herren Baumeister nicht zu Zugeständnissen bequemen.

In Zürich haben die Kollegen Forderungen eingebracht auf Verkürzung der Arbeitszeit. Bisher wurden 11 Stunden geschafft bei monatlicher (1) Vorauszahlung. Als Antwort auf die Forderung wurde der Vorstande der Sektion sofort entlassen, weil er angeblich schuld habe, daß der „Heber“ von Basel sich der Mauer in Brünnen angenommen haben. Wahrscheinlich kommt es zum Streit.

\*  
Die Sektionsvorsitze werden erfüllt, mit den Streitposten-Märkten abzurechnen und Geld und Märkte einzufordern. Jeder Kollege, der Anspruch darauf erhebt, seine Pflicht getan zu haben, muß sechs Streitpostenmärkte à 50 Centimes geleistet haben.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorsitze zu überreichen:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung auszuzeichnen ist.

Unterschreibungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom 12. bis 18. August für folgende Mitglieder erteilt:

Bern. Schindler 5 Münzen, Verh.-Nr. 240 515; Joh. Feit-Essen, 189 048; Heinr. Wolf-Galle (Frau), 24 507; Heinr. Neumann-Herford (Frau), 124 882; Rudolf Eichardt-Weifensels (Frau), 106 560; Heinr. Schröter-Lübeck, 84 819; Aug. Treptow-Cölln, 116 854; Johs. Lehman-Danzig (Frau), 224 886; Peter Weiß-Münzenberg, 214 904; Frdr. Clemens-Rothenburg (Frau), 95 982; Heinr. Werner-Siebe, 149 589; Al. Marquardt-Wangen, 264 184; Frdr. Bartow-Eggen (Frau), 65 946; Frdr. Sommer-Delpitz (Frau), 89 512; Frdr. Bod-Eilenburg (Frau), 67 886; Otto Nied-Eisen-Gitterberg (Frau), 113 535; Orlm. Lappenberg-Badewitz, 137 108; Franz Müller-Stuttgart, 46 508; Anton Kehlgraff-Cölln, 186 210; Ernst Weingart-Mühlenhain i. Th. (Frau), 87 886; Joh. Lange-Berlin, 5729; Paul Rabotka-Berlin, 180 870; Heinr. Wolff-Berlin (Frau), 69 109; Ernst Martens-Friedland, 70 129; Otto Koops-Lübeck, 84 589; Heinr. Kelling-Schwerin i. M., 100 374.

Geldsendungen für die Hauptstelle sind nur an den Kassierer S. Köster, Hamburg 1, Befehlshaberhof 56, zu adressieren. Wer jeder Sendung ist auf dem Postabzettel anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 14. bis 20. August sind folgende Beiträge eingegangen:

### a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Dortmund M. 1600, Karlsruhe 1800, Lüttich 650, Grünberg i. S. 500, Schweiz 200, Banden 200, Neustrelitz 150, Höhne 100, Lörrach 100, Treuen 60, Hemmoor 42 72, Mainz und Umgegend 1600, Liegnitz 800, Greifswald 500, Deutsc. Lissa 200, Schwarzenbach 100, Leipziger 90, Hirschberg 50, Gera 800, Güten 200, Bütten 100, Ueteren 100, Aboldstädt 75, Magdeburg 64, Hammelburg 1100, Bremerhaven 800, Schlebusch 400, Neustrelitz a. d. h. 400, Bittenberg (Bz. Halle) 200, Altdorf 800, Herne i. B. 400, Rostock 200, Freising 200, Löbau 85, Riesa 10, Schwerin i. M. 87 80, Dören i. Möhl. 71 42, Birken i. S. 18, Ortschaften i. Pr. 8, 04, Bütten 1, 81, Schlebusch 186, 08, Burg 27, 59, Halternberg 28, 70, Stetl und Umgegend 3000, Cottbus und Umgebung 2400, Hagen i. B. 1100, Meuselwitz 41, 85, Görlitz 800, Grimma 200, Mühlhausen 150, Schmölln 100, Gronau 100, Haldensleben 100, Northeim 60, Göttingen 60, Wabrig i. Th. 40.

### b) Für Futterale.

Hemmoor M. 1,20, Leitung 2,50, Schlebusch 5.

### c) Für „Arbeit und Kultur“.

Schmallenbach M. 3, Rheydt 3.

Vom Verbandsvorstande bestätigt sind die neuwählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die in der vorherigen Woche das Wahlprotokoll eingesandt haben.

Als verloren gemeldet sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Paul Rudalla-Tellom (Verh.-Nr. 269 839), Eduard Voit-Berlin (343 506); Heinr. Brandt-Schleswig (233 150), Heinr. Fädel-Dresden (182 472), Valentin Stepanat-Boden (364 236), Lubin Stuverc-Posen (444 118), Gregor Marmillith-Gammon (297 665), Sandi Louis-St. Johann (394 373), Leonardo Bendigaruth-Stuttgart (300 641), Frdr. Wallbaum-Wielesfeld (68 979), Willy Händel-Leipzig (888 587), F. Fädel-Güttin (67 807), Frdr. Pess-Oberstein a. d. Nahe (178 595), Herm. Kofer-Bremen (74 821), Willy Bonath-Kiel (312 796), Ros. Loewes-Treptow a. d. R. (121 509), Da. Po. Schule-Warmen (410 088), Heinr. Wollgast-Harburg (26 987), Max Moranne-Wilhelmsburg (126 889), Jof. Stajnay-Bromberg (840 982), Bitter Twilla-Bromberg (318 666), Jof. Körge-Leipzig (888 189), Jof. Gottfr. Augustin-Oberlungwitz (268 799).

Ausgeschlossen sind auf Grund § 87 b des Status vom Zweigverein Hildesheim: Aug. Benz (Verh.-Nr. 187 926), Karl Schwale (187 939), Heinrich Leonhard (187 906), Wilhelm Bode (160 316), Karl Widmann (850 667), Konrad Eßer (850 506), Franz Lampe (350 321), Frdr. Niedboll (850 505); Berlin: Franz Schäuf (4488); Bremen: O. Baumann (14 840); Bielefeld: Franz Krämer (106 841).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückläufiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Um Angabe ihrer Adresse erfuhr die Bahnhofstelle Frankfurt a. M.: Hugo Gebler aus Dresden (Verh.-Nr. 155 264); Hilden: Heinrich Ederling, geb. am 28. Jan. 1871 zu Burghausen.

Kollegen, denen der Aufenthalt der genannten bekannt ist, werden erfuhr, den betreffenden Zweigvereinen oder uns Mitteilung zu machen.

Der Verbandsvorstand.

## Berichte.

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vortragsfälle sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagabend für die laufende Nummer bearbeitet werden.

**Wir machen wiederholtermaßen aufmerksam, daß Gestellungen und Adressenänderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags Vormittags in unseren Händen sind.**

### Angetreuer Kassierer.

**Berichtigung.** Der in Nr. 33 des „Grundstein“ genannte Häftlingsfänger des Zweigvereins Stuttgart heißt nicht A. Lapp, sondern Karl Lopp.

**Annaberg.** Mittwoch, den 8. August, tagte hier eine gut besuchte öffentliche Versammlung der Maurer und Bauhützarbeiter. Nachdem die Versammlung eröffnet war, verlangte der überwachende Polizeiinspektor Ausweisung der Minderjährigen. Auf Antragen des Vorstandes, Kollegen Seifert, aus welchen Gründen die Minderjährigen ausgewiesen werden sollten, erklärte der Überwachende: „Ich sehe die Versammlung für eine politische an!“ (?) Als im Anschluß hieran ein Versammlungsbefürworter diese Mahnung kritisch erörterte und ausführte, daß die Minderjährigen keine politischen Rechte hätten, aber für das Vaterland dienen würden, wurde ihm das Wort entzogen. Eich Sächsisch! Nach diesem Intermezzo referierte Kollege Berthold-Leipzig in einem einflüssigen Vortrage über den Wert der Verkürzung der Arbeitszeit. Das Kollege Berthold den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte, bewies der stürmische Beifall, der ihm gespendet wurde. Alle anderen Redner äußerten sich im Sinne des Referenten. Zum Schluß gab der Vertreitmann bekannt, daß für Sonntag, den 2. September, Vormittags 9 Uhr, ein Ausflug familiärer Organisationen beschlossen sei, an dem Zeit auch die Maurer und Bauhützarbeiter recht zahlreich beteiligen müßten. Um Preisermäßigung zu bekommen, sei es Hauptziel, daß alle Häftlingsfänger in ihrem Ort sofort das Fahrgeld im Betrage von 50 Pf. einfaßieren. Das Fahrgeld müsse bis zum 26. August beim Kassierer Sächsisch eingerichtet sein. Ferner findet am 11. September ein Reisefestvortrag von Waltoff statt. Karl Fiedler kommt zur Aufführung. Der Eintrittspreis ist auf 25 Pf. festgesetzt. Waltoffs Vortrag findet im Gewerbehaus Annaberg Abends 8 Uhr statt. Mit einem brausenden Hoch wurde die Versammlung geschlossen.

**Berlin.** Die Sektion der Buzer hielt am 12. August eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Am ersten Punkt der Tagesordnung wurde das Bergholzen der örtlichen Verwaltung in der Demminer Streitbretteraffäre verhandelt. Am 5. Juni erhielten von hier vier Bürger nach Demmin, woselbst die Maurer seit Wochen ausgesperrt sind, um dort Streitbretterarbeit zu verrichten. Nachdem die Demminer Streitleitung vergeblich verlust hatte, die Bürger von der Verantwortlichkeit ihres Vorhabens zu überzeugen, wandten sie sich an unseren Sektionsvorstand. Das Vorhaben wurde sich nun davon schließlich, den Vorstand Neumann nach Demmin zu senden, um die Bürger zur Niederlegung der Arbeit zu bewegen. Kollege Neumann fand nun, daß von den vier Bürgern nur einer organisiert war. Obgleich Neumann nun alles mögliche versuchte, waren die drei Unorganisierten nicht zu bewegen, die Arbeit niedergelegen; nur der organisierte Bürger legte am 9. Juni er die Arbeit nieder. Der Vorstand, die Vermittlerung und auch die übrigen Beiträge waren mit der Handlungweise Neumanns einverstanden. Sie beklagten zwar, daß der Erfolg so minimal war, gaben aber daran dem Umstand schuld, daß die Unorganisierten eine besondere Vorliebe für Streitbretterarbeit haben und sehr

schwer davon abzubringen sind. Im Bezirk Schöneberg wurde nun der Vorstand im allgemeinen und Kollege Neumann im besonderen für seine Tätigkeit in Demmin vom Kollegen Däumlich scharf angegriffen. Kollege Däumlich sieht den Grund des Misserfolges in Neumanns Verhalten dorthin, und überhaupt im ganzen bisherigen Verhalten des Vorstandes. Däumlich gab ferner seine Ansicht dahin Ausdruck, daß der Vorstand die Schulden daran trage, wenn noch solche Wirkstände innerhalb unserer Organisation vorhanden sind. Die heutige Versammlung sollte nun darüber entscheiden, ob diese Vorwürfe zutreffen, um dann auch eventuell Abhilfe zu schaffen. Kollege Däumlich legte heute noch einmal seine Ansicht dar und meinte ferner: Trotz der bisher guten Konjunktur haben wir für uns keine Vorteile erzielt, sondern nur verloren, daß bis jetzt Gründungen festgehalten, und hierin sei dem Vorstand ein Vorwurf zu machen, denn er hätte bei der guten Konjunktur mit neuen Anregungen kommen und eventuell neue Forderungen stellen müssen. Die weiteren Diskussionsredner könnten ein direktes Verhältnis Neumanns in Demmin nicht finden, es sei denn, er hätte mit dem Gelde gehandelt. Weiter waren sie aber auch der Meinung, daß für die Agitation mehr geschehen müsse; wenn auch nicht neue Forderungen gestellt zu werden brauchten, so müste doch auf die vorhandenen Wirkstände mehr hingewiesen werden, und zwar nicht nur in Sitzungen, sondern es müssen mehr Versammlungen zu diesem Zweck abgehalten werden. Kollege Neumann vertheidigte sich dagegen, daß er sich in Demmin in der Geldfrage eng verzögert habe. Die Streitbretter wären, selbst wenn er ihnen das weitgehendste Entgegenkommen gezeigt hätte, nicht zur Arbeitsüberlegung zu bewegen gewesen. Die anderen Vorstandsmitglieder erklärten, sie hätten in Demmin auch nicht anders handeln können. Was die anderen Vorwürfe betrifft, so sei zu bemerken, daß selbst kleine nebensächliche Forderungen nach reißlicher Beratung aus taktischen Gründen in den Öffnungsversammlungen abgelehnt worden seien. Es treffe also auch hierin den Vorstand allein keine Schuld. Nach dieser rubig und sachlich gehaltenen Diskussion wurde von der Abstimmung über ein Mitgliedervotum Abstand genommen, da hierzu nach Ansicht der Verammlung kein Grund vorlag, im übrigen wohl aber der Vorstand seine Lehren aus dieser Diskussion ziehen werde. Nach Erledigung dieses Punktes wurde vom Kassierer Kelp folgende Abrechnung vom zweiten Quartal 1906 gegeben. Die Zweigvereinsliste schließt in Einnahme und Ausgabe mit M 18 626,75 ab. Die Totalausgabe in allen alten Beständen eine Einnahme von M 90 224,91. Die Ausgabe betrug M 4912,74, wodurch bleibt ein Bestand von M 85 812,17. Die Mitgliedervorwahl am Schlusse des Quartals 2629. Davon waren 42 Ehrenmitglieder. Auf Antrag der Revisoren, die Bücher, Belege und Kasse in besserer Ordnung gefunden haben, wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt.

**Breslau.** Dienstag, den 31. Juli, tagte hier im Gewerkschaftshause unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhielt die Versammlung in der üblichen Weise das Urtheil des durch den Tod aus unserm Reihen gerissenen Kollegen Paul Reich. Mitglied seit dem Jahre 1896. Nachdem Kollege Widera die Ratsversammlung der Schöpfung der „Grundstein“ Kollportagegebühren näher begründet hatte, trat in der Diskussion sämtliche Redner dafür ein. Es wurde beziffert, daß pro Zeitung (mit rückwirkender Kraft vom Quartalschluss an) mehr zu zahlen sei, so daß also für die Verbreitung des „Grundstein“ von nun an 2 Pf. und für die verlaufte Marke ½ Pf. gezahlt werden. Kollege Widera gab hierauf die Abrechnung vom zweiten Quartal bekannt, die folgenden zeitigte: Die Einnahme für die Hauptstelle betrug M 16 881,22, die Ausgabe M 7833,52; abgefangen wurden M 9447,63. Die Einnahme der Totalausgabe betrug M 14 679,93, die Ausgabe M 4159,67, Kassenbestand M 10 520,26. Davon per Bank belegt M 9250. Die Mitgliedervorwahl betrug am Schlusse des Quartals 2300. Gegenüber dem zweiten Quartal haben sich also die Verhältnisse sowohl in Bezug auf die Zahl der Mitglieder, als auch in Bezug auf den Kassenbestand bedeutend geändert. Kollege Widera hofft, daß dieses auch in der Zukunft der Fall sein werde. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer in der üblichen Weise Decharge erteilt. In einer Mitgliederversammlung vom 10. Juli hatte Kollege Krause bei Abrechnung des Mai-Kräfteabschlusses den Kollegen Widera gegenüber beleidigende Äußerungen gemacht, die geeignet waren, ihn in den Augen der übrigen Kollegen herabzusehen. Raut Bergholz der Mitgliederversammlung hat sich eine Kommission von 20 Kollegen unter Hinzutretung eines Vertreters des Hauptvorstandes mit dieser Angelegenheit beschäftigt. In dieser Kommission sind die Einschätzungen des Kollegen Krause in sich zusammengefallen. Es hat sich demzufolge diese Kommission und der Hauptvorstand demnach auf den Standpunkt gestellt, daß Kollege Krause an derselben Stelle und in derselben Form die beleidigenden Äußerungen juridisch nicht, womit alsdann die Angelegenheit als erledigt zu betrachten wäre. Kollege Ulrichs als Obmann dieser Kommission erstattete der Versammlung Bericht. Nach langer Diskussion wird Kollege Krause seitens der Kommission erzählt, ihrem Bergholz so nahezutreten. Da Kollege Krause dem nicht zustimmt und die Zeit vorgedrängt ist, wurde diese Angelegenheit, sowie die übrigen noch unerledigten Punkte der Tagesordnung zur nächsten Versammlung zurückgestellt und die gut besuchte Versammlung geschlossen.

**Friedersdorf.** Der hiesige Zweigverein hielt am 12. August seine Mitgliederversammlung ab, in der der Vorstande das Verhalten einiger Kollegen schilderte, die sich gegen das Städt und gegen die Wohnverträge verstoßen haben. Nach langer Diskussion wurde der Kollege Rudolf Kedatz aus Dannenreich aus dem Verband ausgeschlossen, weil er selber Unternehmer ist, und noch dazu billiger arbeitet, als es unter Vertrag zulässt. Kollege Kedatz soll an einer Vorstandssitzung geladen werden, um sich wegen eines Vergehens zu äußern. Zur Bautenkontrolle wurde der Kollege Kedatz gewählt.

Die Kollegen aus Friedersdorf und den nächsten Orten erhalten nur Märkte in den Versammlungen, die jeden Sonntag, nach dem 16. im Monat, stattfinden.

**Gmünd.** (Eine Skizze von der Viebenswürdigkeit unserer Unternehmer). Die andauernd recht günstige Konjunktur im hiesigen Baugewerbe veranlaßten diesen Freibürling die Gläser, sich dem Maurerberbande anzuschließen, um so mit vereinten Kräften eine Hebung ihres Lohnverhältnisses herbeiführen zu können. Durch die noble Art, wie der Allgemeinrat von Weberg, Herr Pfarrer Peter, auf seine Beichtstühle einwartete, kam aber die vorläufigen Ausfütterungen bei Beginn der Lohnbewegung zu schänden geworden. Die Mitglieder, die dem Verbande treu geblieben sind, befiehlt nun der Wunsch, in Anbetracht der bedeutenden Erfolge des Maurerbandes in diesem Jahre, auch in Gmünd der Organisation wieder festen Fuß zu klopfen, um mit vereinten Kräften die alten Forderungen durchsetzen zu können. Kollege Bernhard aus Heilbronn wurde damit beauftragt, den Organisationsgedanken von neuem unter die Kollegenschaft von Gmünd zu tragen. Schon die Verteilung der Flugblätter, das Einladen zu Versammlungen usw. machte die Bauunternehmer verdächtig. Das hätte wohl wenig geniert, wenn auch hier und da recht schmeichelhafte Wörter stören; denn es hätte sich ja alles noch mit dem „Anstandscode“ der Unternehmer vereinbaren lassen, wenn es einige der „Herrnen“ nicht gar zu toll getrieben hätten. – Bei gelegentlichen Vorbeigehen am Neubau vom Bauunternehmer Balle am 24. Juli fragte Bernhard nach dem beschäftigten Maurer, in welcher Wirtschaft die dort beschäftigten waren. Nach erhaltenner Antwort wollte B. seines Weges weiter; als ein konfus aussehender Mensch — älterer Sohn von Balle, der wegen Geistesarmut vom Militärdienst entlassen wurde und es für den schönen Sport hält, um Mitternacht mit seinem Motorwagen in rasendem Tempo hunderte von Mäler- die Straße auf- und abzufahren — auf ihn losstürmte mit den Worten: „Geh, Sie sind der Heilbronner, ich kenne Sie schon, Sie Aufwiegler und Leutaugeher! Seh's in „Schlegel“ eint, daß Männer's Reden halten, aber du net“ usw. Um selben Moment sahnen auch schon Ziegelsteinbuden in der Größe eines Biergels und darüber vom Baugerüst auf B. herab. „Schöpfe“ war Bauunternehmer Balle selbst. Da von 10 bis 12 Geschöpfen keines traf, eilte Balle mit einem längeren Laternenstock die Bautreppe hinunter mit dem Ausruf: „Der muß hin sein, den mag ich sonst.“ B. ging seine Wege.

Der zweite Fall zeigt das vereinigte Unternehmertum so recht in Glorie. Die Maurer vom Bauwesenfach Karl Böß hatten beschlossen, Montag, den 30. Juli, nicht eher die Arbeit aufzunehmen, bevor nicht eine Lohnerschöpfung von 2 % zugesagt würde. Ohne diesen Beschluss zu kennen, fügte es der Zuluf, doch am selbigen Morgen Bernhard die Kollegen in der Wirtschaft „Zum Hohen-Reichberg“ traf. Nach Mitteilung der Sache wurde B. erzählt, die Differenzen zu regeln, welcher Aufruforderung er um so eher nachkam, als die unorganisierten Kollegen ihren sonstigen Verbandsbeitritt erklärt hatten. Nach längerer Aussprache mit dem Unternehmer Böß bewilligte dieser die Forderung der Kollegen. Der Mittagsauszug wollte Bernhard im „Hohen-Reichberg“ ein Glas Wein trinken, als beim Eintritt in das Lokal die Frage eines Gastes: „Iß's der?“ benelstet flügig machte. Er stellte jedoch nicht lange in Ungewissheit, ob der Eigentümlichkeit, daß aller Augen auf ihn gerichtet waren. Eine nette Tischgesellschaft war's. Böß war von einem ansehnlichen Stab Gipfermeister, Gläsermeister und sonstiger „Meister“ umgeben, von der er jetzt zu B. — der unterdessen an einen Nebentisch Platz genommen — herüberrief: „Der soll in sel'm Heilbronn drunter bleiben, der „rote Heizer“ (es scheint, daß es noch andere Heizer gibt, vielleicht schwärze?), der „Aufwiegler“ usw. Bei dem rühsigen Verhalten des B., wie wenn ihn die Sache gar nichts angegne, genügten bei den verfammelten Unternehmern Böcke nicht mehr, die mukte schon mit Laten' nadgeschossen werden. Gipfermeister Karl Ochsle ging mit der Faust zum Angriff über. „Jähn sollte man die Rute aus dem Gürtel rauschlagen“ meinte der liebenswürdige Herr, die Ammenenden seufzenden lebhaft. Das Ganze jagt aus, als wenn Indianer einen Lodengeheimen an den Marktplatz gebunden und durch Schuh und Luttsprünge ob des glücklichen Fanges ihrer Freude Ausdruck gaben. B. berief sich nun kurz fürs Abremplung, er wäre augenscheinlich nicht aufgelegt, mit Unternehmern zu streiten. Auf seine Frage warum er fein-Berl erhalten, wurde ihm bedeutet: „Madam Sie nur, daß Se naus kommen.“ Als die „Meister“ sagten, daß sie den Wirt auf ihrer Seite hätten, läutete es von rechts und links: „Werft'n naus!“ Wie man B. auf dem Hausschlur hatte, sollte das Drauschnageln losgehen. Zum größten Beidwehr der Unternehmer vereitelt B. durch einen Sprung ins Freie das Vorhaben eines halben Hunderts Unternehmertäufers. Einen tödlichen Angriff auf den Straße hielten die „christlichen“ Leute nicht für ratsam, da dieselbe von einer Menge Zuschauer besetzt war; denn die Herren machten einen Kratzel wie eine heulende Indianerfrau.

Bir wollten den liebenwürdigen Herren verraten, daß ber „Höger“ in Zukunft mit noch größerer Liebe und Energie für die Stärkung der Organisation eintreten wird, und dann wird mal der Tag kommen, an dem sie gewünscht sind, anständig mit dem „Aufwiegler“ zu reden. Die klassenbewußte Arbeiterschaft wird gut tun, den Wirt „Zum Hohen-Rückberg“ in Erinnerung zu behalten. Den Mauerer und Gipsern wollen wir aber zurücksetzen: Steht nicht länger gleichgültig bei Seite, schließt Euch Mann für Mann der Organisation an, dann werdet Ihr auch die Magie befassen, das geradezu gemüchelte Bauprotzentum von Guß und Ziegel zu brechen.

**Sarburg.** Am 12. August tagte hier die erste Mitgliederversammlung des neugegründeten Zweigvereins. Bünstadt wurde noch einige Aufnahmen erledigt. Die Zahl der Mitglieder beträgt jetzt 90. Es beginnt sich jetzt allmählich bei den Kollegen die Ansicht herauszubilden, daß doch besser ist, dem Berichte beizutreten und mit dessen Hilfe für die Verbesserung der Lebenslage der Maurer zu kämpfen, als dem Unternehmern zu liebe auf das Koalitionsrecht zu verzichten. Neben den Punkt „Lohnbewegung“ referierte in längeren Ausführungen Kollege Obermeier-Braunschweig. Seine Ansicht ging dahin, daß man erst die Organisation ausbauen und befestigen müsse, ehe man daran denken könne, in eine Lohnbewegung einzutreten. Dieser Ansicht schlossen sich die Kollegen an. Hierauf wurde über die Allordnungsarbeit diskutiert und dabei der Meinung Ausdruck gegeben, daß mit aller Energie darauf eingearbeitet werden müsse, diese Lebel zu befeißen. Endlich wurde noch über die Missstände auf Bauten gesprochen. Es wurde festgestellt, daß sich Gerüste, Balkenbuden, Aborte usw. in einem höchst mangelhaften Zustande befinden. Es wurde beschlossen, mit allen Kräften dahin zu treten, um die Missstände von innen zu beseitigen.

wirken, daß diese Mißstände beseitigt werden. Mit einem Hoch auf den Centralverband der Maurer Deutschlands wurde die Versammlung geschlossen.

**Kaiseraulzern.** Im Jahre 1904 wurde hier zwischen dem Zweigverein und den Unternehmern ein Vertrag abgeschlossen, der bis zum 31. März 1908 läuft. Bei Abschließung dieses Vertrages war die Mitgliederzahl des Zweigvereins nur verhältnismäßig klein und in größeren Organisation noch nicht so entwidelt, wie dies in größeren Städten der Fall ist. So kam es, daß sich die Kollegen mit dem von den Unternehmern Gebotenen aufzudenken gehabt haben, obgleich es ihnen gelang, doch noch einige Verbesserungen in dem Vertrage herbeizuführen. Daß die Unternehmer große Freunde von dem Vertrage seien, kann gerade nicht behauptet werden, viel eher ist es konstatiert, daß sie ihn nicht gern sehen und ihn am liebsten beseitigt haben möchten. Da dies aber auf gar dem Wege nicht gut möglich ist, suchen die Unternehmer ihr Ziel auf Umwegen zu erreichen, indem sie versuchen, Huber und Biwitschkeiten unter die Kollegen zu stören. Als Mittel auf diesem Zweck dienen ihnen die Alftordarbeiten. Es kann wohl mit Bestimmtheit behauptet werden, daß innerhalb zehn Jahren keine solche Mäßwirtschaft am Orte bestanden hat, als dies gerade jetzt der Fall ist. Braucht ein Unternehmer zur Ausführung seiner Arbeiten zehn oder fünfzehn Mann, so kann sicher darauf gerechnet werden, daß er sich eine Alftordarblone in der Stadt von sechs oder acht Mann heranzieht, von der er dann die Arbeit fertigstellen läßt. Damit nun aber auch der Profit des Unternehmers zu seinem Recht kommt und der Ausbeutungsmittel keine Garantien gegeben sind, werden Preise geboten, die es den Kollegen, die sich auf einen solchen Aufwand einlassen, unmöglich machen, in regelrechter Arbeitszeit, wie sie der Vertrag vorschreibt, den tariflichen Lohn zu verdienen. Die Folge davon ist, daß der Vertrag durchbrochen und über die festgesetzte Zeit hinaus gearbeitet wird. Daraus entsteht aber Huber und Biwitsch unter den Kollegen und die Organisation, die die Kollegen gut weiteren Verbesserung ihrer Lebenslage sehr nötig haben, wird untergraben. Es wäre deshalb zu wünschen, daß der mit den Unternehmern abgeschlossene Vertrag unter allen Umständen innegehalten und die Übernahme von Alftordarbeiten verweigert würde, zumal von Alftordarbeit in einem Paragraphen des Vertrages die Rede ist, bei seiner Abschließung aber bereits der Wunsch laut wurde, daß die Ausführung von Alftordarbeiten unterbleiben möchte. Es ist den Kollegen zu empfehlen, mehr denn bisher die Versammlungen zu besuchen. Da ist der Ort, wo die Kollegialität gepflegt wird und die Waffen für den Kampf um eine bessere Lebenshaltung gefüllt werden.

Kiel. Der hiesige Zweigverein hielt am 8. August eine gut besuchte Mitgliederberatungssitzung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Kollege Brodtkuhm bekannt, daß der Tod wieder ein treues Mitglied aus unseren Reihen gerissen hat, und zwar den Kollegen Anderen. Die Kollegen erhoben sich zum Ehren von ihren Bläzen. Hierauf hielt Genosse Klink einen Vortrag über „Gewerkschaften und Sozialdemokratie“. In seinen Ausführungen zeigte er den Anwesenden, wie Gewerkschaften und Sozialdemokratie völlig eins und gemeinsam bestrebt seien, das unterdrückte Proletariat zu einem besseren Dasein zu verhelfen. Daß der Referent im Sinne der Versammlung gesprochen hatte, bewies der starke Besuch, der ihm gesollt wurde. Hierauf wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute, am 8. August 1916, zu Kiel abgehaltene Mitgliederberatungssitzung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands erachtet es als Pflicht aller organisierten Kollegen, daß sie sowohl im wirtschaftlichen als auch im politischen Kampf der Arbeiter mit voller Kraft wirken. Die Versammlung erachtet es für selbstverständlich, daß jeder Kollege sowohl den sozialdemokratischen Verein betreut, als auch auf die „Volkszeitung“ abonniert. Sozialdemokratische und Gewerkschaften bilden keine Gegenseite, sondern vertrauliche Organisationen, die gemeinsam den Kampf für die Interessen des arbeitenden Volkes zu führen haben“. Die Abrechnung vom Stiftungsfest ergab einen Überstand von M. 179,90. Hierauf gab Brodtkuhm bekannt, daß in Gaarden einige Unternehmer die Überzahltheit befehligen haben, einige zugereisten Kollegen einen Stundenlohn von 45—50 & zu zahlen. Er werde es aber veranlassen, daß demnächst eine Sitzung der Schlichtungskommission stattfindet, in der den Herrn Meistern der Standort klargemacht würde, wie der Vertrag zu halten ist. Zum Schluß noch einige Wohlgesagtes der Stuttgarter uns gegenüber zu Sprache. Kollege Brodtkuhm empfahl, die Stuttgater unbeachtet zu lassen und sie so zu behandeln, wie sie es seit unserer Lohnbewegung verdient haben, nämlich sie als Streitvöcker zu betrachten.

**Leipzig.** Zu dem Versammlungsbericht in Nr. 83 des „Grundstein“, Seite 418, hat sich die Redaktion des „Grundstein“ herbeigelaufen, folgende Anmerkung zu machen: Kollege Bauerfeld könnte sein kritisches Meier nützlicher anwenden bei gewissen Leipziger Genossen, die sich über die Gewerkschaften mit bläßlünigen Gedanken abquälen. Hierdurch fühle ich mich veranlaßt, einige Worte zu äußern. Buerst muß ich entgegen dem Bericht feststellen, daß ich mich speziell den Artikel „Symptome“, sondern im allgemeinen die ganz Schreibweise des „Grundstein“ zu der Streitfrage „Partei und Gewerkschaft“ kritisiert habe und um. Schluß den Antrag betrifft Veröffentlichung des Protokolls von der Februar konferenz stelle. Trotzdem nun aus dem einen Sache des Versammlungsberichts gar nicht zu erscheinen war, in welcher Weise ich meine Kritik ansetzte, kommt die Redaktion zu der Anmerkung. Nach meiner Überzeugung soll dies doch nur bedeuten, daß der Kollegen das Recht aufzufragen, die Tätigkeit der Redaktion des „Grundstein“ zu kritisieren und ihre Meinung zu äußern. Wahrscheinlich find dies schon die vorauseilenden Symptome der neuen Gewerkschaftstheorie. Da es aber bis jetzt in der Arbeiterbewegung klug war, daß ein jeder ohne Anrede der Person seine Meinung sagen konnte, so nehme ich auch für meine Person in Anspruch, die Kritik da anzubringen, wo ich es für richtig halte, auch dann noch, wenn die Gewerkschaftsführer auf einer Konferenz beschließen würden: jeder Gewerkschaftler hat sich unserer Ansicht anzuschließen. Nun ist dem Inhalt der Anmerkung selbst, schon aus den Worten mit „bläßlünigen Gedanken abquälen“ ersieht man, wie die Redaktion zu dienen versucht. Sind

es, denn gleich blödsinnige Gedanken, wenn bei gewissen Leipziger Genossen über die Gewerkschaften eine andere Ansicht vorhanden ist, wie bei der Redaktion des „Grundstein“? Es ist aber auch sonderbar, daß die Mehrheit der Leipziger Kollegen und Genossen — und diese sind doch auch Gewerkschaftler — nicht nur nicht gegen die „blödsinnigen Gedanken gewisser Genossen“ Stellung nehmern, sondern sich damit einverstanden erklären. Somit ist nun ja entschieden, ob die Redaktion des „Grundstein“ oder die große Masse der Leipziger Kollegen und Genossen einen richtigen Urteil fällen können. Es ist mindestens zu bedauern, wenn solche Worte von der Redaktion eines Gewerkschaftsblattes „gewissen Leipziger Genossen“ — damit sind wohl die Redakteure gemeint — entgegengemessen werden. Würde die Sache aber auch nur annähernd so liegen, wie im „Grundstein“ behauptet wird, so ist trotzdem durch die Anmerkung bewiesen, daß sich die Redaktion des „Grundstein“ in einer noch nicht zu dem Gedanken: der Blütezeit gibt nach, empörgerungen hat. Da mir aber noch entsohlen wurde, mein kritisches Messer auf der anderen Seite möglichst angewandt zu haben, so muß ich erwidern: Die Redaktion des „Grundstein“ würde ihr kritisches Messer möglichst im Interesse der Organisation anwenden können, wenn sie zum Beispiel die in Hamburg noch über 40 pgl. in Alford arbeitenden Kollegen von der Schäßigkeit der Alfordarbeit überzeugen würde, anstatt sich der auf der Konferenz empfohlenen Solidarität der Gewerkschaftsführer zu bekleidigen. Trotz der zweiten Anmerkung: das war schon längst gegeben, war es kein Fehler, daß der betreffende Antrag angenommen wurde, denn die Haltung der Mehrheit der Gewerkschaftsführer hat es bewiesen. Aber auch unserer Führern war es nicht von der Sticke abzulehnen, ob sie für oder gegen die Veröffentlichung des Protolls gestimmt haben. Friedrich Baurersfeld.

Wir hatten große Neigung, in diesem Halle den Rat des Kollegiums Bauersfeld zu besuchen; der Käfige gibt nach. Wenn wir trotzdem die ebenso nichtstolzende wie beleidigende "Kritik" Bauersfelds nicht durchgehen lassen, ohne ein Wort der Erwideration daran zu knüpfen, so deshalb, um B. unbedeutig zu erläutern, daß wir nach wie vor die Stellung einnehmen werden, die das Wohl der sozialdemokratischen Arbeitersbewegung unserer Meinung nach am besten fördert! Wir werden uns davon leeren durch Demagogien noch Narren abbringen lassen, die mögen, sagen, was sie wollen. Und da wir wissen, daß wir in diesem Gedanken einz sind, nicht nur mit der übergroßen Mehrheit der Gewerkschaftsführer, sondern auch mit allen ernsthaften Gemeinschaftlern und Parteigenossen die nicht papageienartige Phrasen nachslappern, so werden wir auch die auf der Vorstandskonferenz empfohlene, für uns selbstverständliche Solidarität freudig zum Ausdruck bringen.

Die Redaktion des „Grundstein“.

**Weissen.** Infolge des Arbeitsmangels in der Residenzstadt hatten wir unter Zuwendung von Auffordernauern und Bürgern zu leiden, die hier zum Teil auch Arbeit überkommen hatten. Daburd wurde der Versammlungsbeschluss, betreffend die Auffordarbeit, durchbrochen, da die Bürgenmandanten von der Auffordarbeit nicht Abstand nahmen. Sie behaupteten, die Auffordarbeit sei in Dresden zulässig; dieses sei maßgebend und es habe sich der ganze Bau das auch zu richten. Hierdurch wurden im Beirat Weissen verchiedene Kollegen gezwungen, ebenfalls im Aftord zu arbeiten, wenn sie nicht Arbeitlos sein wollten. Da nun aber die Auffordarbeit soweit fertiggestellt ist, haben die hiesigen Kollegen beschlossen, die Auffordarbeit zu beenden und den vor Jahren gefassten Beschluss, *U* *n* *d* *e* *s* *t* *u* *n* *g* am dänischen Aftordarbeit aufrecht zu erhalten. Sollte nun dennoch von den Kollegen Auffordarbeit verlangt werden, so ist die Verwaltung hiervon sofort in Kenntnis zu setzen. Jeder einzelne Fall wird dann untersucht werden. Auch gegen die geheime Auffordarbeit, die in letzter Zeit auf einigen Bauten üblich war, aber erst nach Fertigstellung der Arbeit in die Deßenfamilie gelangte, soll in nächster Zeit durch Versammlungsbeschluss ganz entschieden Front gemacht werden, damit auch dieses Nebel gänzlich abgeschafft wird. Es wird deshalb den Kollegien aus anderen Orten zur Kenntnis gebracht, daß sie sich nach diesen Beschlüssen zu richten haben.

**Pforzheim.** Eine stark besuchte Generalversammlung des hiesigen Zweigvereins beschäftigte sich mit der Frage, ob es für Pforzheim zweckmäßig sei, einen Volksbeamten einzustellen. Gauvorsteher Horster-Mannheim, der erschienen war, um über diesen Punkt zu referieren, beschäftigte sich zunächst mit einem Artikel in dem "Bauwirtschaftsorgan" christlicher Couleur, in dem es heißt: "Rote Leute und Grabschneider an der Arbeit". Unterzeichnet sei der Artikel von Rott-Karlsruhe, seines Beichens Sekretär, der Gewerkschaften christlicher Oberbaus. Christ Rott beschäftigt sich nun in seinem Artikel mit einem Eingefandt im "Grundstein" von Pforzheim, worin gefagt wurde, der Herr Sekretär der christlichen Gewerkschaften hätte dem Bauunternehmer Chr. Käfer gegenüber unlöslich der Baupreise erläutert, das Vorgehen der organisierten Maurer sei eine "unverhüllte Frechheit". Diese Worte bestreitet nun der Herr in seiner Philippita ganz entschieden mit der ihm amzogenen Unverantwortlichkeit hierzu habe Horster folgendes zu bemerken: In den seinerzeit geplanten Verhandlungen mit den Bauunternehmern anlässlich der damaligen Auspeilung habe der Bauunternehmer Chr. Käfer erläutert, der Sekretär oder Führer der Christlichen, ein Herr Rott aus Karlsruhe, sei bei ihm gewesen und habe folgendes erläutert: "Das Vorgehen der Pforzheimer Maurer sei eine unverhüllte Frechheit!" Der Referent ging nun mit seinem Herrn, der auch organisierte Maurer sein will, schrift ins Gericht. Das sei wieder eine der berühmten Kampfesweisen der gelben Gewerkschaften. In Begleitung von Unternehmern würden die Kollegen, die für Befreiung ihrer Lage eintreten, mäßig beschimpft, nur um bei den Unternehmern lieb einzusein. Würden die Herren einmal auf ihrem schlüpfrigen Wege erkratzt, dann spielen sie die gekrämpfte Leberkrankheit. Horster behauptete heute nochmals, daß Rott-Karlsruhe diese Ausübung getan habe, sonst würde Herr Chr. Käfer das nicht gefragt haben. Über diesen Arbeitgeberverhältnisse ist nur darauf an, zu berleumend nach dem Grundstein: Berleumende nur zu etwas bleibt schon hängen. Der Begriff belliert das Mittel heißt es da. Der Redner ging

sobann auf die Pforzheimer Organisationsverhältnisse über und schäuberte die miflichen Verhältnisse des hiesigen Zweigvereins seit seinem 10jährigen Bestehen. Er betonte, dies sei erst etwas anders geworden nach der Aussperzung im Jahre 1905. Da sei man dazu übergegangen, einen Beamten anzustellen, was sich auch anfangs gut bewährt habe, nur habe man in der Person (Steuple) einen Mißgriff gemacht; in Zukunft müssten wir vorsichtiger sein. Die beratende Lage des Zweigvereins gebe nun auch, da die Mitgliederzahl der Zahl der hier beschäftigten Maurer noch lange nicht entspricht, auch circa 50 bis 60 Ortsbeamten zu bearbeiten seien, der Drage näher zu treten, einen Lokalbeamten anzustellen. Gauvorstand sowie Ausschüttung des Zweigvereins hätten sich eingehend damit beschäftigt und einstimmig beschlossen, einen Beamten anzustellen. Da von den Pforzheimer Kollegen sei keiner bereit erlässt hätte, dieses Amt anzunehmen, und auch der Vorsitzende, Konzelmann, erklärte, diesem Posten nicht gewachsen zu sein, so hätte der Ausschuss einstimmig beschlossen, der Versammlung den Kollegen W. Speyer vorzuschlagen. Gleichzeitig empfahl er einen Losafallschlag vom 5.8. zu erhalten. Die nun folgende Diskussion zeigte ein überraschendes Bild. Kollege Konzelmann als Vorsitzender eröffnete den Neigen und erging sich in maslosen Anschuldigungen gegen den Gauvorstand, der im Grundsatz gegen eine Amtstellung gewesen wäre. Zieht ferner er hinterher und wolle einen Beamten in Pforzheim haben. Dem Vorstand würden jetzt alle Fehler in die Schuhe geschoben; Horler hätte sich in Pforzheim wenig sehen lassen, im Winter hätte er überhaupt nichts vom Gauvorstand gesegnet usw. Phrenetischer Beifall lohnte den Redner für seinen Aufzug gegen den Gauvorstand. Das Signal zum Kampf war gegeben, es sollte noch besser kommen. Kollege Horler erwiderte, wohl noch in keinem Zweigverein wäre er so oft gewesen, wie in Pforzheim. (Stimmt. D. B.) Wenn er im Grundsatz gegen eine Amtstellung gewesen wäre, dann nur aus dem Grunde, weil die Mitgliederzahl die Anstellung eines Beamten noch nicht erfordert hätte. Heute liegen die Verhältnisse anders. Nebner sprach noch seine Erwiderung aus über die merkwürdige Stellungnahme des Vorsitzenden, der in der Ausschüttung für die Anstellung gewesen wäre. (Zweiteilentheorie. D. B.) Kollege Koch ging gegen eine Amtstellung eines auswärtigen Kollegen, weil wir dadurch in einem Betriebsverhältnis gegenüber dem Hauptvorstand kommen würden. Kollege Kammerer, früher in Straßburg, seit einigen Tagen in Pforzheim, sprach von Maßnahmen zur Arbeit unserer Verbandsbeamten; es wären überall „Friedensverträge“ — man sieht den Leuten das bureaucratische System vor. Nebner griff noch in unerhörter Weise den Straßburger Lokalbeamten an und meinte zum Schlus, der Gauvorstand solle die Lokalbeamten beauftragen. (Unseres Wissens war Kammerer früher anderer Meinung. D. B.) Kollege Bäumlein von Ullm kritisierte mit scharfen, hier kaum wiederzugebenden Worten das ganze Beamtensthem. Die Herren würden sich später sogar noch pensionieren lassen. Sie schmäffelten überall herum und den Mitgliedern würde Brei um Maul geschnitten; und so ging es fort. Ein Kollege Doigdulla, seit drei Monaten im Verband, gleichzeitig auch Mitglied der Polizeivereinigung, vor drei Jahren beim hiesigen Streik „Arbeitswilliger“, fühlte sich auch berufen, unserer Verbandsbeamten herunterzuzeichnen. Sein Sermon lautete also: Die Beamten faulenzen, freßen sich die Männer und machen Sprüche. (Vereinzelter Bravoruf.) Kollege Horler ging nun in seinem Schluswort mit diesen Totengräbern der Organisation schärf ins Gericht und gab an der Hand von Beispielen die Entwicklung des Verbandes durch die Einteilung des Gau sowie durch Anstellung von beflockten Beamten bekannt. Bedenfalls hätten die Verbandsfunktionäre eine derartige Behandlung nicht verdient; noch in keinem Zweigverein seien sie derartig bestimmt worden wie hier. In dieser Beziehung würden wohl die Pforzheimer Kollegen eine traurige Verhältnisheit erlangen. Ein Antrag auf Schluss der Debatte wurde vom Vorsitzenden als Schluss der Debatte gewünscht, und die Versammlung von ihm geschlossen, ohne ein Resultat erzielt zu haben. Wir glauben, daß durch derartige Vorfommisse die Organisation nicht gefordert wird, sondern die Kollegen alle Urteile haben, dafür zu sorgen, daß die Entwicklung des Verbandes fortfreit und die Zahl der Mitglieder stetig wächst. Derartige Vorfommisse in Versammlungen, wie die oben geschilderten, fördern die Organisation nicht. Sache des Vorsitzenden ist es, dafür bezeugt zu sein, daß die Versammlungen einen ruhigen sachlichen Verlauf nehmen.

**Senftenberg.** Mittwoch, den 8. August, fachte im Seidenstickerischen Lokale eine von 180 Kollegen besuchte Versammlung. Der erste Punkt der Tagesordnung wurde erledigt durch das Vorlesen und die Richtigstellung der Quartalsabrechnung. Die Lokalstasse hatte eine Einnahme von M. 549,75 und eine Ausgabe von M. 365,07, Kassenbestand verblieb M. 184,68. Die Mitgliederzahl betrug 845. Dem Kassierer wurde Dejazare erlaubt. Alsdann sprach der Vorsitzende über den Stand der Bewegung. Es sind nun mit fast allen im Lohnbetrieb ansässigen Unternehmern schriftliche Arbeitsverträge abgeschlossen worden. Montag, den 30. Juli, fand eine Verhandlung mit Steudel in Welzow statt. Die Kollegen hatten am genannten Tage zum Gründung die Arbeit eingestellt. Es fand dann eine Versprechnis statt, in der der Vorsitzende aus Senftenberg anwesend war, und wo ein Lohn von 42,- gefordert wurde. Da der Unternehmer ablehnte, traten alle Kollegen regelrecht in den Streit ein. Im Laufe des Tages hatte aber der Kassier mit Hilfe seines Geschäftsführers die Kollegen so beeinflußt, ihnen 40,- Stundenlohn versprochen, außerdem Sonnabends 50,- Crinfeld, daß sie am Dienstag die Arbeit wieder aufnahmen, außer sechs Kollegen, die zur Zeit in Senftenberg arbeiten. Die Welzower Kollegen haben dann neben Crinfeld, noch alle 40,- Stundenlohn erhalten. Hatten sie zwei oder drei Tage im Streit verharrt, so hätten sie bei der günstigen Konjunktur (Steudel suchte 40 Maurer) einen vollen Erfolg gehabt. Es herrscht dort aber eine richtige Gloriatruppe und die Kornflasche.

In Senftenberg haben wir eine so gute Konjunktur, daß der Maurer ein gefügter Artikel ist. Zur Zeit können noch etwa 100 Maurer Beschäftigung finden, daher auch der große Mitgliederbestand. — Zur Erledigung der Kassen-

gesäfte sind 21 Hilfsklassierer und 18 „Grundstein“ Mitarbeiter tätig. Der Bericht über Bautenkontrolle bietet leider ein trauriges Bild, hauptsächlich in der Beschaffenheit der Buden und Aborten. Nicht ein einziger Ort hat eine Tür, einen Fußboden und Sitzbretter. Vereinigt werden die Aborten überhaupt nicht. Es wurde beschlossen, die Behörde zu veranlassen, eine Verordnung herauszugeben und den Zuständen energisch entgegenzutreten. Im Punkt „Beschleebenes“ sprachen die Kollegen Gerber und Natter über den Wert der politischen Organisation und tadelten die Lauheit der Kollegen; nur etwa acht gehören dem Bausverein an und nicht viel mehr abonnieren die Arbeiterzeitung, die „Märkische Volksstimme“. Man schämt sich hier fast öffentlich als Sozialdemokrat zu gelten. Beide Redner forderten auf, die Kollegenschaft sollte sich mehr der Arbeiterbewegung widmen. Ein Antrag des Kollegen Zeugner, die Versammlungen in der „Märkischen Volksstimme“ bekannt zu geben, wurde abgelehnt, weil sie jetzt fast niemand liest. Alsdann meldete sich der wegen Streikbruchs ausgeschlossene Maurer Gerlach zum Wiedereintritt in den Verband; er versprach, ein treues Mitglied werden zu wollen. Die Versammlung beschloß, ihn gegen Zahlung einer Buße von M. 10 aufzunehmen. Gerlach stimmte dem Beschluss zu. Eine unschöne Debatte spielte sich noch ab über die Anschaffung von Ulenfilzen; es handelte sich hier um ein Schreibzeug, das der Kassierer eigenmächtig gekauft hatte. Nachdem beschlossen wurde, 800 Broschüren „Reform oder Verbot der Allordarbeit“ aus Mitteln der Lokalfabrik anzuschaffen und an die Mitglieder gratis abzugeben, ernahm der Vorsitzende die Versammlung, tüchtig zu agitieren, der politischen Organisation beizutreten, die hoffstotternden Lokale zu meiden und ein würdiges Mitglied der Arbeiterbewegung zu werden. Mit einem dreifachen Hoch auf das Blühen und Gedeihen des Centralverbandes der Maurer wurde die Versammlung geschlossen.

**Werdau.** Der hiesige Zweigverein hielt am 1. August eine öffentliche Versammlung ab. Als Referent war der Gauleiter Kollege Jacob-Leipzig erschienen. Er führte den Kollegen klar vor Augen, wie die Rohlfähigkeit zwischen Arbeit und Kapital immer schärfer werden. Die Kollegen müssten deshalb dahin wirken, daß der Opfermut auch größer werde. Dann nur wäre es möglich, einen Kampf zum Siege der Kollegen durchzuführen. Im zweiten Punkt der Tagesordnung berichtete Kollege Biegel aus Zwickau über den Ausgang des dortigen Streits. Der Bericht wurde mit großem Beifall angenommen. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen nochmals ernahmt hatte, sich immer wieder zusammenzuschieben, die Versammlungen besser zu besuchen und Mann für Mann einzutreten für unsere Organisation, wurde die einstimmig gut behandelte Versammlung geschlossen.

**Witzburg.** Am 12. August hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Der Gauvorstand, Kollege Mettel, hielt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Die bayerischen Schärmacher im Baugewerbe an der Arbeit.“ Unter Hinweis auf die von den Unternehmen am 5. Juli in Würzburg abgehaltene Versammlung las Nedner zu dem Schluß, daß es ihnen nicht mehr leicht gelingen wird, das Material der Zeit von 20 bis 30 Jahre zurückzuschrauben, anderseits müssten wir aber ununterbrochen an der Stärkung und inneren Festigung unserer Organisation mit aller Energie weiterarbeiten. Reicher Beifall lohnte dem Redner für seinen anderthalbjährigen Vortrag. Da der frühere erste Vorsitzende, Kollege Wagner, von hier verzogen ist, wurde an dessen Stelle Kollege Schamberger als erster Vorsitzender und zu gleicher Zeit probostifiziert als beforderter Lokalbeamter gewählt. Ferner wurde als unser Verfehlslokal einstimmig das Rathaus „Zum Löwen“ bestimmt, das schon früher unser Verbandslokal war. Auch wurde das Verhalten einiger Kollegen auf einem Neubau an der äußeren Schweinfurterstraße nach dem Streit schärf gerügt und die Anwesenden erfuhr, mehr Solidarität und besseres Vertragen unter sich auf den Bauten an den Tag zu legen.

**Zwickau.** In einer am 14. August abgehaltenen, sehr gut besuchten Versammlung wurde darüber diskutiert, innerhalb die Unternehmer den Tarif einzuhalten. Es stellte sich heraus, daß die Unternehmer Schäfer und Schindler einzigen Maurern nur 39,- Stundenlohn ausbezahlt. Diese Sache soll vom Vertrauensmann untersucht und zutreffendfalls auf Einhaltung des Tarifs gebrungen werden. Auch wurde beschlossen, eine Lohnhöchstzahl aufzunehmen und herauszugeben. Weiter hieflos die Versammlung, die Beiträge von 35 auf 50,- pro Woche zu erhöhen, die Beitragsmarke soll als Einheitsmarke gelten, wodurch 4,- für die Hauptlohnverrechnung werden und 10,- für den Bausfonds am Orte verbleiben. Ein Antrag, daß der Vertrauensmann aus der Arbeit stecken soll, wurde einstimmig angenommen. Desgleichen fand der Antrag Annahme, daß solange die Einheitsmarke noch nicht fertig ist, ein Extrabetrag von 20,- pro Woche bezahlt wird. Nachdem vom Vorsitzenden noch aufgefordert worden war, das Beschlüsse auch streng durchzuführen, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Centralverband der Maurer geschlossen.

## Bentralkrankenkasse.

### (Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 12. bis 18. August sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Zwickau: M. 600, Dresden 400, Friedelsberg 400, Halle a. d. S. 300, Straßburg 200, Frankfurt a. d. O. 150, Borna 150, Berlin 150, Wittenau 100, Bürstadt 80, Summa M. 2760.

Beitrag erhielt: Leipzig M. 200, Mainz 150, Schorndorf 150, Coburg 100, Minden 1. W. 100, Sandbach 80, Summa M. 780.

Altona, den 18. August 1906.

Karl Reich, Hauptklassierer, Wilhelmstr. 57.

## Vom Bau.

### Unfälle, Arbeitsschutz, Submissionen etc.

(Die Bausvereinshände werden dringend erachtet, über alle in ihrem Bezirk bekannte verdeckte Unfälle, mit kurzer Anführung der Gesetzesumstände und der sterblichen Folgen, umgehend an den Grundstein zu berichten. Ebenfalls über die aus Unfällen resultierenden Gerichtsverhandlungen, sowie über den Erfolg von Arbeitsschutzbestimmungen und über Submissionsergebnisse.)

**Bromberg.** Am 14. August verunglückte der Kollege Wendlandt am Neubau des Maurermeisters Böhm in der Eisenbahnstraße dadurch, daß das Gerüst brach und der Kollege aus einer Höhe von drei Meter in die Tiefe stürzte. Glücklicherweise ist er mit einer leichten Verletzung im Gesicht davongetkommen. Ein Bauschlosser blieb am Gerüst hängen, so daß er sich retten konnte. Als Ursache des Unglücksfalls ist die mangelfaule Ausführung des Gerüstes seitens der Arbeitsaufsichtspolizei anzusehen. Auch ist zu bemerken, daß der Bau-delegierte für seine Tätigkeit von einem Kollegen noch sehr schroff behandelt worden ist.

**Gelsen.** Sonnabend, den 11. August, verunglückte der Maurer Hermann Treidel am Neubau der Baderfabrik Heddingen. Beim Steinreissen schmiß ein über ihm stehender Kollege einen Stein gegen das Gerüst, so daß ihm der Rückfallen den Kopf unglücklich auf den Kopf schlug, und die Schädelbede eingedrückt wurde. Nach dem Befinden des Verletzen zu schließen wird der Unfall nicht ohne nachteilige Folgen bleiben.

**Königsberg i. Pr.** Auf dem Neubau des Untergeschosses Haarbach, Königsberger Allee, brach am 9. Mts. Morgens 8 Uhr, ein Gerüst in der dritten Etage zusammen, stürzte zwei Balkenlagen durch und stürzte in die Tiefe. Der Baurbeiter Gustav Walter erlitt hierbei eine innere Verletzung und eine Beinquetschung, so daß er mittels Rollstuhlwagen nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte. Als Ursache des Unfalls ist zu betrachten, daß die Steine des Gerüstes auf einem „Wechsel-Ballen“ standen und das durch die Schwere des Gerüstes die Zapfen ausschissen. Auf Bauten dieses Unternehmers sind die Schubvorrichtungen und Abdichtungen öfter mangelhaft und auch in sanitärer Beziehung bleibt manches zu wünschen übrig.

**Seesen.** Am 14. August verunglückte der Kollege Ludwig Ulrich aus Dannhausen an dem Neubau des Kreismaurermeisters Biel dadurch, daß er von dem sehr hohen hohen Gerüst in die Tiefe fiel, wo er schwer verletzt liegen blieb. Der herbeigefeuerte Arzt Dr. Bode stellte eine Gehirnerschädigung, Ausleitung des linken Beines und eine schwere Kopfverletzung fest. Dieser Unfall zeigt wieder, wie notwendig es ist, daß die Seesener Kollegen ihre Gleichgültigkeit ablegen und an jedem Bau einen Baudelikat wählten, der sich die Beobachtung der Schutzbürokratien angelegen sein läßt. Die Kollegen werden erachtet, alle Unfälle sofort dem Bausvereinshand zu melden. Der Bauarbeiter ist hier noch viel zu wünschen übrig.

**Wisselhövede.** Am 15. August fiel der Schornsteinmauerer Peter in Wisselhövede beim Anbringen eines Bajonettträgers aus einer Höhe von 20 m herab auf das Dach eines Schuppens. Der Verunglückte hat beide Beine gebrochen; er wurde nach Bremen ins Krankenhaus gebracht.

\* **Bautenkontrolle in Halle a. d. S.** In der Zeit vom 28. Juni bis 2. Juli wurde hier von zwei Beauftragten des Baurbeiter-Schutzbürokrat-Komitees eine Bautenkontrolle vorgenommen.

Die Kontrolle erstreckte sich auf Halle und Vororte. Kontrolliert wurden 87 Hochbauten, 12 Umbauten, 8 Tiefbauten, 25 Kaparaturen und 9 Ausschüttungen. Die Hochbauten verteilten sich auf 7 im Kellergeschob, 6 im Parterregeschob, zwei auf erste Etage, 5 auf zweite Etage, 1 auf dritte Etage, 10 im Dachgeschob, 16 im Rohbau, 17 im Putz, 22 zum Verputzen.

Der Rüstungsbau wird so leichtlich nach den polizeilichen Bestimmungen innergehalten. Zur Verwendung von Rüstholz bei Aufstellen von Gerüsten hat die Kontrollkommission zugestimmt. Gute Holzvorfunde. Dagegen wird Klage geführt, daß beim Anbringen der Standäste unter denselben sehr selten Klammern oder Knäppen verwendet werden. Zum Festigen der Gerüste werden Hanf oder Drahtstränge benutzt, die im guten Zustande waren.

Die Abdichtungen (oder Stufen) der Balkenlagen wurden überall vorgefunden bis auf kleine Defizite, wo die Leitergänge gewesen sind. Bei den Unternehmern Hartmann, Eichbauerstraße, und Witsch, Reideburgerstraße, waren sie sehr mangelhaft.

Schürgestüte und sogenannte Fanggerüste waren überall vorhanden, aber nicht immer den Vorschriften entsprechend, da sie in vielen Fällen zu schmal waren und die Lufftschabretter fehlten.

Die probifizischen Handgelenker waren überall vorhanden; nur der Unternehmer Bander, Wegscheiderstraße, machte eine Ausnahme. Immer wieder muß Klage geführt werden, daß zum großen Teil Material und Rüstholz auf den Werkstätten lagert, was beim Auf- und Abheben den Gang sehr erschwert und die Möglichkeit, leicht zu stürzen, herbeiführt.

Auf allen 124 Arbeitsstätten waren Bauschäden vorhanden, die im allgemeinen den Bestimmungen entsprechen. Zum größten Teile waren sie verschließbar, vor Wind und Wetter geschützt und mit Fenstern versehen. Nur bei dem Unternehmer Bander, Wegscheiderstraße, war die Bauschäden ohne Fenster. Von den 124 Bauschäden sind 108 Bautenbuden, davon hatten 96 Bauschäden, 9 waren im Keller, 5 im Parterre und 2 in der ersten Etage eingerichtet. Türen und Bänke waren überall vorhanden; nur auf dem Neubau des Unternehmers Bander, Schneerstraße, fehlten sie. In bezug auf Reinlichkeit bleibt viel zu wünschen übrig.

Auf den 124 Arbeitsstätten wurden 120 Aborte vorgefunden. Es hatten 72 Bauten das Grubenloch, 79 Bauten das Domestikloch, 14 Bauten benötigten Aborte in fertiggestellten Grundrissen, 4 Bauten benötigten sie gemeinschaftlich mit dem Nachbar. Nicht desinfiziert wurden 50 Aborte vorgefunden und 4 sehr mangelhaft. Auf dem Neubau des Unternehmers Bander, Wegscheiderstraße, kommen die Nachbarn von oben in den Abort hinunter; bei Bäder, Schlachthof, ist der Abort überfüllt; bei Bäder, Pfleger-

strasse, erfolgte der Zugang über einen Haufen Glasscherben; bei Ebert, Voltmarstraße, ist er sehr mangelhaft hergestellt. Auf 5 Bauten sind die Aborten im Keller eingerichtet, recht mangelhaft hergestellt und für die Zahl der beschäftigten Personen zu klein.

Auf 16 Bautstellen fehlten die Unfallverhütungsvorschriften; auf 108 Bautstellen waren sie sichtbar ausgehängt. In 111 Fällen war die Anleitung zur ersten Hilfeleistung nicht ausgehängt. Verbundzeug war auf 110 Arbeitsstellen vorhanden, auf 8 Arbeitsstellen fehlte es. Es mißte mehr Sorgfalt darauf gelegt werden, daß das Verbundzeug in einem staubfreien Raum untergebracht würde und nicht, wie bisher, lose in Papier oder in leeren Zigarettenkisten etc.

Der Materialientertransport erfolgt im allgemeinen auf Leitern oder Laufbrücken. Die Leitern, welche zur Verbindung der einzelnen Gefüsse dienen, waren aus festem gefundem Holz und nach ihrer Aufstellung oben und unten befestigt. In zwei Fällen wurden elektrische Motoren verwendet, und zwar bei Vude, Schulneubau, und bei Reichardt, Mittelstraße.

Die Kontrolle erstreckte sich auch auf die Leitergerüste. Es kann festgestellt werden, daß sie den Bestimmungen entsprachen.

Für die Innearbeiter, wie Maler, Töpfer, Stuckateure, kommt die Kontrolle wenig in Betracht, da sie zum größten Teile erst im Herbst und in den Wintermonaten unter Mithilfe der Tagen haben. Auch die Steinfehner leiden unter den schlechten Verhältnissen; nur in seltenen Fällen sind für sie Unterkunftsräume eingerichtet, meist sind sie allein. Witterungsverhältnisse ausgefeilt. Auf 24 ihrer Arbeitsplätze waren nur zwei Baubuden und drei Aborten vorhanden. Auf 8 Arbeitsplätzen war Verbundzeug vorhanden. Vörgend waren die Unfallverhütungsvorschriften ausgehängt. Auch bei den Eisenarbeiter, wie bei Konsolidations-, Gas-, Wasser- und Brunnenbau, sind die Arbeiter schullos den Witterungsverhältnissen ausgefeilt. Es ist dringend zu wünschen, daß Bestimmungen erlassen werden in bezug auf Sicherheit und das Vorhandensein guter Baubuden sowie fabrikar Aborte für diese Berufe.

Wir erjuden deshalb alle baumittelbaren Arbeiter, immer mehr Sorge dafür zu tragen, daß die gegebenen Bestimmungen von den Arbeitgebern auch innegehalten werden, nicht nur in Privatbetrieben, sondern auch im städtischen Betrieb, damit endlich einmal eine Verbesserung in bezug auf Arbeitsschutz eintritt.

\* **Bautenkontrolle in Wiesbaden.** Vom 19. Juni bis 29. Juni d. J. wurde durch die Bauarbeiterkommission eine Bautenkontrolle in gründlicher Weise vorgenommen. Der Kontrolle unterworfen wurden im ganzen 73 Neubauten, 2 Liegebauten, 16 Zimmerhäuser, 16 Steinhauserhäuser und 8 Dachdeckerhäuser. Insgesamt waren bei diesen Betrieben 2394 Personen beschäftigt. Davon 2115 Personen an den Neubauten und 279 Personen auf den Werkplätzen. In Händen von Unternehmern, die dem Arbeitgeberverbund angehören, waren 64 Bauten und 28 Werkplätze. Bei diesen arbeiteten 1878 Personen an Bauten und 240 Personen auf Werkplätzen. Die Unfallverhütungsvorschriften waren an allen Bauten und auf sämtlichen Werkplätzen ausgehängt; die Anleitung zur ersten Hilfeleistung bei Unfällen fehlte auf 6 Werkplätzen, während auf 10 Arbeitsplätzen Verbundlaufen wie auch Verbundzeug fehlte. Gerüste wurden an 2 Bauten teilweise von Zimmermännern hergestellt, an 71 Bauten wurden die Gerüste von Maurern und Baupflasterern errichtet. Die Bauarbeiter der 2 Liegebauten wurden von eignen darauf eingestellten Leuten verhüllt. Gutes, das heißt, eine Gefahr möglichst ausschließendes Gerüstmaterial war an 69 Bauten verwendet; in gutem, möglichst sicherem Zustande waren die Gerüste an 46 Bauten. Geländer oder Handländer fehlten an 11 Bauten und Sodelsbretter an 10 Bauten. Die Balkenlager waren nur mangelhaft abgedeckt an 83 Bauten. Bis zur Fertigstellung der Dacharbeiten blieben an 47 Bauten die Maurergerüste stehen. Schwabäcker für unten beschäftigte Arbeiter fehlten an 49 Bauten. An 68 Laufbrücken fehlten die Sodelsbretter, während an 3 Bauten die Geländer an Treppen fehlten. Die Aufzugsgerüste wurden an 67 Bauten durch die Maurer einer foggärtigen Prüfung unterworfen. Das Preßprennen der Maurer, um die Staubbentwicklung zu beschränken, geschah an 21 Bauten und auf 5 Steinhauserhäusern. Gerüste und sonstige Schutzwiderrichtungen wurden seitens der Revisoren der Baubausgenossenschaft in wahrnehmbarer Weise an 48 Bauten kontrolliert. Trinkwasser war an 8 Bauten, 7 Steinhauserhäusern und 4 Zimmerhäusern nicht vorhanden. An 2 Bauten fehlten die vorgefertigten Baubuden, an 26 Bauten waren Zimmer im Bau als Baubuden hergestellt. Besondere Unterkunftsräume fehlten auf einem Zimmerhaus und 4 Steinhauserhäusern; ohne dichten Seitenwand waren 11 Baubuden, an 5 Baubuden war das Dach nicht wasserdrückt, an 18 Baubuden waren keine Fenster und an 4 Baubuden konnten die Fenster nicht geöffnet werden, während an 3 Baubuden keine verschließbare Tür vorhanden war. Mit Holzfußböden belegt waren 20 Baubuden, 21 waren ohne Holz oder Steinfußböden. In 20 Baubuden waren Mästen für Werkzeug untergebracht, in 18 wurden Baumaterialien gelagert und in 41 waren nur Bänke vorhanden. Defen werden in den Baubuden an Sommerbauten nicht aufgestellt. Von den Baubuden boten 21 nicht genügenden Raum für die am Bau beschäftigten Personen. Eine Baubude war im Keller eingerichtet und 41 Baubuden wurden regelmäßig gereinigt. An 8 Bauten fehlte auf einem Steinhauserhaus und auf einem Dachdeckerhaus. An 5 Aborten konnte von den Baustellen aus hineingesehen werden, an 11 Aborten fehlte das Dach und an 18 fehlten die Sitzbretter. 29 Aborten hatten dichten Fußboden und 20 waren mit Türen versehen; 11 hatten dichten Gruben. Bei 31 waren Tonnen, während 23 Kanalanschlüsse hatten. Bei 30 Aborten wurde für geregelte Abfuhr gesorgt, 20 wurden regelmäßig gereinigt, während nur 10 Aborten defenisiert wurden. 8 Aborten waren in nächster Nähe der Baubuden aufgestellt und an 14 Bauten war die Zahl der Aborten zu gering gegenüber der Zahl der Beschäftigten. Pflanzenanlagen waren nur an 2 Bauten, ebenso fehlten sie ganzlich an 23 Zimmer- und Steinhauserhäusern. Von den Aborten waren 7 in Kellern und 17 in den Parterreräumen untergebracht.

Bezüglich der Beschaffenheit der Aborten und Baubuden ist von dem kontrollierenden Mitgliede unserer Bauarbeiterkommission die Beobachtung gemacht worden, daß es gerade die Staats- und städtischen Bauten sind, die die größten Mängel aufzuweisen haben. Anstatt daß von den Baubörden mit peinlichster Sorgfalt darauf Bedacht genommen würde, daß die Arbeiterschulvorräume bei Staats- und städtischen Bauten als Muster für die Privatunternehmer gelten können, ist an den meisten dieser Bauten das Gegenteil der Fall; und die Privatunternehmer berufen sich auf Vorhaltungen, auf die Tatachen. Wie sich diese Nachlässigung rächt, dafür ist der Wahnsinn der Hasssicht Beweis, wo an Abdeckungen und Schutzausrüsten sehr viel auszugeben ist. Und wahrlich, wer auf der Baubörde lebt, muß auf die Arbeiterschulvorräume und Gesundheit der Bauarbeiter hinzuwirken, wenn es bei den Bergarbeiter in ständigen Streiks bleibt. Wenn die Deute zur Arbeit gehen, dann stehen sie mit einem Fuß im Grabe. Das zeigt die verflossene Woche ab Genüge. Am Bahnhofsumbau stürzte ein Italiener ab, in der Schnellbahnstation am Neubau Sangerheim ein Bimmerer und in der Büdingerstraße ein Einiger. So fordert der Bauarbeitsrat umgehende Maßnahmen im der nächsten Sitzung der Einigungskomitee berichten.

Dem Antrag des Arbeitgeberbundes auf Regelung der Lohnunterschiede im Bezirk der Stadt und des Amtes Werne und für die Bezirke Oberaden, Heil und Minthe wird informatorisch, als das Einigungskomitee mit dem Antrag der genannten Ortschaften an das wirtschaftlich gleich zu stehende Lohngebiet Elmen-Court einverstanden ist, falls die sozialen Organisationen auf Anfrage Bedenken nicht erheben.

Die Begeisterung des Vorstandes der Schlichtungskommission in Dortmund zur Einberufung einer Sitzung über Beschwerden, betreffend Aborten auf Bauten etc., wird formell als zutreffend anerkannt. Das Einigungskomitee hält es aber im Interesse des guten Einvernehmen für angezeigt, auch die hier vorgebrachten Beschwerden der Schlichtungskommission vorzulegen. Die Streitfrage über das Einholen von Frühstück und Befreiung außerhalb oder innerhalb der Bauten wird dagegen als eine Streitfrage aus dem Bereich Arbeitsverträge (§ 2 Arbeitszeit) angesehen. Material behufs das Einigungskomitee: Wo bisher das Einholen des Frühstücks oder des Befreiens von einem Arbeiter vor Beginn der Bause für die übrigen Arbeiter der betreffenden Bautelle geschah, soll es auch für die Zukunft beibehalten werden, wo dies nicht der Fall war, soll es auch künftig dabei bleiben. Die einzelnen Schlichtungskommissionen sollen die Angelegenheit, wenn sie an einem Platze streitig wird, bemeistert regeln.

\* **Die Wahlen der Arbeitervertreter zum Reichsversicherungskomitee für die fünfjährige Wahlperiode, die am 1. Januar 1907 beginnt, sind vom Reichsversicherungskomitee gegenwärtig ausgeschrieben, und ist der Endtermin für die Wahl auf den 15. September d. J. festgesetzt.**

Als Vertreter der Arbeiter sind für die Industrie, im Bergbau, im Eisenbahnbetrieb und das Baugewerbe zwei nichtständige Mitglieder und für jedes nichtständige Mitglied 30 Stellvertreter zu wählen. Für die Land- und Forstwirtschaft sind gleichfalls zwei nichtständige Mitglieder und für jedes nichtständige Mitglied 24 Stellvertreter zu wählen. Für die See-Berufsgenossenschaft sind zwei nichtständige Mitglieder und für jedes nichtständige Mitglied zwei Stellvertreter zu wählen.

Die Wahlen erfolgen einheitlich für ganz Deutschland von den Bevölkerern der Sozialgerichte für Arbeitervertretung für die benannten drei Berufsgruppen gesondert.

Die Vorbereitungen zur einheitlichen Vornahme der Wahlen sind von dem Zentral-Arbeitersekretariat in Berlin, der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und der Zentrale für das deutsche Krankenfassen, gemeinsam getroffen.

Es ist den Gewerkschaftsräten und Arbeiterselbstverwaltungen auf Sitz der eingetragenen Landesversicherungsanstalten der Auftrag zu teilen geworden, die nötigen Vorbereitungen zu treffen für die Aufführung geeigneter Kandidaten. Die von diesen Korporationen vorgeschlagenen Kandidaten sind auf einer gemeinsamen Liste den Sozialgerichtsräten zur Wahl empfohlen. Wie richten deshalb auch an dieser Stelle an die Sozialgerichtsräte, die dringende Erinnerung, für jene Liste zu stimmen. Die Sozialgerichtsräte haben selbst genügend Gelegenheit, Einfluß zu nehmen, wie wertvoll in der Rechtsprechung die Vertretung der Arbeiter ist. Wir brauchen Männer, die objektiv ihres Amtes warten und in der Lage sind, einheitliche, unzweideutige Darstellungen, die zu Ungunsten der Arbeiter gegeben werden, zurückzuweisen. Mehr als je ist heute in gewissen Kreisen, die von jener sozialpolitischen Reformen gewesen sind, die Neigung vorherrschend, von einer Rechtsprechung der Arbeiter zu sprechen. Das nicht auch die Rechtsprechung immer mehr sich in den Ramm dieser einseitigen Ankladung stellt, wird mit die Aufgabe einer tüchtigen Arbeitervertretung sein.

### Polizei und Gerichte.

\* **Rott's "Ehre" gerettet!** Der in Karlsruhe domicilierte, "driftige Gewerkschaftsführer" Rott hat die moralischen Maulschellen, die wir ihm bei der Würdigung der "gelben Gefahr" notwendigerweise applizieren müssen, nicht vertragen können. Er ist zum Stadtkaufmann und hat gegen den verantwortlichen Redakteur unseres Blattes, Kollegen Binnig, Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. Die Sache wurde am 10. August vor dem Schöffengericht Karlsruhe verhandelt. Die Beleidigung erhielt Rott nicht in der Feststellung der Tatsache, daß er während des Düsseldorfer Streiks "Arbeitswillige" in großer Zahl nach dem Streikort geschleppt hatte, sondern nur in der Bezeichnung "Gaußmann der Streikbrecher". Es ist eine physiologische Merkwürdigkeit, daß derfelbe Mensch, der alle unsere Feststellungen rubig bestätigte, ohne zu erkennen, plötzlich so empfindsam gegen die Konsequenzen seiner Handlungen wurde. Durch die Zeugenauflagen wurde festgestellt, daß Rott bei dem Streik in Düsseldorf nicht nur verantloft hat, daß die von ihm angeführten Mitglieder als "Arbeitswillige" in Karlsruhe verhaftet wurden, sondern daß er auch in den Dörfern und Ortschaften der Nachbarschaft umherreiste, um weitere Arbeitsträger für die Unternehmung herbeizuführen. Diese Behauptungen der bereiteten Zeugen wurden von Rott widergesprochen hingenommen, sie sind also im ganzen Umfang wahr. Ein anderer Teil des Strafantrages des Rott stützte sich auf einen Bericht über den Streik der Fleischnieder in Karlsruhe. Dort hatte er ohne Wissen und Sicherheit gegen den Willen der Streikleitung mit den Unternehmern zu verhandeln gesucht. Auch dies war in unserem Bericht mit dem richtigen Namen bezeichnet. Obgleich auch

hier alle Behauptungen bewiesen wurden, fühlte sich Rott unschuldsvolle Scels aufs tiefste getäuscht. Seine Klage hatte den Bombenfeger, doch Kollege Winnig zu  $\text{M}_50$  Geldstrafe verurteilt wurde. Das schriftliche Urteil liegt uns noch nicht vor, so daß wir von den Gründen nur sehr wenig sagen können. In der Verhandlung suchte der Vorsitzende einen Vergleich herbeizuführen. Rott verlangte nicht mehr, als daß der Angeklagte erläutern sollte, die Behauptungen in seinen Urteilen seien „ungerechtfertigt“. Daß sich der Angeklagte jedoch weder dazu hergeben wollte, wissenschaftlich und öffentlich Wahrhaftigkeiten zu erläutern, noch wußten war, das Erfgeburtsrecht der Wahrheit gegen das Einfangen eines Vergleiches zu verlaufen, so nahm er eine Verurteilung auf sich.

ein Verurteilung auf sich.  
Im allgemeinen besteht das Urteil auf dem Gedanken, daß das Wort Streitbrecher zweifellos eine Beleidigung sei. Nun könnte sie zwar bei Wahrung berechtigter Interessen straflos bleiben, aber hier ist die schimpfliche Bezeichnung Streitbrecheragent um so infosfern nicht angebracht, als die flagrante Partei behauptete, der Streit in Düsseldorf habe für die Christlichen nicht erürtigt, da sie ihm nicht mit beschlossen hätten. Darum kommt das Gericht eine Verpflichtung der vom Kläger vertretenen Gewerkschaft, nicht gegen den Streit zu arbeiten, nicht als gegeben anzusehen, und habe diese Pflichtung ergeboten, jo seien auch die Vorwürfe nicht gerechtfertigt.

gefeht, so seien auch die Vorwürfe nicht gerechtfertigt. Die Verhandlung brachte übrigens einem Zwischenfall, der das Urteil verständlich erscheinen lässt. Gleich zum Anfang der Beiseisaufnahme erzählte der Vorsitzende, daß wegen desselben Falles, bereits ein Urteil des Crefelder Schöffengerichts vorliege, das den „Bleidiger“ zu 25 Gulden Strafe verurteilt habe. (Damals handelte es sich, so weit wir uns im Augenblick erinnern, um eine Klage gegen einen Gauvorstehern Mut.) Der Vorsitzende wollte dem Angeklagten damit sagen, daß nach Ablehnung des Vergleiches eine Verurteilung sicher sei. Dabei plätserte er über die Entscheidungsgründe des Crefelder Urteils und verschwieg auch nicht, daß er sich auf denselben Standpunkt stelle. Darauf lehnte der Anwalt Witting, Dr. Glenthoven, den Vorsitzenden wegen Gefangenheit ab. Das Gericht hielt jedoch den Antrag für „nichtig“. Nach diesem Vorgang war die „Ehrenrettung“ des Rott so gut wie perfekt. Das Urteil soll auch im „Grundstein“ und in der „Baugewerkschaft“ auf Kosten des Beklagten, veröffentlicht werden. Den Kommentar dazu werden wir umsonst liefern.

\* **Etwas vom Polizeigefest in der Provinz Sachsen.**  
Der Zweigverein P. a. n. a. hielt am 18. Mai d. J. seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, in der der Be- schluss gefaßt wurde, am dritten Pfingstfeiertag ein Vergnügen in gefloßener Gesellschaft abzuhalten. Der Verein befäßt also die höchst überflüssige Höflichkeit, das Vergnügen beim Amtsvorsteher Schellien angemessen. Dieser stellte eine Bescheinigung aus, daß das Vergnügen nicht gesattet würde, weil die Maurerorganisation ein politischer Verein sei. Der Vorstehende erklärte dem Be- amten, daß das Vergnügen trotzdem abgehalten würde, und so geschah es. Nachdem aber die Freude bis 9 Uhr gedauert hatte, erschien plötzlich der Gendarm Thiemer aus Witten- dorf und forderte zum Schließen des Vergnügens auf. Als dieser Aufforderung nicht entsprochen wurde, drängte sich der Gendarm unter die Tänzerinnen, obwohl ihm vom Vor- stehenden Kollegen Sänger, weil ohne Eintrittskarte, der Betritt verweigert worden war. Der Aufforderung des Gendarms an die Musiker, mit Spielen aufzuhören, wurde nicht entsprochen. Der Hinweis, daß der Eintrittling für den Haussiedensbruders schuldig mache, blieb seinerseits un- beachtet; er erklärte vielmehr, er würde nicht früher den Saal verlassen, bis der letzte Mann hinaus wäre. Der Verein habe keine Erlaubnis, und dann sei auch der Saal baufällig (an der Dede war an zwei Stellen der Putz ab- geblättert und mit Papier beklebt). So war es auch schon bei dem früheren Inhaber dieses Lokals, in dem sich jährlich 180 bis 200 Mann zur Kontrolle versammelten. Auch wurden früher Vergnügungen darin abgehalten, ohne daß die Polizei etwas einzubringen hätte. Der Saal war von der Behörde auch noch nicht verboten. Seit aber die Maurer hier verlebt, soll der Saal auf einmal baufällig sein. So wurde nun auch der Saal verlassen und die Gäste tanzten dann in der Vereinstube. Gegen 10 Uhr erschien der Gendarm nochmals, um nachzusehen, ob jemand im Saal war. Der Saal war bisher noch nicht baufällig, und so ist er auch bei der jetzigen genauen Untersuchung für gut befunden worden.

Aus Anlaß des Vergnügens erhielten nun vier Kollegen, die zur Verwaltung gehören, sowie der Wirt je ein Strafmandat von M. 15. Der Amtswohrtreiber hat aber mit den Maurern sein Glück. Durch richterliche Entscheidung wurden die fünf Männer am 12. Juli vom Schöffengericht in Beil freigesprochen. Dem eifrigsten Amtswohrtreiber wurde erklärt, daß seine Berufung auf eine Verfügung des Landrats unwirksam sei. Weder der Landrat noch der Amtswohrtreiber habe ein Recht zu einer solchen Verfügung. Der Ausgang dieser Klage ist für den Amtswohrtreiber geradezu „ruhmvoll“ wie seine Attade gegen die Organisation im vergangenen Jahre, wo seine Strafmandate wegen einer nicht angemeldeten Versammlung vom Schöffengericht ebenfalls nicht bestätigt wurden. Damals wurden die Versammlungen in der „Sonne“ abgehalten; das Votaf wurde aber den Kollegien wieder entzogen. Nun mußten die Kollegien eine Stunde weit gehen und die Versammlung in Görzig abhalten. Sei dem 20. März d. J. steht den Kollegien das Weise Kloß<sup>1</sup> zur Verfügung, das seinerzeit nur vom Amtswohrtreiber und seinen Genossen besucht wurde. Die Behörde hat selbst anerkennen müssen, daß dieses Votaf gut ist. Die Kollegien von Krayna und Umgegend mögen nun auch zeigen, daß sie ein anerkannt gutes Votaf auch

\*Streikbrecher\*, eine Beleidigung? Ueber diese Frage entspann sich vor dem Strafgericht in Cöln zwischen Präsident, Schöffen, Verteidiger und Staatsanwalt eine Auseinandersetzung. Ein Mitglied des Deutschen Holzarbeiterverbandes soll zur Zeit des Cölnener Baustoffcholerausbruches einen Werkmeister und einen Gefellen durch das Wort \*Streikbrecher\* beleidigt, ferner zu einem Unternehmer gejagt haben: „Sie beschäftigen ja nur Streikbrecher!“ Der Präsident fragte ihn: „Haben Sie sich denn dadurch beleidigt gefühlt?“ Der Unternehmer erwiderte: „No, ja.“

jabe es als eine Schenkränzung empfunden; der katholische Erbland streite nicht, nur der sozialdemokratische; die beiden waren keine Streitbrecher." — Prääsident: "Wer zu den von dem Streit berühmten Arbeiten gehört und nicht mißtraut, der ist doch ein Streitbrecher." Ein Schöffe: "Selbstverständlich, die nicht mittreten, sind alle Streitbrecher." Der Staatsanwalt war anderer Ansicht. Der Verteidiger und ein Schöffe widersprachen ihm, worauf er einsteine, man könne über die Sache streiten. Das Gericht erklärte in dem Urteil: "Ob das Wort 'Streitbrecher' auch befießigend sei, bleibe dabingesetzt; der Angeklagte habe es aber mit der Absicht gebraucht, jemanden kränzen zu wollen. Das Urteil lautete mit 10 Geldstrafe.

\* Schadensersatzanspruch wegen Bohstoff endgültig abgewiesen. In Frühjahr 1904 hatte das Kieler Gewerbe- und Industriestatthaltert zur Unterstützung des Bäderstreits einen Auftrag in der "Schlesw.-Holst. Volkszeitung" erlassen, worin diejenigen Bädermeister genannt wurden, die die Forderungen der Gesellen bewilligt hatten. Das Publizitum wurde aufgefordert, kein Brot von Streitbrechern zu eilen, sondern in den geregelten Bädermeistern zu kaufen. Hierauf habent viele Bädermeister gegen den Streitleiter und den Verleger ein Blattes Blasphemie erhoben mit der Begründung, daß sie durch den etwa vier Monate währenden Bohstoff mehrere aufwendet. Viele Schaden gehabt hätten. Diese Schäden erlangten die Kläger, gestiftet auf die §§ 823, 824, 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches und § 153 des Gewerbeordnung, den Beßlagten erreich. Diese Paragraphen lauten:

Die gleiche Verpflichtung trifft denjenigen, welcher gegen ein den Schutz eines, anderen beweisendes Gesetz verstößt. Ist nach dem Inhalt des Gesetzes ein Verbot gegen dieses auch ohne Verjährungen möglich, so tritt die Erfüllbarkeit nur im Falle des Beschuldigens ein.

Durch eine Mitteilung, deren Unwahrheit dem Mitteilenden unbekannt ist, wird dieser nicht zum Schadensersatz verpflichtet, wenn er oder der Empfänger der Mitteilung an ihr ein berechtigtes Interesse hat.

Das Landgericht Kiel erachtete den Sachverhalt der angeführten Paragraphen und des § 183 der Gewerbeordnung als vorliegend und gelangte zu einer Verurteilung der Verlagten dem Grunde nach. Auf ihre Berufung wurde das angerichtliche Urteil vom Oberlandesgericht Kiel aufgehoben und die Kläger mit ihrer Klage vollständig abgesiegt. In den Entscheidungsgründen hält das Oberlandesgericht aus: Der § 823 schützt nur einen unmittelbaren Eingriff in ein bestimmtes Recht. Durch den Boykott wurde aber zunächst nur auf die Kunden eingewirkt. Auch liege kein widerrechtlicher Eingriff vor, denn ebenso wie die vernichtende Konkurrenz seien Streit und Boykott schon lange als berechtigte Kampfmittel genehmigt, wie dies auch im § 152 der Gewerbeordnung ausgedrückt sei, und wie auch die Ausübung der Arbeitgeber ein erlaubtes Kampfmittel darstelle. Damit falle aber auch der aus § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches ableitbare Anspruch, denn ein erlaubtes Recht könne nicht als gegen die guten Sitten verstoßend angesehen werden. In vorliegendem Falle sei das Ziel des Boykotts nicht Schädigung der Kläger, sondern die Erlangung besserer und günstigerer Arbeitsbedingungen gesessen und deshalb auch rechlich und sittlich erlaubt. Auch § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches sei nicht erledigt worden, da die Behauptung, der wesentliche Punkt sie Vorkehrerklärung — die Behauptung, daß die Bedreher sie Vorkehrungen benutzt hätten — wahr sei, und auch

die Verfolgungen bestanden hätten — wahr sei, und dass eine unumstößliche Tatsache im Nebenpunkt eben versteckt sei, zu Gunsten der Verfolgten der zweite Satz des § 824 des Bürgerlichen Gesetzbuches zur Anwendung geangangen müsse. Der endlich aus § 153 der Gewerbeordnung vom ersten Richter gegen die Verfolgten abgeleitete Anspruch beruhe auf einer Verletzung des Rechts, dass § 152 der Gewerbeordnung den gewerblichen Arbeitern gebe. Infolgedessen mussten die Ansprüche der Kläger abgewiesen werden.

Die gegen dieses Urteil eingelegte Revision ist nunmehr förmlich vom 4. Bürstenrat des Reichsgerichts zurückgewiesen worden.

Damit hat das Reichsgericht durch seine zivilrechtlichen Senate wiederholt dem Gesetz entsprechend anerkannt, daß Kreis und Vorort berechtigte Waffen der Arbeiter, und daß die wegen Gebrauchs dieser Waffe auf Schadensersatz beanspruchenden Anprüche einzelner Unternehmer und Unternehmerverbände ungültig sind. Das Urteil ist nun so bestätigt worden, als sich Fälle bauen, in denen selbst Gebeckergericht das Koalitionsrecht und seinen Gebrauch anstreben.

## **Verschiedenes.**

\* Zur Hygiene des Badeens. (Aus der "Kommunalen Brägs"). Die Tatsache, daß die Badegemeinschaft überall da mit größter ist, wo die Mode der enganliegenden Kleider, die ja in Prinzip besserer Schutz gegen die Verfälschung des Körpers gewähren, nicht herrscht, wo die Kleidung leichter und lustiger und oft nur dazu da ist, die Scham zu bedecken, hat besonders in neuerer Zeit eine starke Strömung hervorgerufen, das Badebedürfnis der Bevölkerung zu weden und die Badegemeinschaft wieder recht allgemein zu machen. Die schlechten sozialen Verhältnisse sind hierfür verantwortlich.

breiten Massen kaum das Nötigste zum Unterhalt gewähren, bringen es mit sich, daß alles andere, was nicht gerade der Befriedigung des Hungers und zur Beliebung des Körpers dient, fast schon als Luxus betrachtet wird. Aus allen zahlreichen Wohnungserhebungen lernen wir diese Tatsache zur Genüge und könnten man die körperliche Unreinlichkeit, die mangelhafte Pflege der Sauberkeit im Kleidung und am Körper in statitische Zahlen fassen, man würde Wunder erleben. Die Ausübung des Schwimmens sind die Wirksamkeit der Wärmeabgabe seitens des Körpers sind noch die am entferntesten liegenden Ziele. Viel wichtiger ist dem Hygieniker und Sozialpolitiker eine ausgiebige Reinigung und die Abwärtung des Körpers gegen atmosphärische Einflüsse zu erreichen.

Doch die Erziehung der großen Masse der Menschen zur vorübergehenden Sauberkeit von ganz hervorragender Wichtigkeit ist, wird jeder zugeben, der die Bedeutung der Bemühungen für die Reinhaltung des Erdbohres, der Luft und der Wasserläufe, für die Beschaffung reinen Trinkwassers und gesunder Nahrungsmittel anerkennt. Denn alle diese Mittel können ihren Zweck nur unvollkommen erreichen, solange dasjenige Wesen, zu dessen Schutz alles dieses geschieht, an seinem eigenen Körper den besten Nährboden für die hässlichen Einflüsse von außen abgibt. Ist es doch oft durch die beste Ventilation unmöglich, die Luft in Räumen rein zu halten, weil die übelriechenden Ausdünstungen infolge von Verschmutzung des Schäf auf den Händen und in den Kleidern anammelnden Schmarotzen die Luft ständig verderben. So findet man oft in einem Saale eine geringe Kohlenstoffdioxidenmenge und doch einen höchst übeln und unangenehmen Geruch. — Wie in der Therapie der Hautkrankheiten die geradezu bis ins Nitrosofissmische gehende peinlichste Sauberkeit die größte Rolle spielt; so auch am gefundenen Körper, der jeden Tag und jeden Augenblick leichten Verletzungen ausgesetzt ist, deren jede Kleinstverletzung nicht gleich zu einer Gefahr werden muß, es aber werden kann und oft genau geworden ist. Gudem ist nicht zu unterschweigen, daß die Rücksorge für die körperliche Reinlichkeit augleich eine Rückwirkung haben muß auf die Reinlichkeit in der Wohnung und der Kleidung, auf eine erhöhte Selbstsäuberung der betreffenden Personen und schließlich auch auf die Reinigung der Umgebung in bezug auf Steinlichkeit, die ja leider, wie das Fortwerten von Steinen, Papier, das Auspeisen überall dort, wo nicht gerade die eigene Wohnung verunreinigt wird, bemerkt, noch außerordentlich viel zu wünschen übrig läßt.

Diesen Überlegungen wenigstens teilweise folgend, haben fast alle großen Gemeinden sich der Ausgabe unterzogen, ihren Einwohnern durch Anlage von Anstalten Badegelegenheit zu verschaffen. Leider scheint mir dabei zu wenig Gewicht gelegt worden zu sein auf einem Punkt, nämlich auf die peinlichste Sauberkeit in den Badeanstalten selbst. Dämmt soll weniger gesagt sein, doch gerade die Reinhalterung überall zu viel zu wünschen übrig lässt, als daß die Anlage durch die Art der verwendeten Baustoffe gar nicht sauber genug gehalten werden kann. Namentlich in den Anstalten mit Wannenbädern entwächst eine besondere Schwierigkeit aus der Feuchtigkeit der Luft, die aus den kleinen Badezellen sehr schwer zu entfernen ist, weil sich so kleine Räume außerordentlich schnell versilfieren lassen. Die beständig mit Wasserdampf geschwängerte Altimphäre schlägt den Wasser dampf an den kalten Wänden nieder und diese bleiben ständig mit einer Tropfschwade überzogen. Die Badezellen haben meist einen dumpfen, modrigem Geruch, den den Luftenthal in ihnen zu einem ungemütlichen macht und durchaus nicht geeignet ist, die Badefreudigkeit zu wecken und zu erhöhen. In befordernde Höhe ist das der Fall, wenn die Wände nicht aus festem, glattem Material hergestellt sind, sondern nur dem Anstrich eine gewisse Glätte verdenken. Der Anstrich blättert ab und die ganze Wand durchzieht mit Feuchtigkeit, die nicht mehr aus ihr zu entfernen ist. Sparen ist deshalb beim Bau von Badeanstalten nur über angebracht. Wie man gewohnt ist, Aborte in großen Bahnhöfen usw. gänzlich aus Marmor zu bauen, eben der grössten und leichtesten Sauberkeit wegen, so mügte man sich an dies Prinzip auch für Badeanstalten gewöhnen. In Granit oder Marmort ist die Feuchtigkeit nicht einziehen, und die Ventilation ist besser zu bewirken, und der dumpfe Geruch kann den Wänden nicht anhaften.

Ein großer Saal ist nun bekanntlich viel leichter zu ventilieren, als viele kleine Zellen. Man sollte deshalb mehr und mehr zu den Regenbädern übergehen, die ihrem Zweck Reinigung des Körpers und Abhärtung der Haut gewidmet sind, durchaus und vollkommen zu erfüllen im stande sind, dazu aber noch die wichtigste Eigenschaft der Volligkeit ihrer Anlage und des Betriebes haben. Die Bodenden können zudem miteinander vertheilen und die Beleuchtung durch Überlicht leicht sich günstiger bewerkstelligen, Eigenschaften, die nicht zu unterschätzen sind.

Ein weiterer Punkt, der besonders bei Wannen- und Schwimmhäuden zu wenig Beachtung findet, ist die Schwierigkeit der Reinigung der Wanne, der Waschins und des Waschtaufers. Nach dem Abflusse des Babewassers anbleibt, besonders wenn Seife benutzt worden war, Schmutz an den Wänden der Wanne zurück, der nur mechanisch durch Klei-  
der entfernt werden kann, eine Prozedur, die in viel be-  
nutzten Bädern — und das sind die Wannenbäder fast  
stets — bei der Intensität des Betriebes nur recht unvol-  
kommen gelingen kann. In Schwimmhäuden ist schon meistend die Benutzung von Seife im Waschraum verboten. Aber  
alle diese Mängel haften den Regenbädern nicht an, weil  
das Wasser die Seife und den Schmutz auf der Stelle fort-  
bringt.

Noch weniger scheint mit aber die Möglichkeit der Infektion in öffentlichen Bädern beachtet zu werden. In Wannenbäderzellen habe ich oft Wattestäbchen in den Speisewannen und auf dem Boden hinter der Wanne gefunden, die darauf schließen ließen, daß die Bälle von kranken, eben geflüchteten Personen benutzt worden ist. In Wannenbädern ist eine Kontrolle dafür unmöglich, in Schwimmwänden wird sie durch den Badehofengang beweitigt. Wie will man nur Gesunde gegen Ansteckung schützen? Auch das erreicht man verhältnismäßig am besten wieder durch Regeln: dort kommt dasselbe Wasser immer nur mit einem Badenden in Berührung, auch der Mutterkinder-Bereich darf nicht überfüllt sein.

Man sieht, es sprechen gewichtige Gründe für die Errichtung von Regenbädern, deshalb sollte ihnen hier das Wort geredet und namentlich finanziell leichtfertigeren Gemeinden ihre Einrichtung empfohlen werden.

F. W. Böltmann.

### Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer), Heft 47 des 24. Jahrgangs. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Kleinkram. — Zur Waffenkreisheft. Von Henrette Roland-Holt. — Das Kommunistische Manifest eines Blattes. Von R. Kautsky. — Die prinzipielle Stellung des „Sozialen Arbeitersbundes“. Von A. L. — Der Punkt 6 des Parteiprogramms. Von Karl Zelle (Halle). Zur Arbeiterbildungsträger. Von J. Brandler. — Literarische Rundschau: G. Vanderpelse, Essais Socialistes. Von H. Roland-Holt. A. Morfer, La Journée de la huit heures et le salariat industriel. Von ad. br.

„Kommunale Praxis“. Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeinbedarf. Herausgeber Dr. Albert Süderkum, Verlag von Paul Singer, Berlin. In der Nr. 33 der „Kommunale Praxis“ wird das Verhalten des preußischen Ministers Breitenbach in Sachen des Lokalberichts einer kritischen und gerechtfertigten Kritik unterzogen. Von Standpunkte der kommunalen Politik aus muß solch eine Auffassung, wie sie der Herr Minister kundgegeben hat, besonderen Anstoß erregen. — Über Milchwirtschaft und Milchkontrolle handelt eine sehr eingehende Arbeit über die Verhältnisse in München, die auch für die Gemeindevertreter an anderen Orten dankenswerte Anregungen enthält. Aus dem reichen Material dieser Nummer heben wir u. a. die Darstellung der Verzinsungssteuer in Paulsbrück hervor. — Die „Kommunale Praxis“ erscheint wöchentlich und kostet vierjährlich nur M. 2,50. Probenummern kann man jederzeit kostenlos vom Verlage der „Kommunale Praxis“, Berlin W. 16, bezahlen.

Zukunftsstaats-Debatten im französischen Parlament. Reden von Jaures, Baillant und Clementeau in der Deputiertenkammer, Juni 1906. Übersetzt von Max Quarc. Preis 10 F. Der Redner sagt in seiner Einleitung, daß sich die Schrift zur Massenverbreitung wie eine Erläuterung zum sozialistischen und gewerkschaftlichen Programm eignet. Möge sie von unseren Genossen recht ausgenutzt und entsprechend verwertet werden.

Die „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeitnehmer (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), Nr. 17 des 16. Jahrgangs.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 F.; durch die Post bezogenen Abonnement 10 F. durch Buchhandlung M. 2,50.

Der „Wahre Jacob“ hat soeben die 17. Nummer seines 28. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus dem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Der Bar“ verzweifelt“ und „Im Kolonialamt“ „stinkt“! Der Preis der 14 Seiten starken Nummer ist 10 F.

### Briefkasten.

Oppeln, M. Ihre Darstellung des Prozesses wegen Beleidigung des Amtssekretärs ist viel zu weitschweifig, als daß wir sie veröffentlicht könnten. Wir bitten um Zustellung des schriftlichen Urteils.

Bochum, W. Wir hatten über die Beendigung der Sperrfeier Nachricht.

Güglingen, B. Der Bericht wäre bei der Streitberichterstattung für den Bau Hamburg mit verwendet worden, wenn er rechtzeitig hier gewesen wäre. Für die fällige Nummer kam er aber zu spät und für die nächste war er veraltet. Es war übrigens auch wenig Interessantes darin enthalten.

Wittenberg, M. Wir möchten doch bitten, etwas Besseres Papier zu verwenden, wenigstens solches, auf das man schreiben kann, ohne daß sich die Linie gleich über das ganze Papier ausdehnt.

S. in R. bei Demmin. Das Bürgerliche Gesetzbuch enthält keine Bestimmungen darüber, wie weit Bäume von der Grenze des Nachbargrundstücks entfernt sein müssen. Es bestimmt nur in seinem § 910, daß der Eigentümer eines Grundstücks Bäume oder eines Strauches, die von einem Nachbargrundstück eingedrungen sind, abschneiden und behalten darf, wenn der Eigentümer des Nachbargrundstücks deren Beseitigung nicht in einer angemessenen Frist begegnet; dasselbe gilt auch vom herüberliegenden Zweigen. Dem Eigentümer steht dieses Recht jedoch nicht zu, wenn die Bäume oder die Zweige die Benutzung des Grundstücks nicht beeinträchtigen. Es ist hierbei übrigens zu beachten, daß neben diesen rechtsgesetzlichen Bestimmungen auch noch die landesgesetzlichen Vorschriften über die Rechte des Eigentümers an den Bäumen auf dem Nachbargrundstück Geltung haben. Die landesgesetzlichen Vorschriften stehen uns nicht zur Verfügung. Wie können Ihnen daher nicht sagen, ob darin abweichende Bestimmungen von dem Bürgerlichen Gesetzbuch enthalten sind. — Wenn Sie wiederholen eine Anfrage an uns zu richten haben, dann müßten wir aber um dessen Namen und Adresse bitten, da wir sonst die Anfrage nicht bearbeiten können; wir müßten wissen, mit wem es zu tun haben.

Lichtenstein i. S., E. R. Wie können Ihnen die gewünschten Schriften nicht senden, da wir Buchhandel nicht treiben.

Bielefeld, B. R. 1. Die Berufsgenossenschaften zahlen Rente nur dann, wenn nach Ablauf von 18 Wochen noch eine Beschäftigung in der Erwerbstätigkeit vorhanden ist. 2. Nur in äußerst seltenen Fällen wird es möglich, für einen Leistenbruch eine Entlastung zu erlangen. Wir raten aber, den Versuch zu machen, wenn Sie nachweisen können, daß der Bruch infolge einer Betriebsstörung ganz plötzlich entstanden ist, ohne daß eine Anlage dazu schon vorhanden war. In diesem Falle werden Sie ganz sicher eine Rente erzielen, aber auch nur in diesem Falle.

Menzelwitz, G. Sie sind im Erzgebirge. In der Tabelle über die Sozialbewegung steht nichts davon, daß der Wohn in M. 2,50 beträgt.

Heilbronn, Bernhard. Wie bestätigten Ihnen gern, daß Sie nicht der Einsender des „Erlösung“ sind.

Filchner, T. Die Schriften begleiten Sie am besten durch die Buchhandlung Bornträger in Berlin, wenn Sie nicht an Ihrem Wohnorte zu haben sind. Das Geld müssen Sie bei der Bestellung einleben.

Ulm, B. Das wäre aber doch wirklich unvernünftige Kapplerverwendung, wenn wir den ganzen Beitragsentwurf abdrucken wollten. Die Arbeit des Abschreibens könnten Sie sich sparen.

Nürnberg, H. B. Wenn Sie nach Ablauf der Kündigungsfrist kein neues Arbeitsverhältnis mit dem Unternehmer eingegangen sind, so muß der Unternehmer Ihnen den verdienten Lohn auszahlen. Hat er es nicht, so verklagen Sie ihn. Ausfälle auf Erfolg ist vorhanden.

### Anzeigen.

#### Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Sterbefälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Seite kostet 15 Pf.)

Berlin. Am 11. August starb unser Mitglied Johann Lange, 66 Jahre alt, an Leberkrebs. — Am 12. August starb unser Kollege Paul Radorf, 39 Jahre alt, an den Folgen eines am 10. August 1906 erlittenen Unfalls durch Ueberfahren. — Am 10. August starb unser treuer Verbandskollege Will Kurz im Alter von 66 Jahren an Gehirnenschlag.

Deutsch-Pissa. Am 18. August starb nach langem Leiden unser Kollege Ernst Stache aus Nischen im Alter von 80 Jahren an Magenleiden.

Dresden. Am 9. August verunglückte unser Mitglied Adolf Burgard im Elternhaus von Thomas in Dresden und verstarb nach 2 Stunden an den Folgen des Unfalls im Alter von 46 Jahren. — Am 15. August starb im Alter von 82 Jahren noch junger Granatengänger an den Folgen des am 29. Mai am Bau erlittenen Unfalls unter langjähriges Verbandsmitglied der Kollegin Emil Macke aus Cunnersdorf bei Darmstadt.

Jüdenburg. Am 19. August starb unser Kollege Jakob Heck in Rohrbach bei Landau, Pfalz.

Reutlingen. Am 2. August starb infolge eines Herzschlags bei Baden unser treuer Verbandsmitglied Paul Schulz im Alter von 80 Jahren.

Flensburg-Mürwik. Am 10. August starb unser Kollege Peter Weiss im Alter von 37 Jahren an der Broterkrankheit.

Schönwolm. Am 10. August starb plötzlich unser Verbandskollege Richard Krapp im Alter von 36 Jahren an Herzschlag.

Stuttgart. Am 11. August starb unser Verbandskollege Franz Müller im Alter von 65 Jahren.

Tübingen. Am 2. August starb infolge eines Unfalls unser Verbandskollege George Krieszon im Alter von 28 Jahren.

Wangen. Am 11. August starb unser Mitglied Albert Marquardt im Alter von 29 Jahren an den Folgen eines schweren Unfalls.

#### Hagen i. W. Zeugen gesucht.

Alle Kollegen, die seit Einführung des Tarifvertrages bei dem Unternehmer Jos. Fischer, Bahnhofstraße, gearbeitet haben und mit dem Herrn bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses in Differenzen geraten sind, sei es, daß sie auf dem Bureau verhauen oder herausgeworfen wurden, oder sonst von ihm beleidigt sind, werden ersucht, beim Unterzeichneten brieflich oder mündlich näher Angaben zu machen. Julius Miscke, Volkshaus L. [M. 8,90]

#### Aufruf.

Die Kollegen, die noch Geld aus dem Prozeß mit der Firma Fey in Danzig vom Jahre 1900 zu erhalten haben, das sich nunmehr in Händen des Unterzeichneten befindet, werden aufgefordert, ihre genaue Adresse an Friedrich Gränhagen, Danzig, Pfefferstadt 27, einzutragen. [M. 2,10]

[M. 4,50]

#### Danzig.

Sonnabend, den 8. September, Abends 8 Uhr, in dem Säle des Herrn Steppuhn in Schönlitz:

#### Fünfzehntes Stiftungsfest

befehlend in

Konzert, Ball und humoristischen Vorträgen, unter Mitwirkung des Zweigvereins Danzig sind hierzu mit Ihren Familien freundlich eingeladen.

Eintritt einschließlich einer Dame 50 Pf., jede weitere Dame 25 Pf., Kinder unter 14 Jahren frei. Das Komitee.

#### Düsseldorf.

Der Zweigverein feiert Sonntag, den 2. September, sein

#### Fünfzehntes Stiftungsfest

befehlend in

Festzug, Fahnenweihe, Preisträger, Konzert, Kinderbelustigungen und Festsball.

Untreten zum Festzug um 1½ Uhr auf dem Karlplatz.

Alle Kollegen, auch die der umliegenden Zweigvereine, werden hiermit freundlich eingeladen.

[M. 8,90] Das Festkomitee.

#### Sommerfeld.

Sonnabend, den 25. August, im „Fürstensaal“;

#### Siebtes Stiftungsfest

verbunden mit

Ausmarsch, Theater und Ball.

Sämtliche Kollegen von Sommerfeld und Umgegend werden hierzu mit ihren Familien freundlich eingeladen. [M. 3,80]

Der Vorstand.

[M. 3,80]

#### Hersfeld.

Sonnabend, den 26. August, feiert der Zweigverein sein

#### Erstes Stiftungsfest

im Säle des Herrn Jean Steinweg, Weißbacherstraße, verbunden mit

Konzert, Kinderbelustigungen und Abends Ball.

Sämtliche Kollegen des Zweigvereins werden hierzu freundlich eingeladen. Der Vorstand.

[M. 3,80]

#### Seehausen i. d. Altm.

Sonnabend, den 26. August:

#### Zweites Stiftungsfest

im Säle des Herrn Moosold.

Nachmittags von 3 Uhr ein Konzert und Kindervergnügen

Abends Ball.

Alle Mitglieder des Vereins mit ihren Familien sowie die Zweigvereine Osterburg und Wittenberg sind hiermit eingeladen. [M. 3,80]

Der Vorstand.

[M. 3,80]

#### Hof.

Sonnabend, den 1. September, Abends 8 Uhr:

#### \* Stiftungsfest \*

im Säle des „Studentenbörse“.

Sämtliche Kollegen von Hof und Umgegend sind hiermit freundlich eingeladen. [M. 2,70]

Der Vorstand.

#### Hainrode (Hainleite).

Sonnabend, den 26. August, Nachmittags 3 Uhr:

#### Sommervergnügen

im Vereinslokal.

Sämtliche Kollegen von Hainrode und Umgegend sind hiermit freundlich eingeladen. [M. 2,70]

Der Vorstand.

[M. 2,70]

#### Glogau.

Sonnabend, den 1. September, Abends 8 Uhr, im Säle des „Glockenbörse“:

#### Siebtes Stiftungsfest

bestehend in Ball und Theater.

Alle Kollegen von Glogau und Umgegend werden hierzu freundlich eingeladen. [M. 8]

Das Komitee.

#### Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Männer.

Wermelskirchen. Jeden ersten Sonntag im Monat, Nachmittags 3 Uhr bei Vogel.

Sonnabend, den 26. August.

Hintersee. Mittag 12 Uhr.

Kurtschlag. Nachm. 3 Uhr bei Wissmann.

Templin. Nachm. 3 Uhr bei Herrn Hermann.

Velken, I. M. Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal. T.-D.: Regelung der Fuß-Zehdenick. Nachm. 10 Uhr bei Duschholz.

Sonnabend, den 28. August.

Liegnitz. Abends 6 Uhr.

Mittwoch, den 29. August.

Berlin. Bez. Brandenburg. Vorstand. Abends 8½ Uhr in den „Brandenburger Salen“ Mitterste. 6/7. T.-D.: Vortrag des Gen. Ritter über: Bildung und Bildungsmittel. 2. Diskussion. 3. Bericht aus der Vertreter und Oldenburger Sitzung.

Sonnabend, den 30. August.

Berlin. Bez. Brandenburg. Vorstand. Abends 8½ Uhr in den „Brandenburger Salen“ Mitterste. 6/7. T.-D.: Vortrag des Gen. Ritter über: Bildung und Bildungsmittel. 2. Diskussion. 3. Bericht aus der Vertreter und Oldenburger Sitzung.

Sonnabend, den 2. September.

Artern. Nachm. 3 Uhr im Rathaus „Zur Ulme“ in Artern.

Leisnig. Nachm. 3 Uhr bei Neithal.

Memmelsdorf. Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal. Säle sind mitzubringen.

Nebra. Nachm. 3 Uhr im „Rathaus“.

Verbandskolleger sind mitzubringen.

Neudamm. Nachm. 3½ Uhr im Hotel „Kaiserkof“. Referat anstreben.

Dienstag, den 11. September.

Schmölln. Abends 6 Uhr im „Studentenbörse“. Referat anstreben.

Gesellliche Männerversammlungen.

Sonnabend, den 26. August.

Grossbodungen. Referat: Kollege Scheid aus Erfurt.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co.

in Hamburg.